

NEUER ATLAS DER MIGRATION

Daten und Fakten über
Menschen in Bewegung



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Der **NEUE ATLAS DER MIGRATION. DATEN UND FAKTEN ÜBER MENSCHEN IN BEWEGUNG** ist ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

herausgegeben von Johanna Bussemer, Dorit Riethmüller und Christian Jakob
redaktionelle Koordination: Christian Jakob

Projektmanagement und Datenrecherche: Dietmar Bartz
Art-Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar



Dokumentation und Schlussredaktion: Andreas Kaizik, Sandra Thiele, www.planet-neun.de

Mit Originalbeiträgen von Mark Akkerman, Yaşar Aydın, Hope Barker, Dietmar Bartz, Olaf Bernau, Franck Düvell, Manuel Gogos, Valeria Hänsel, Christian Jakob, Anna Jikhareva, Stefanie Kron, Lena Laube, Stephan Liebscher, Matthias Lücke, Sofian Philip Naceur, Klaus Neumann, Jochen Oltmer, Barbara Orth, Maximilian Pichl, Karoline Popp, Lilia Saúl Rodríguez, Antonie Schmitz, Nina Scholz, Susanne U. Schultz, Helen Schwenken, Alina Schwermer, Nadine Segadlo, Lina Sophie Ubat und Julia Winkler. Mitarbeit: Martina Blank, Felicitas Kübler

Cover: Ellen Stockmar

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist allein die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Für ihre Beiträge sind allein die Autor:innen verantwortlich. Die Inhalte entsprechen nicht zwingend den Positionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Grenzverläufe zeigen die Erhebungsgebiete der Statistik an und treffen keine Aussage über politische Zugehörigkeiten.

V. i. S. d. P.: Franziska Albrecht, Rosa-Luxemburg-Stiftung

1. Auflage Juni 2026

ISBN 978-3-911374-37-8

Druck: Bonifatius GmbH Druck – Buch – Verlag, Paderborn
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53323-2605-1008

Dieses Werk steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 international“ (CC BY 4.0). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar. Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen. Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis „Bartz/Stockmar, CC BY 4.0“ in der Nähe der Grafik steht, bei Bearbeitungen „Bartz/Stockmar (M), CC BY 4.0“



ADRESSE ZUR KOSTENFREIEN BESTELLUNG UND ZUM DOWNLOAD

www.rosalux.de/atlasdermigration (Deutsch)
www.rosalux.de/atlasofmigration (Englisch)

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin



de



en

NEUER ATLAS DER MIGRATION

Daten und Fakten
über Menschen in Bewegung

**1. AUFLAGE
2026**

INHALT

02 IMPRESSUM

07 VORWORTE

08 12 KURZE LEKTIONEN ÜBER DIE WELT DER MIGRATION

10 GESCHICHTE WANDERN ZWISCHEN KONTINENTEN

Die Menschen sind nicht erst in der Moderne mobil geworden. Sie überwand bereits weite Distanzen, bevor es Massenverkehrsmittel gab. Für die einen bedeutete Migration der Aufbruch in die Freiheit, für die anderen der Beginn der Versklavung.

12 GEGENWART MOBILITÄT UND IHRE HÜRDEN

Ungleich verteilt, ungleich begründet, auf ungleich lange Zeit angelegt – Migration ist ein globales Phänomen, aber bleibt eine Ausnahmeerscheinung. Die meisten, die von ihr träumen, bleiben zu Hause.

14 VISA GLOBALE KLÜFTE

Die Länder des Schengenraums nutzen die Visumpflicht für Bürger:innen bestimmter Herkunftsländer, um zu sortieren, wer einreisen darf und wer nicht. Die Anforderungen sind hoch, und manchmal muss man schon ins Ausland, um überhaupt eine Botschaft zu finden.

16 GENDER DIE UNSICHTBARE HÄLFTE

Die Feminisierung der Migration ist kein neues, wohl aber ein oft übersehenes Phänomen. Dabei unterstellt schon diese Bezeichnung, dass Migration eigentlich männlich sei.

18 LGBTIQ+ VERFOLGT UND BESTRAFT – LEBEN AUSSERHALB DER NORM

Die soziale und politische Diskriminierung queerer Personen hat viele Facetten. Wenn sie zudem von Polizei und Justiz verfolgt werden, bleibt denen, die können, nur die Flucht aus dem Land.

20 KLIMA EXTREMES WETTER BEDROHT IMMER MEHR MENSCHEN

Vom „neuen Normal“ bis zum katastrophalen Schadensereignis – die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels nehmen zu. Er vertreibt Menschen weltweit. Binnenmigration und zeitweilige Evakuierungen haben Rekordniveau erreicht.

22 FLUT FLUCHT VOR DEN WELLEN

Der steigende Meeresspiegel bedroht das Leben an vielen Küsten, im Pazifik gar die Existenz ganzer Inselstaaten. Umstritten ist, ob deren Bevölkerung von Klimasünden wie Australien aufgenommen werden muss.

24 DEMOGRAFIE HILFE DURCH DEN MEGA-TREND

Eine schrumpfende Bevölkerung noch in diesem Jahrhundert wird die Welt insgesamt und besonders Europa und Deutschland prägen – und Migration aufwerten.

26 ARBEIT

GUTE UND SCHLECHTE KARTEN

Arbeitsmigration kann eine Lösung für den Fachkräftemangel sein – und stellt eine Herausforderung für Herkunfts- und Zielländer dar. Aber Deutschland ist für ausländische Expert:innen wenig attraktiv.

28 PLATTFORMWIRTSCHAFT AUSGELIEFERT

Plattformarbeit funktioniert, weil sie Migration, niedrige Löhne und algorithmische Steuerung verbindet. Die Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist eine dringende Aufgabe.

30 ERFOLGE AUF EIGENE RECHNUNG

In Deutschland gibt es eine riesige Zahl gelungener Migrationsbiografien, über die kaum jemand spricht: Menschen, die es schaffen, sich an einem Ort ihrer Wahl eine für sich zufriedenstellende Existenz und Lebensperspektive aufzubauen.

32 RÜCKÜBERWEISUNGEN GELD FÜR DIE HEIMAT

Oft unterstützen Migrant:innen ihre Familien finanziell. Unmittelbar nützt dies 800 Millionen Menschen. Aber auch durch ihre indirekten Auswirkungen sind solche Rücküberweisungen zu einem mächtigen volkswirtschaftlichen Faktor geworden.

34 KARTEN IM DIENSTE DER MÄCHTIGEN

Je mehr Institutionen georeferenziertes Wissen über Migration produzieren, umso wichtiger wird es, sich mit der Macht von Karten, kartografischem Denken und den von ihnen vermittelten Repräsentationen von Raum zu beschäftigen.

36 MEDIEN GELESEN, GEHÖRT, GESEHEN – DIE GEFÜHLTE BEDROHUNG

Gesellschaften sehen Migration vor allem dann negativ, wenn Medien so über sie berichten. Und ist ein Narrativ erst einmal in der Welt, nützen Argumente nicht viel, um die öffentliche Meinung zu ändern.

38 REMIGRATION VÖLKISCHE ABSCHIEBUNGS- FANTASIEN

Rechte Demagog:innen wollen eine „nationale Gesinnung“ verbreiten, die alles bekämpft, was unbekannt, anders und international ist. Die zugehörigen Massenvertreibungen nennen sie verharmlosend „Remigration“.

40 NATIONALISMUS TRÄUME VON DER VERGANGENHEIT

Die Vorstellung einer uralten und ununterbrochenen Kultur und Identität ist eine Erfindung, die heute von Nationalisten beschworen wird. Tatsächlich verändert sich die nationale Identität seit jeher ständig.

42 FUSSBALL PROFI UND PARIA

Kaum irgendwo sind Migrant:innen so sichtbar und gefeiert wie im Fußball. Viele westeuropäische Nationalteams bilden heute die postmigrantische Gesellschaft ab. Aber selbst wenn sie gewinnen, besiegen sie den Rassismus nicht.

44 USA LAND DER ANGST

Digitale Verfolgung, Razzien, Inhaftierungen, Abschiebungen – je härter, desto besser, ist die Botschaft der US-Migrationspolitik und ihrer Behörde ICE. Deren Gewalt richtet sich auch gegen Protestierende.

46 STÄDTE SOLIDARITÄT VOR ORT

Kommunen denken Migrationspolitik neu – gegen die restriktiven Bestimmungen der höheren Ebenen. Oft regen zivilgesellschaftliche Bündnisse dieses Vorgehen an.

48 UKRAINE EINE NEUE GLEICHGÜLTIGKEIT

Würde Russland weitere Gebiete der Ukraine besetzen, würden noch mehr Menschen von dort fliehen – während die europäische Solidarität bröckelt.

50 **ÄGYPTEN**

DIE STILLE EINWANDERUNG AUS DEM SÜDEN IST VORBEI

Mit Milliardensummen baut die EU Ägypten zu einem Bollwerk gegen einen Fluchttransit aus dem Sudan nach Europa auf. Im krisengeschüttelten Land kommen die Mittel aus Brüssel dem Regime von Präsident al-Sisi gerade recht.

52 **WESTAFRIKA**

KURSWECHSEL DER PUTSCHISTEN

Nach Staatsstreichen in den Ländern des Sahel gehen die drei neuen Militärregierungen auf Distanz zum Westen – und ändern auch die Bedingungen für Migration.

54 **SICHERHEITSINDUSTRIE**

EINE GROSSE SELBSTBEDIENUNG

Grenzsicherheit ist zu einem profitablen Markt für Technologiekonzerne geworden. Unternehmen und ihre Branchenverbände haben die Politik, von der sie profitieren, maßgeblich mitgestaltet.

56 **FRONTEX**

UNERWÜNSCHTE IM VISIER

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex wehrt Flüchtlinge ab – wenn niemand hinschaut, auch mit zweifelhaften Mitteln, durch gefälschte Daten und Untätigkeit. Nur starke Gerichtsurteile können sie bremsen.

57 **PUSHBACKS**

GEWALTEXZESSE AN DER GRENZE

Immer mehr EU-Staaten weisen Geflüchtete bei Einreiseversuchen zurück. Schon routinemäßig verweigern einige den Zugang zu Asylverfahren. Die rechtswidrige Politik heißt heute „Grenzverteidigung“.

59 **KRIMINALISIERUNG**

KONSTRUIERTE VERBRECHEN

Tausende Menschen sitzen in Europa wegen angeblicher Schlepperei im Gefängnis, und Seenotretter:innen werden mit Klagen überzogen. Die Kriminalisierung schreckt ab – auch dort, wo Hilfe legal ist.

61 **INSTRUMENTALISIERUNG**

EINLADUNG ZUR ERPRESSUNG

Nichts fürchtet der Westen so sehr an seinen Grenzen wie Geflüchtete. Vor allem durch den EU-Türkei-Deal von 2016 ist diese Angst für einige Länder zum Milliardengeschäft geworden.

62 **DRITTSTAATEN**

JE SCHLIMMER, DESTO BESSER

Immer mehr Regierungen versuchen, Migrant:innen in Staaten abzuschieben, die dafür Geld bekommen. Die USA und viele europäische Länder sind besonders innovativ.

64 **GEWALT**

AUF DEN FLUCHTROUTEN HERRSCHT DAS UNRECHT

Folter, Tod und sexualisierte Gewalt bedrohen Migrant:innen auf ihrem Weg durch Nordafrika nach Europa – und anderswo. Beteiligt sind nicht nur kriminelle Banden, sondern auch staatliche Akteure.

66 **RECHT**

DER STAAT GEGEN DIE JUSTIZ

Auch wenn Gesetze und Gerichtsurteile eindeutig sind – immer mehr Politiker:innen geben zu erkennen, dass ihnen das egal ist, und setzen Richter:innen unter Druck.

68 **SCHULE**

DEN ATLAS BENUTZEN

Schule soll Schüler:innen Akzeptanz von Vielfalt vermitteln und Lernen in globalen Zusammenhängen ermöglichen. Der Neue Atlas der Migration kann diese Aufgabe unterstützen. Beispielhaft werden hier zwei Unterrichtseinheiten für die Sekundarstufe vorgestellt.

71 **AUTOR:INNEN, QUELLEN**

VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

VORWORTE

NORMALZUSTAND MIGRATION

Dieser dritte, aktualisierte und erweiterte Atlas der Migration der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt, wie sich das globale Migrationsgeschehen entwickelt. Seit der ersten Ausgabe 2019 hat sich vieles verändert:

Mehr Länder werden von rechten Parteien regiert, die eine extrem restriktive Migrationspolitik verfolgen. Neue Kriege verschieben die Aufmerksamkeit, und die Lage in Ländern wie dem Sudan oder der Ukraine gerät zunehmend in Vergessenheit. Die Klimakrise steht nur noch selten auf der politischen Agenda.

Abschottung ist zu einem profitablen Markt für Technologiekonzerne geworden. Staatliche Ausgaben dafür steigen weltweit jährlich um bis zu sieben Prozent. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex darf ihr Personal vervielfachen.

Zahlen der Vereinten Nationen zufolge dürften 2026 weltweit etwa acht Millionen Menschen neu migrieren. Die Realitäten ihrer Mobilität könnten unterschiedlicher nicht sein. Viele verlassen ihr Zuhause unfreiwillig und stehen größten Hürden gegenüber. Gleichzeitig sind viele Migrationsbiografien Erfolgsgeschichten – individuell und gesellschaftlich. Über sie wird kaum berichtet.

Migration wird nicht enden, auch wenn sie noch so sehr bekämpft wird. Sie ist und bleibt der gesellschaftliche Normalzustand, mit dem wir endlich einen produktiven Umgang finden sollten. Dazu soll dieser Atlas beitragen.

Lena Saniye Güngör

stellv. Vorstandsvorsitzende, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Johanna Bussemer, Christian Jakob und Dorit Riethmüller

Herausgeber:innen

Noch nie waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht. Mitte 2025 waren nach Angaben des UNHCR 117 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben. Gleichzeitig erleben wir, wie die Rechte von Schutzsuchenden an vielen Orten systematisch abgebaut werden. Das geschieht auf doppelte Weise: durch offenen Rechtsbruch sowie durch Maßnahmen, die den Anschein von Rechtmäßigkeit erwecken, obwohl sie Schutzrechte aushöhlen. Verfahren werden beschleunigt, Standards abgesenkt, Freiheitsrechte eingeschränkt. So entsteht eine Politik der Entrechtung, die für viele Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Verelendung fliehen, faktisch in Rechtlosigkeit mündet.

In Europa zeigt sich diese Entwicklung besonders deutlich. An den Außengrenzen finden weiterhin gewaltvolle Pushbacks statt. Mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem ist zudem eine der weitreichendsten Verschärfungen des europäischen Asylrechts seit Jahren

beschlossen worden. Gleichzeitig treibt die Europäische Union die Externalisierung weiter voran. Schutzsuchende sollen in Drittstaaten ausgelagert und dort festgesetzt werden. Doch Verantwortung verschwindet nicht dadurch, dass man sie verlagert. Deutschland und die Europäische Union bleiben verantwortlich.

Hinzu kommt, dass sich immer weniger Staaten an die Regeln des Völkerrechts und des humanitären Rechts halten. Die Lage in Gaza, der Ukraine, Iran und Libanon steht beispielhaft dafür. Das schwächt das Recht insgesamt.

Die Ursachen von Flucht müssen bekämpft werden, damit Menschen nicht mehr gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Aber solange es Kriege, politische Verfolgung und existenzielle Armut gibt, muss es sichere Fluchtwege und ein Recht auf Schutz geben.

Clara Bünger

MdB Die Linke, Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik

12 KURZE LEKTIONEN

ÜBER DIE WELT DER MIGRATION

1 Menschen sind schon immer gewandert. Die **GESCHICHTE** der Menschheit ist auch eine Geschichte von Migration. Jede moderne **GESELLSCHAFT** und jede Nation ist heute ein Ergebnis von **MOBILITÄT**.



2 Menschen aus dem Globalen Norden bekommen leicht **VISA**. Sie dürfen fast überallhin **UNGEHINDERT** reisen und können in viele Länder auswandern. Umgekehrt wird diese Bewegungsfreiheit den meisten anderen Menschen auf der Welt **VERWEIGERT**.



3 **FRAUEN** migrieren zunehmend aus eigenem Entschluss, um patriarchalen Normen zu entkommen, Geld zu verdienen oder sich zu bilden.



4 Immer mehr Menschen müssen wegen der **KLIMAKRISE** an andere Orte ziehen. Dafür ist die Lebensweise der Menschen in den Industriestaaten mitverantwortlich. Sie müssen Verantwortung übernehmen und für Ausgleich sorgen.



5 Die **ARBEITSLEISTUNG** von Migrant:innen wird von vielen Gesellschaften in Anspruch genommen. Ohne sie würden grundlegende Dienstleistungen oft nicht mehr funktionieren. Das wird in Zukunft in Ländern wie Deutschland noch stärker so sein.



6 Migrant:innen nehmen häufig **SCHLECHT BEZAHLTE** oder informelle Arbeit an, weil ihnen der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt oder zu Sozialleistungen verwehrt wird. Von ihren Kämpfen um **RECHTE** können auch andere profitieren – etwa einheimische Arbeiter:innen, wenn sich alle gemeinsam gegen Ausbeutung wehren.



7 **MENSCHEN** aus armen Ländern gehen zum Arbeiten oft ins Ausland. Dort können sie mehr verdienen. Weil sie meist **GELD ZURÜCKSCHICKEN** und manche auch besser qualifiziert **ZURÜCKKEHREN**, ist Migration auch für Entwicklungsländer gut.



8 Ob Menschen Migration für eine **GEFAHR** oder eine Chance halten, hängt stark davon ab, wie über sie berichtet wird. Wenn **MEDIEN** und Politik Stimmung gegen Migrant:innen machen, gefährden sie das friedliche Zusammenleben.



9 Menschen fliehen vor Armut, Kriegen, Naturkatastrophen oder gehen zum Arbeiten oder zur Ausbildung in andere Länder. Nie gab es mehr Migrant:innen als heute. Doch ihr **ANTEIL** an der Weltbevölkerung ist weiterhin **KLEIN**.



10 Die EU und die **USA** versuchen heute schon weit **VOR IHREN EIGENEN GRENZEN** Migrant:innen zu stoppen. Dafür nehmen sie schwere Menschenrechtsverletzungen in Kauf. In Afrika und Zentralamerika können sich Migrant:innen deshalb nicht mehr überall **FREI BEWEGEN**.



11 Für arme Menschen und eine große Zahl von Flüchtenden gibt es **KEINE LEGALEN WEGE**. Oft müssen sie Schlepper:innen Geld bezahlen, um über Grenzen zu gelangen. Auf diesen sehr **GEFÄHRLICHEN** Routen **STERBEN** deshalb viele Menschen.



12 Eine Gesellschaft, in der Einheimische und Zugewanderte miteinander leben, ist der **NORMALFALL** und muss verteidigt werden. Die Grundlage dafür ist **SOLIDARITÄT** – die Bereitschaft, zu teilen.

WANDERN ZWISCHEN KONTINENTEN

Die Menschen sind nicht erst in der Moderne mobil geworden. Sie überwand bereits weite Distanzen, bevor es Massenverkehrsmittel gab. Für die einen bedeutete Migration der Aufbruch in die Freiheit, für die anderen der Beginn der Versklavung.

Menschheitsgeschichte ist Migrationsgeschichte. Dabei ist die Vorstellung, Migration sei immer auf eine dauerhafte Niederlassung ausgerichtet gewesen, ein Mythos. Tatsächlich kennzeichnen Rückwanderung und Fluktuation die lokalen, regionalen und globalen Wanderungen bis heute. In den vergangenen Jahrhunderten haben viele Millionen Menschen ihre Heimat verlassen oder verlassen müssen. Ihre häufig riskanten Reisen bedeuteten für die einen ein besseres Leben. Für die anderen begann eine Versklavung über Generationen.

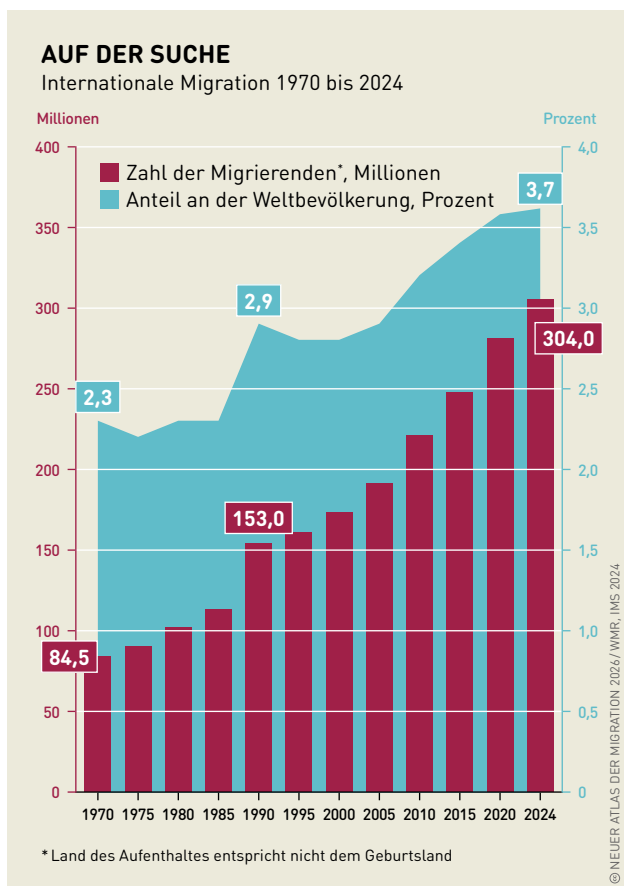
Von globaler Migration – also von Mobilität über die Grenzen der Kontinente hinweg – kann erst seit Beginn des Kolonialismus gesprochen werden. Ein wichtiger Faktor war der Handel mit Versklavten. Elf Millionen Menschen wurden vom 16. bis zum 19. Jahrhundert aus Westafrika nach Süd- und Nordamerika verschleppt. Aus Ostafrika wurden Millionen Versklavte zum Arbeiten auf die Arabische Halbinsel gebracht.

In Europa wuchs im 19. Jahrhundert die Zahl der Menschen, die dem Kontinent den Rücken kehrten, rapide an. Der kleinere Teil dieser Wandernden ging über Land und siedelte sich etwa in den asiatischen Gebieten Russlands an. Der weitaus größere Teil überwand die maritimen Grenzen Europas. Von den 55 bis 60 Millionen Menschen, die zwischen 1815 und 1930 nach Übersee zogen, gingen mehr als zwei Drittel nach Nordamerika. Rund ein Fünftel wanderte nach Südamerika ab. Etwa sieben Prozent erreichten Australien und Neuseeland. In ihren Siedlungsgebieten veränderten sich die Gesellschaften und die Zusammensetzung der Bevölkerungen grundlegend.

Um 1900, auf dem Höhepunkt der Auswanderung, begann zugleich die Geschichte Europas als Einwanderungskontinent, zu dem er sich dann nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig entwickelte. Viele Menschen kamen aus den – bald ehemaligen – Kolonien vor allem in Metropolen wie London, Paris oder Brüssel. Der wirtschaftliche Aufschwung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg führte dazu, dass die dortigen Regierungen sogenannte Gastarbeiter:innen in Südeuropa anwarben; viele von ihnen holten später ihre Familien nach.

Bis zur Öffnung des Eisernen Vorhangs 1989 flohen oder übersiedelten auch viele Menschen aus den Staaten des damaligen Ostblocks in den Westen. Nach 1989 stieg ihre Zahl erheblich an. In den USA setzte ab 1965 eine zweite Welle der Migration ein. Hintergrund war die Liberalisierung des Einwanderungsrechts im selben Jahr. Bis Ende 2024 nahm die Zahl der Migrant:innen auf 53 Millionen zu, darunter allein 11 Millionen aus Mexiko.

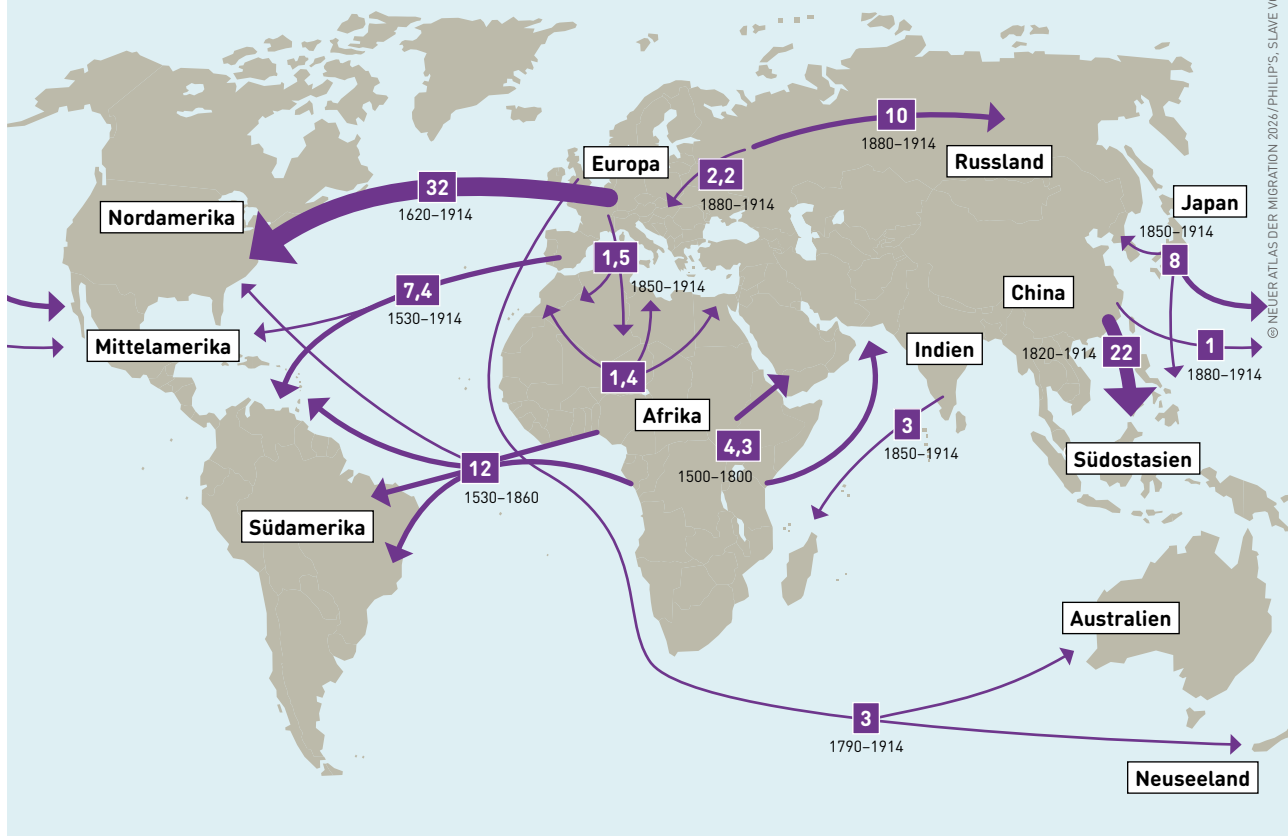
Damals wie heute gingen Menschen nur selten in eine ihnen völlig unbekannte Fremde. Die Bewegung innerhalb der Netzwerke von Verwandten und Bekannten war immer schon ein tragendes Element der Mobilität. Migration war



*Ungleiche globale Wohlstandsverteilung,
mehr Information und bessere Verkehrswege
fördern die internationale Migration*

AUF DEM LAND UND ÜBER WASSER

Herkunfts- und Zielregionen der jüngeren Migrationsgeschichte, 1500 bis 1914, Auswahl, Millionen Menschen



nie Selbstzweck oder gar Ziel – der dauerhafte oder zeitweilige Aufenthalt an anderen Orten sollte den Menschen stets die Möglichkeit geben, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das gilt für die Suche nach Erwerbs- oder Bildungschancen ebenso wie für das Streben nach Autonomie, zum Beispiel, um arrangierten Ehen zu entfliehen oder Wünsche bei der Berufswahl zu verwirklichen.

Migration kann seit jeher auch die Folge angedrohter oder ausgeübter Gewalt sein. Die Vorstellung, durch erzwungene Wanderungsbewegungen politische Interessen durchzusetzen, ist keineswegs neu. Insbesondere staatliche Akteure schränken Lebensgrundlagen, Sicherheit, Rechte oder politische Teilhabe massiv ein, es kommt zu Flucht, Vertreibung und Deportation.

Die häufig gestellte Frage, ob es heute mehr Migration als früher gibt, lässt sich nicht beantworten. Für viele historische Zeiträume fehlen belastbare Daten. Zudem wird der Begriff Migration unterschiedlich definiert. Sicher ist jedoch, dass die Zahl der Menschen, die sich innerhalb von Territorien bewegten, schon immer hoch war – etwa im Zuge des folgenreichen und lang anhaltenden Prozesses der Verstädterung. Die Wanderung vom Land in die Stadt, die Urbanisierung, war zugleich Voraussetzung und Ergebnis der Industrialisierung. Nur der geringste Teil der Menschen hat in den vergangenen Jahrhunderten Bewegungen über größere Distanzen, über staatliche

Vom Kolonialismus bis ins Industriezeitalter nahmen über 100 Millionen Menschen an weiten Wanderungen teil oder wurden als Sklav:innen verkauft

oder gar kontinentale Grenzen unternommen. 96 von 100 Menschen weltweit leben in dem Staat, in dem sie geboren wurden.

Heute zeigen sich deutliche regionale Unterschiede im Migrationsgeschehen. Europa ist mit 94 Millionen Migrant:innen der wichtigste Einwanderungskontinent, noch vor Nordamerika mit 61 Millionen. Die USA sind mit 54 Millionen Zugewanderten das weltweit bedeutendste Zielland, gefolgt von Deutschland mit 17 Millionen Einwandernden.

Daten sind das eine. Wie über Migration gesprochen wird, ist das andere: Selbst in den klassischen Einwanderungsländern war der Blick auf Migrant:innen überwiegend negativ. Nur selten wurde Zuwanderung ausdrücklich begrüßt oder als gesellschaftlicher Gewinn verstanden. Und selbst dann wurden und werden Einwandernde oft anhand rassistischer Kriterien pauschal als Belastung, Bedrohung oder Bereicherung eingeordnet – mit erheblichen Folgen für ihre jeweiligen Zukunftschancen. Doch keine moderne Gesellschaft, kein Nationalstaat und auch keine große Stadt würde heute ohne Migration bestehen. —

MOBILITÄT UND IHRE HÜRDEN

Ungleich verteilt, ungleich begründet, auf ungleich lange Zeit angelegt – Migration ist ein globales Phänomen, aber bleibt eine Ausnahmeerscheinung. Die meisten, die von ihr träumen, bleiben zu Hause.

Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge leben weltweit 304 Millionen Menschen außerhalb ihres Geburtslandes. Sie bewegen sich zwischen immer mehr Ländern. Gleichzeitig werden sowohl Herkunfts- und Zielländer als auch die Motive für Migration vielfältiger. Und viele Menschen, die schon einmal im Laufe ihres Lebens Migrant:innen waren, sind nach einer Weile in ihr Herkunftsland zurückgekehrt.

Die Gründe, den Lebensmittelpunkt in ein anderes Land oder an einen anderen Ort zu verlegen, sind vielfältig. Mehr als die Hälfte aller Migrant:innen überschreitet Staatsgrenzen, um einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Etwa zehn Prozent sind Kinder. Rund elf Prozent, mehr als 30 Millionen Menschen, sind Geflüchtete, die in einem anderen Staat Schutz suchen. Noch größer ist die Gruppe

derjenigen, die innerhalb ihres Herkunftslandes fliehen: die Binnenvertriebenen. Diese Form erzwungener Mobilität wächst derzeit am schnellsten. Viele werden gegenwärtig durch Kriege zur Flucht gezwungen. Bislang flieht nur etwa jede:r Zehnte aufgrund klimatischer Ereignisse. Doch dieser Anteil dürfte künftig zunehmen.

Die Migration von Menschen mit Hochschulbildung hat sich in kurzer Zeit mehr als verdoppelt. Im Unterschied zum 20. Jahrhundert sind Migrant:innen heute häufig selbst qualifiziert oder gehören als gut ausgebildete Nachkommen der ersten Generation zur zweiten Generation. Nicht zuletzt aus diesem Grund trägt Zuwanderung messbar zum Wirtschaftswachstum bei. Etliche Staaten würden heute ohne Migration in einer Wirtschaftskrise stecken, darunter auch Deutschland.

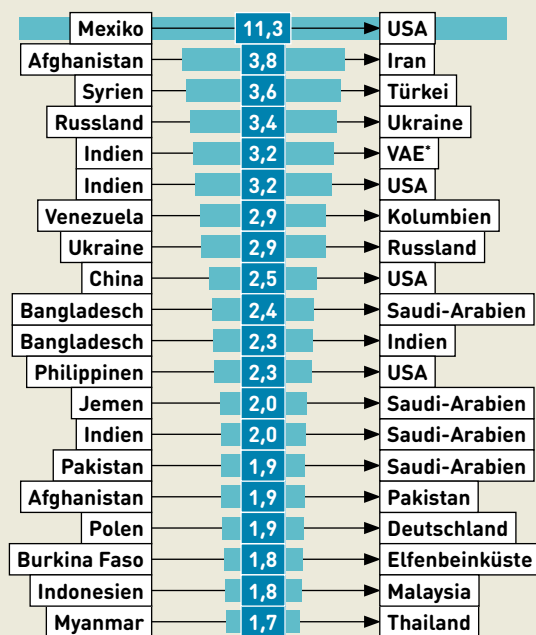
Migrant:innen und Geflüchtete sind weltweit sehr ungleich verteilt. Frühere Auswanderungsländer wie Deutschland sind heute Einwanderungsländer. Zugleich sind neue Ziele entstanden, etwa die Golfstaaten. Migration vollzieht sich überwiegend innerhalb einzelner Weltregionen. Dabei bilden sich neue Migrationskorridore heraus, zum Beispiel von der Ukraine nach Polen und Deutschland oder von Venezuela nach Spanien.

900 Millionen Menschen weltweit erwägen Migration, doch meist fehlen Ressourcen, Kontakte oder Möglichkeiten. In der Praxis migriert daher nur ein Bruchteil von ihnen. Etwa 15 Prozent aller Migrant:innen und Geflüchteten – mehr als 45 Millionen Menschen – haben für das Land, in dem sie leben, keine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis. Häufig fehlt beides. Geflüchtete reisen oft unerlaubt in andere Staaten ein. In Europa gilt das für etwa ein Viertel aller Ankommenden, weil es anders nicht geht. Meist regularisieren sie anschließend ihren Status, etwa durch einen Asylantrag.

Irreguläre Migration ist häufig weniger auf individuelles Verhalten zurückzuführen als auf politische Regelungen, die definieren, was als regulär gilt und was nicht. Änderungen können bisweilen ganzen Gruppen den Aufenthaltsstatus entziehen. So will US-Präsident Trump den Schutzstatus für eine halbe Million Menschen aus Haiti aufheben. Aus irregulärer Migration entsteht eine weitere, unfreiwillige Form der Migration: staatliche Rückführungen. Allein die USA, die EU und Großbritannien schoben im Jahr 2025 zusammen rund 735.000 Personen ab. Iran und Pakistan wiesen im selben Jahr sogar 2,6 Millionen

VON LAND ZU LAND

Die wichtigsten Migrationskorridore, 2024, Millionen Personen



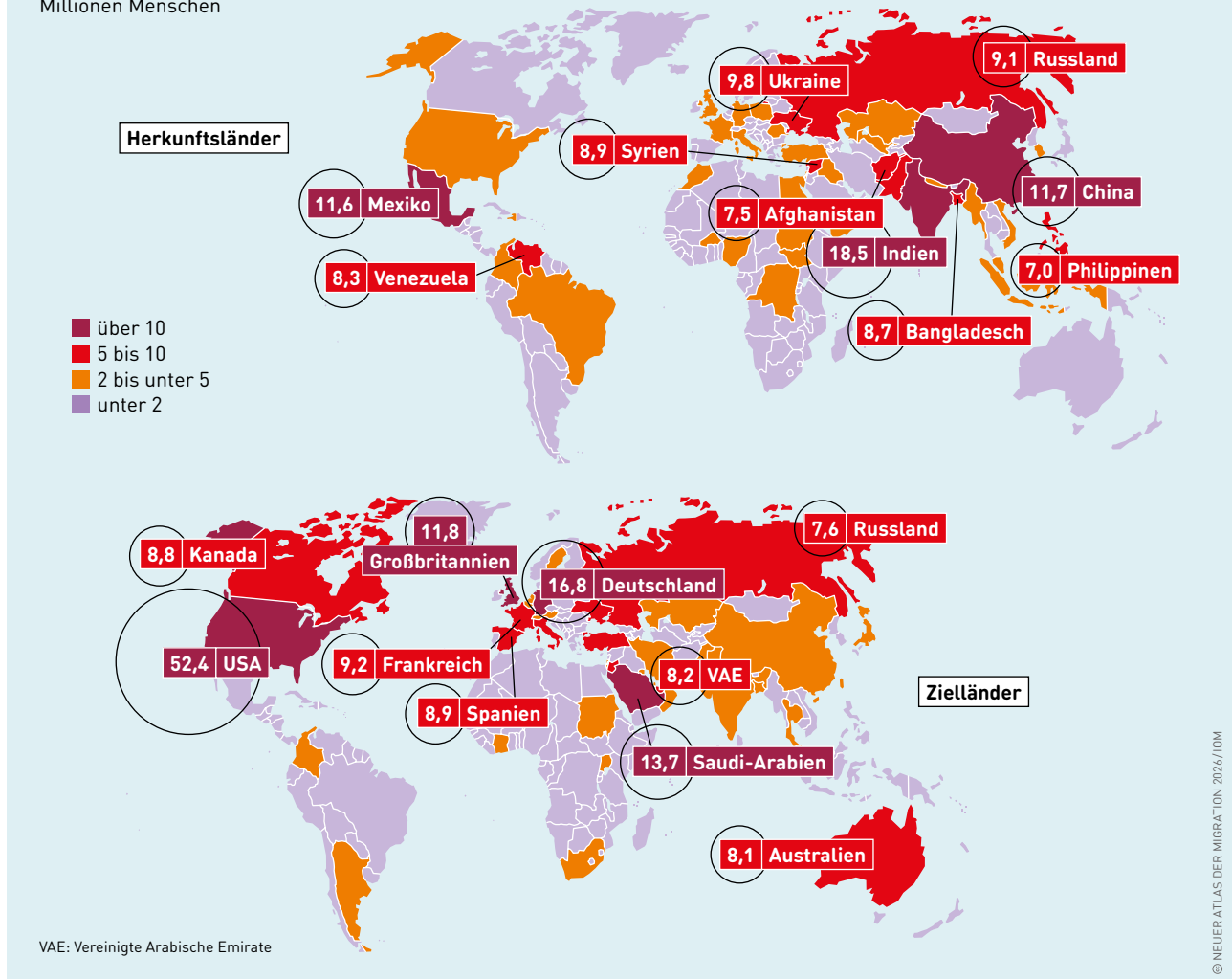
* Vereinigte Arabische Emirate

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / IOM

Migrationskorridore entstehen oft durch Familiennachzug. Sie können sich über Jahrzehnte entwickeln und bestehen bleiben, auch wenn der Migrationsdruck nachlässt

WOHER SIE KOMMEN, WOHN SIE GEHEN

Top 10 der häufigsten Herkunfts- und Zielländer von Migrant:innen, 2024, Millionen Menschen



Afghan:innen aus. In der Türkei lag die Zahl entsprechender Maßnahmen im Jahr 2024 bei etwa 140.000.

Migration ist oft nicht endgültig. Ein Großteil der Wanderungen ist zeitlich befristet. Das gilt etwa für Arbeiter:innen und Studierende, die nach einer gewissen Zeit wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Diese befristete Migration nimmt weltweit zu; dazu gehört auch die saisonale Arbeitsmigration zum Beispiel zu Erntezeiten. In den wirtschaftlich starken Industrieländern macht sie derzeit mindestens 37 Prozent der Zuwanderung aus. Dabei sind Aufenthalte unter drei Monaten noch gar nicht berücksichtigt. Der tatsächliche Anteil befristet migrierender Menschen ist also noch höher.

Jährlich verlassen etwa drei Millionen Ausländer:innen die EU wieder. Sogar nach vielen Jahren Aufenthalt erwägen manche Menschen noch eine Rückkehr, etwa für den Ruhestand oder um das Ersparte zu investieren. In Deutschland sind das Umfragen zufolge bis zu 37 Prozent. Auch manche Geflüchtete kehren wieder zurück, wenn auch oft nicht freiwillig. Weltweit gingen allein im Jahr 2025 zwei Millionen international Vertriebene und fünf

Ein Drittel aller Migrant:innen stammt aus zehn Ländern, und die Hälfte aller Migrant:innen lebt in zehn Zielländern

Millionen Binnenvertriebene zurück in ihre Herkunftsländer oder -regionen.

Nur rund 3,7 Prozent der Weltbevölkerung sind heute Migrant:innen. Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2000 gestiegen – damals waren es nur 2,8 Prozent. Selbst wenn man Rückkehrbewegungen einbezieht, sind im Umkehrschluss etwa 96 Prozent der Weltbevölkerung weiterhin vergleichsweise sesshaft. Migration und Flucht sind, global gesehen, nach wie vor eher Ausnahmeerscheinungen.

In den vergangenen Jahrzehnten sind der globale Flugverkehr und der internationale Tourismus stark angestiegen. Die globalen Kommunikations- und Transportnetze werden dichter, schneller, billiger und immer sicherer. Dadurch verbessern sich auch die Bedingungen für Mobilität und Migration – während gleichzeitig die rechtlichen Hürden höher werden. —

GLOBALE KLÜFTE

Die Länder des Schengenraums nutzen die Visumpflicht für Bürger:innen bestimmter Herkunftsländer, um zu sortieren, wer einreisen darf und wer nicht. Die Anforderungen sind hoch, und manchmal muss man schon ins Ausland, um überhaupt eine Botschaft zu finden.

Ein Visum erlaubt, für eine bestimmte Zeit in ein bestimmtes Land einzureisen. Visa gibt es für viele Zwecke: für touristische Reisen, für den Besuch von Verwandten, für geschäftliche Verhandlungen, zur Aufnahme eines Studiums oder einer Arbeit, und sehr selten aus humanitären Gründen. So können Staaten die Anzahl von Tourist:innen, Geschäftsleuten oder Arbeitssuchenden kontrollieren.

Die Visapolitik ist eines der mächtigsten Instrumente geworden, um die Mobilität und die Migration rund um den Globus zu steuern. Vor allem reiche Länder halten

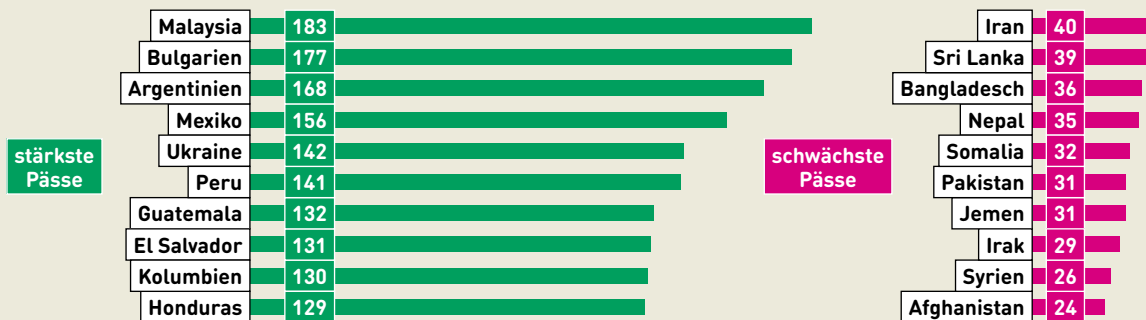
damit das Wohlstandsgefälle und eigene Privilegien aufrecht. So entsteht ein Filter für grenzüberschreitende Mobilität. Mit der Online-Vergabe der Visa oder durch ihre Konsulate verlagern Staaten die Kontrolle über die Einreise in die Herkunftsländer der Reisenden. Unerwünschte sollen dort von ihrer Reise abgehalten werden, bevor sie überhaupt aufbrechen. Allein die deutschen Konsulate haben 2024 rund zwei Millionen Anträge bearbeitet. Im selben Jahr wurden weltweit 11,7 Millionen Anträge für den sogenannten Schengenraum gestellt, die Gruppe von 29 europäischen Ländern ohne permanente Kontrollen an den Binnengrenzen.

Menschen aus 104 Staaten vor allem in Afrika, Asien und dem Nahen Osten dürfen nicht ohne Visum in den Schengenraum einreisen. Sie müssen sich einer teils sehr

Visafreie Einreise bedeutet zwar nicht die Erlaubnis zur Immigration, ermöglicht aber oft einen zeitlich begrenzten Zugang zum Arbeitsmarkt

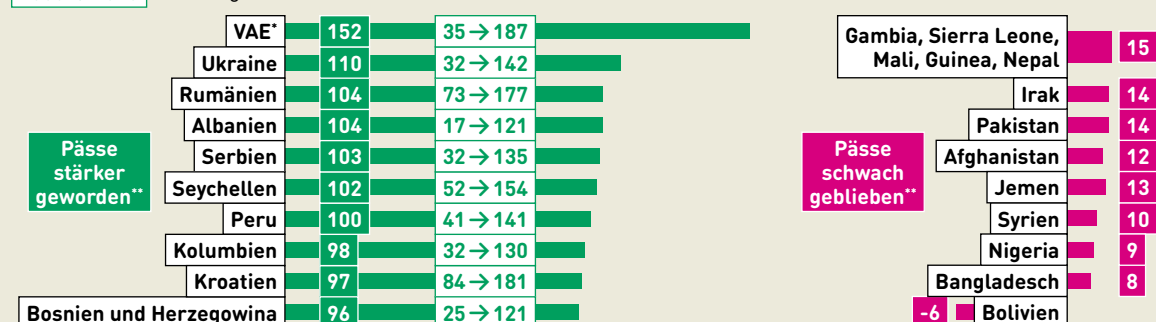
ZUGANG ZUR WELT ODER VERSCHLOSSENE GRENZEN

Pässe aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und mit mehr als einer Million Migrant:innen, visafreie Einreise nach Zahl der Länder, 2026, jeweils Top 10



Pässe nach Zahl der zusätzlichen Länder, in die seit 2006 visafreie Einreise möglich ist, jeweils Top 10

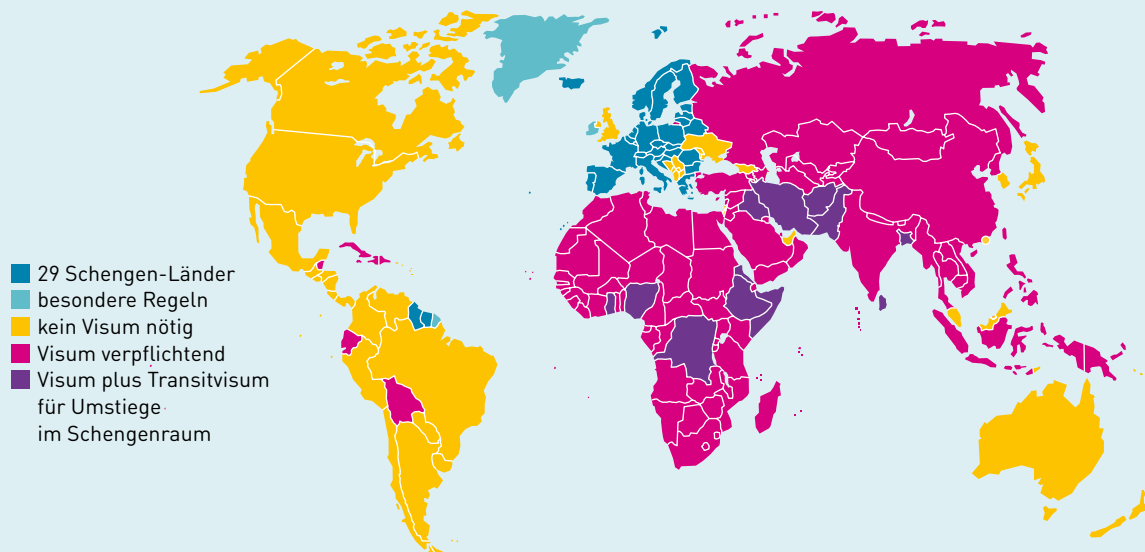
2006 → 2026 zum Vergleich



* Vereinigte Arabische Emirate ** seit 2006 um 15 Länder erweiterte Datenbasis

ATTRAKTIVE FESTUNG

Schengenraum und Visastatus der Drittstaaten, 2025



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / WIKIPEDIA

aufwendigen Prüfung unterziehen. Betroffen sind im Ergebnis vor allem Schwarze, Asiat:innen und Muslim:innen. Menschen aus fast allen Staaten Amerikas, aus Japan oder Australien brauchen kein Visum. Hier zeigt sich, wie ungleich die Möglichkeiten, frei zu reisen, verteilt sind.

Gleichwohl gilt es weltweit als legitim, dass völkerrechtlich souveräne Staaten die Bürger:innen bestimmter Staaten von der visumsfreien Einreise ausschließen dürfen. Grundlage dafür sind meist Annahmen über wirtschaftliche und sicherheitspolitische Risiken, die bestimmten Gruppen zugeordnet werden. Dazu gehört etwa die Vermutung, dass eine Person nach Ablauf ihres Visums nicht freiwillig wieder ausreist.

Diskriminierung nach Nationalität ist im Visarecht bis heute zulässig. Eine Visumspflicht aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe oder Religion hingegen wäre nicht mit europäischen Rechtsnormen in Einklang zu bringen. In einigen Staaten Afrikas, etwa in Südafrika, gab es Unterscheidungen nach Hautfarbe und Abstammung noch bis in die 1960er-Jahre. Bis in die 2010er-Jahre wurde manchmal noch offen nach Alter und Geschlecht diskriminiert. So durften etwa nach Ägypten nur Afghan:innen über 50 oder unter 16 Jahren ohne Visum einreisen und aus dem Sudan visafrei nur weibliche Personen.

Für die Visapolitik des Schengenraums war unter anderem maßgeblich, wie viele Menschen aus einem Herkunftsland Asyl beantragen. Auch enge historische Beziehungen, etwa als ehemalige Kolonien, führten nicht automatisch dazu, Länder für den gesamten Schengenraum von der Visumspflicht zu befreien. Visa zu beantragen ist oft mit enormem zeitlichem, organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden. Häufig muss man lange und unkalkulierbar auf einen Termin warten. Die Bearbeitungsdauer variiert stark, Entscheidungsprozesse sind meist we-

Die Einreise aus Drittstaaten in den Schengenraum ist geteilt: Rund zwei Drittel brauchen Visa, ein Drittel nicht

nig transparent. Wer ein Schengen-Visum beantragt, muss private Daten wie Einkommen, Besitz oder Anstellung offenlegen. Dokumente zu besorgen und gegebenenfalls übersetzen zu lassen, kostet Geld. Fingerabdrücke müssen abgegeben werden, bevor man weiß, ob man das Visum überhaupt erhält. Trotzdem werden biometrische Daten in europäischen Datenbanken gespeichert.

Für viele Menschen aus Staaten mit politischen Krisen oder bewaffneten Konflikten ist schon der Zugang zu einem westlichen Konsulat schwierig. So ist die deutsche Botschaft in Kairo beispielsweise derzeit auch für Anträge aus Syrien, Jemen, Libyen, Sudan und Gaza zuständig. Eine Reise zu einem Termin in der Botschaft ist für viele Menschen weder organisier- noch finanzierbar, falls überhaupt ein Recht auf Einreise nach Ägypten besteht.

Auch die Kosten eines Visumsantrags beeinflussen die individuellen Mobilitätschancen erheblich. Hinzu kommt: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein solcher Antrag überhaupt bewilligt wird, ist je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich. 2024 wurden beispielsweise mehr als die Hälfte aller Schengen-Visaanträge von Menschen aus Bangladesch abgelehnt, aber nur etwa jeder zwanzigste aus Saudi-Arabien.

Wer vermögend ist, kann sich den Zutritt zu anderen Ländern trotz Visumspflicht oft einfach kaufen. Mit 60.000 Euro Investitionen ist man in Lettland dabei, 250.000 Euro müssen es in Griechenland sein. Fast zwei Dutzend Staaten weltweit verkaufen sogenannte „Golden Visa“ – also die Aufenthaltserlaubnis oder gar die Staatsbürgerschaft gegen Zahlung hoher Gebühren oder Investitionen im Land. —

DIE UNSICHTBARE HÄLFTE

Die Feminisierung der Migration ist kein neues, wohl aber ein oft übersehenes Phänomen. Dabei unterstellt schon diese Bezeichnung, dass Migration eigentlich männlich sei.

Unter den Menschen, die weltweit ihren Lebensmittelpunkt von einem Land zum anderen wechseln, insbesondere um zu arbeiten, gibt es immer mehr Frauen. „Feminisierung der Migration“ heißt das Phänomen. Bei der sogenannten Gastarbeitsmigration in Westeuropa beispielsweise wurden gezielt Frauen insbesondere für die Industriearbeit angeworben. In Deutschland stieg die Zahl der Arbeitsmigrantinnen zwischen 1960 und dem Anwerbestopp im Jahr 1973 von 43.000 auf 706.000. Ihr prozentualer Anteil an der Migration verdoppelte sich in diesem Zeitraum von 15 auf über 30 Prozent.

Dokumentiert wurde diese Feminisierung aber kaum. Migrantinnen wurden lange nicht wahrgenommen und statistisch nicht erfasst. Eine Ausnahme war der Geograf und Statistiker Ernst Georg Ravenstein. Er legte bereits 1885 in seinen „Gesetzen der Migration“ dar, dass Frauen mehr migrieren als Männer, zumindest über kürzere Distanzen.

Der Begriff „Feminisierung“ legt nahe, dass Migration eigentlich ein männliches Phänomen sei. Das spiegelt sich auch in klassischen Theorien wider, die vom migrierenden Mann und der mit- oder nachziehenden Ehefrau ausgehen. Lange unterstellte man dabei, dass die wichtigsten Gründe wirtschaftlicher Art seien und einer

Kosten-Nutzen-Abwägung folgten. Doch viele Entscheidungen haben damit nichts oder nur wenig zu tun. Vor allem Frauen wandern beispielsweise, um patriarchalen Normen ihrer Herkunftsländer zu entkommen oder um sich zu bilden.

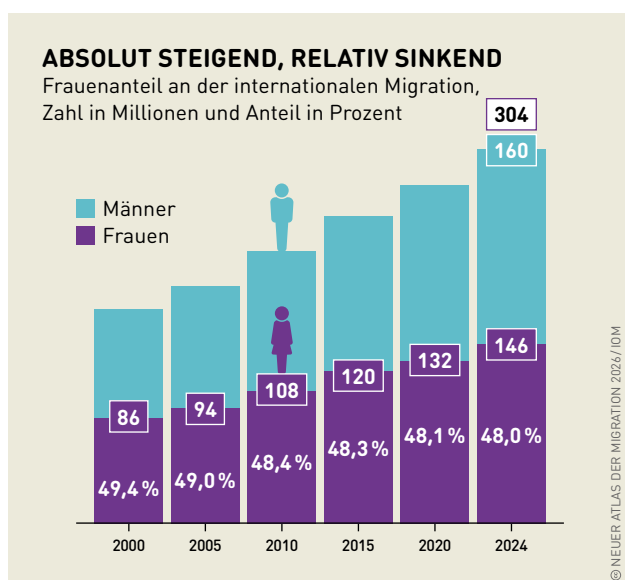
Seit einiger Zeit geht der Anteil von Frauen an den internationalen Migrant:innen leicht zurück. Laut dem jüngsten Weltmigrationsbericht von 2024 sank er seit 2020 von 49,4 Prozent auf 48,1 Prozent. Das änderte allerdings nichts daran, dass die absolute Zahl von Migrant:innen weiter anstieg – sowohl insgesamt wie auch bei den weiblichen.

Das Bild ist regional unterschiedlich: So bleibt in Europa und Zentralasien der größere Frauenanteil (circa 52,5 Prozent Frauen gegenüber 47,5 Prozent Männer) stabil. Auch in Lateinamerika und der Karibik sehen wir ein nahezu ausgeglichenes Bild. Der sich global weitende „Gendergap“ geht fast ausschließlich auf eine rasante Entwicklung in Südasien zurück: Insbesondere die Golfstaaten warben intensiv etwa für Jobs auf dem Bau. Dadurch vergrößerte sich der Anteil an emigrierenden Männern enorm. 1990 lag der Männeranteil in dieser Region noch bei circa 56 Prozent, heute sind es etwa 62 Prozent. Auch im Mittleren Osten und Nordafrika ging die Schere auseinander: 1990 waren vier von zehn dort lebenden Migrant:innen weiblich, 2020 waren es nur noch drei von zehn – so wenig wie nirgendwo sonst auf der Welt.

Im Golfstaat Oman beispielsweise sind rund 90 Prozent der Migrierenden aus Bangladesch, Pakistan oder Indien Männer. Außerhalb der Golfstaaten gibt es nur einen Arbeitsmigrationskorridor mit ähnlich starkem Männeranteil: den zwischen Bangladesch und Italien. Obwohl die meisten Bangladescher:innen in Italien aus gebildeten Mittelklassehaushalten stammen, arbeiten viele von ihnen im industriellen Niedriglohnsektor.

Es gibt aber auch Migrationskorridore mit einem dominierenden Frauenanteil, etwa in Ostasien. In Hongkong sind mehr als neun von zehn Migrant:innen aus den Philippinen oder Indonesien Frauen. Sie werden für die Arbeit in Privathaushalten angeworben. Dieser Sektor bleibt zentral für die Migration von Frauen. Gleichzeitig hat sich das Bild in Hongkong verändert: Unter allen Migrant:innen ist inzwischen etwa ein Viertel Männer.

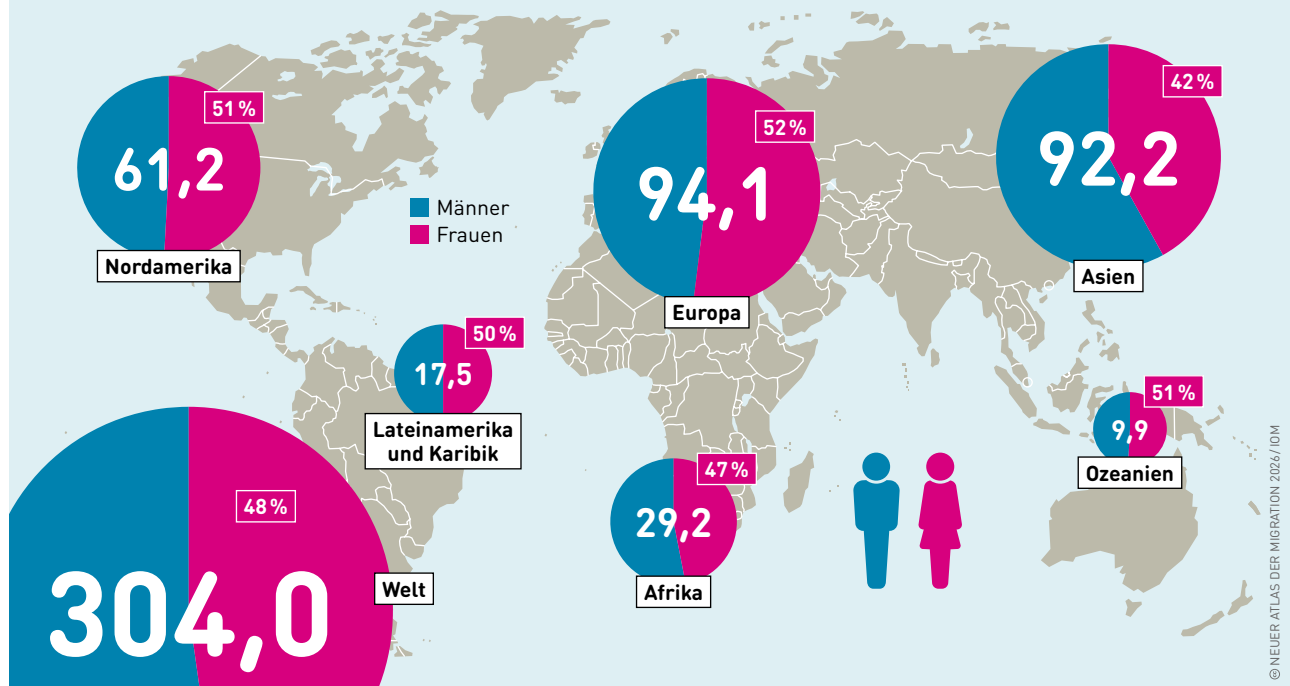
Die Nachfrage nach sogenannten haushaltsnahen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung oder Hauswirt-



Vor 25 Jahren gab es 1,2 Prozent weniger Migrantinnen als Migranten. Jetzt sind es 4 Prozent weniger, aber zugleich 60 Millionen mehr Frauen

DIE WELT MOBILER FRAUEN UND MÄNNER

Gesamtmigration nach Zielregionen, Millionen Menschen und Anteil der Frauen in Prozent, 2024



schaft steigt wieder. Während der Corona-Pandemie war sie stark eingebrochen: Je nach Weltregion verloren zwischen 5 und 70 Prozent der migrantischen Haushaltshilfen ihren Arbeitsplatz. Besonders verbreitet ist diese Arbeit in Staaten mit hoher und weiter wachsender sozialer Ungleichheit. In alternden Gesellschaften, vor allem in den Industrienationen, wächst der Bedarf an Unterstützung und Pflege. Das treibt diese Form der Beschäftigung weiter an.

Die Statistiken von UN und nationalen Behörden gehen dabei von einer Geschlechterbinarität aus – sie zählen nur Männer und Frauen. Andere Gender-Identitäten werden nicht erfasst. Ihr Anteil dürfte vergleichsweise gering sein, gleichwohl stehen sie vor besonderen Herausforderungen. Bei Grenzübertritten etwa bekommen transgeschlechtliche Personen zum Teil Probleme, wenn der Geschlechtseintrag im Pass nicht mit dem Geschlecht übereinstimmt, das Grenzbeamten oder Sicherheitspersonal an Flughäfen wahrnehmen. Sie werden diskriminierenden Geschlechtskontrollen unterzogen und im schlimmsten Fall zurückgewiesen; manche kleiden sich deshalb für den Grenzübertritt entsprechend der Pass-Geschlechtsidentität. Zusätzliche Probleme entstehen, wenn im Herkunftsstaat eine Geschlechtskategorie wie „divers“ oder „drittes Geschlecht“ existiert, im Zielstaat aber nicht. Viele transgeschlechtliche Perso-

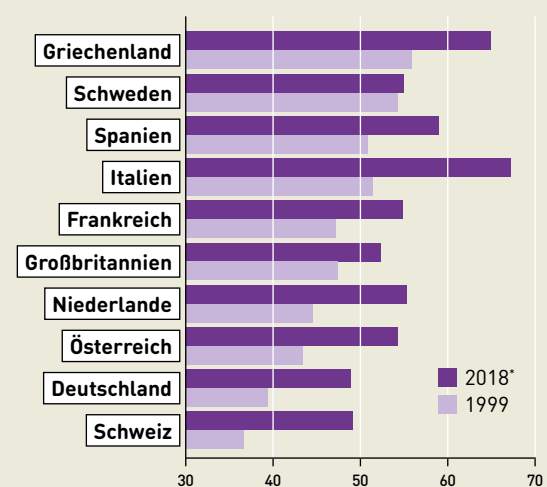
Hinter den Zahlen ein verborgener Trend: Weniger Migrantinnen reisen als Ehefrauen mit, mehr gehen aus eigenem Entschluss ins Ausland

nen kommen aus den migrationsintensiven südasiatischen Ländern Bangladesch, Indien, Nepal oder Pakistan: Bei einer Migration zum Beispiel in die Golfstaaten kann das für sie zu einer enormen Belastung auch im Alltag werden. —

Eine Studie von 2022 zeigt: Für qualifizierte Migrantinnen waren die deutschsprachigen Länder lange vergleichsweise unattraktiv

ÜBERWIEGEND WEIBLICHE FACHKRÄFTE

Anteil von Frauen an beruflich qualifizierten Migrant:innen in ausgewählten europäischen Ländern, Prozent



*keine jüngeren Daten verfügbar

VERFOLGT UND BESTRAFT – LEBEN AUSSERHALB DER NORM

Die soziale und politische Diskriminierung queerer Personen hat viele Facetten. Wenn sie zudem von Polizei und Justiz verfolgt werden, bleibt denen, die können, nur die Flucht aus dem Land.

Einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partner:innen sind heute in 63 Ländern strafbar. In 12 Staaten ist sogar die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche Handlungen zwingend oder möglich. Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität (international mit SOGI abgekürzt) gehören zu den grundlegenden Eigenschaften jedes Menschen. Das Recht, sie frei zu leben, ist ein Menschenrecht. Gleichzeitig gilt in vielen Gesellschaften Heterosexualität weiterhin als Norm. Auch die Vorstellung von nur zwei klar voneinander abgegrenzten Geschlechtern – Mann und Frau – wird oft als selbstverständlich betrachtet. In dieser Logik haben Menschen sich gemäß den Erwartungen an ihr Geschlecht zu verhalten. Sie sollen sich etwa entsprechend kleiden und ihr sexuel-

les Verhalten ausschließlich auf das jeweils andere Geschlecht richten.

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intersexuelle und queere (LGBTIQ*) Menschen passen nicht in dieses Schema. In vielen Ländern droht Menschen mit verschiedenen sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten deshalb staatliche Diskriminierung und Verfolgung. Eines dieser Länder ist Russland. Seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine hat sich dort die Situation von LGBTIQ*-Personen deutlich verschärft. Ein trans*-feindliches Gesetz verbietet geschlechtsangleichende Maßnahmen de facto, ermöglicht die Annullierung von Ehen und schränkt die Familienrechte von Trans*-Personen stark ein, etwa durch ein Verbot von Adoption oder Vormundschaft. Gleichzeitig erlaubt das Gesetz bei intersexuellen Kindern medizinische Eingriffe, die von Menschenrechtsorganisationen kritisch bewertet werden. Begründet werden die massiven Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit offiziell mit dem Kampf gegen eine angebliche westliche „Transgender-Industrie“.

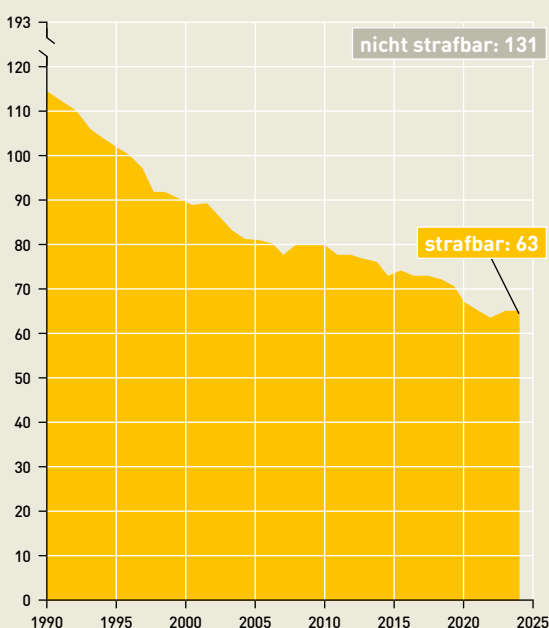
Aber auch dort, wo gleichgeschlechtliche Beziehungen legal sind, erfahren LGBTIQ*-Personen gesellschaftliche Ausgrenzung, Stigmatisierung und Gewalt. Deshalb sind viele queere Menschen auf der Flucht, um anderswo ein sicheres und würdevolles Leben zu finden. In der EU und somit auch in Deutschland können Menschen, die aufgrund ihrer SOGI verfolgt werden, Asyl beantragen. In der Praxis ist dies jedoch ein langwieriges, belastendes und mental äußerst herausforderndes Verfahren mit ungewissem Ausgang.

Damit SOGI als Fluchtgrund anerkannt wird, müssen Betroffene Bedrohungen und Gewalt im Herkunftsland nachweisen, die eine Rückkehr unmöglich machen. Konkret heißt das: In einer mündlichen Anhörung müssen queere Geflüchtete ihre Biografie schildern und Details aus ihrem intimen Privatleben offenlegen. Auch über die erlebte Gewalt und ihre sexuellen Vorlieben werden sie befragt.

Neben der psychologischen Belastung dieses Vorgehens ist die Beweisführung besonders herausfordernd, wenn aufgrund der Kriminalisierung im Herkunftsland

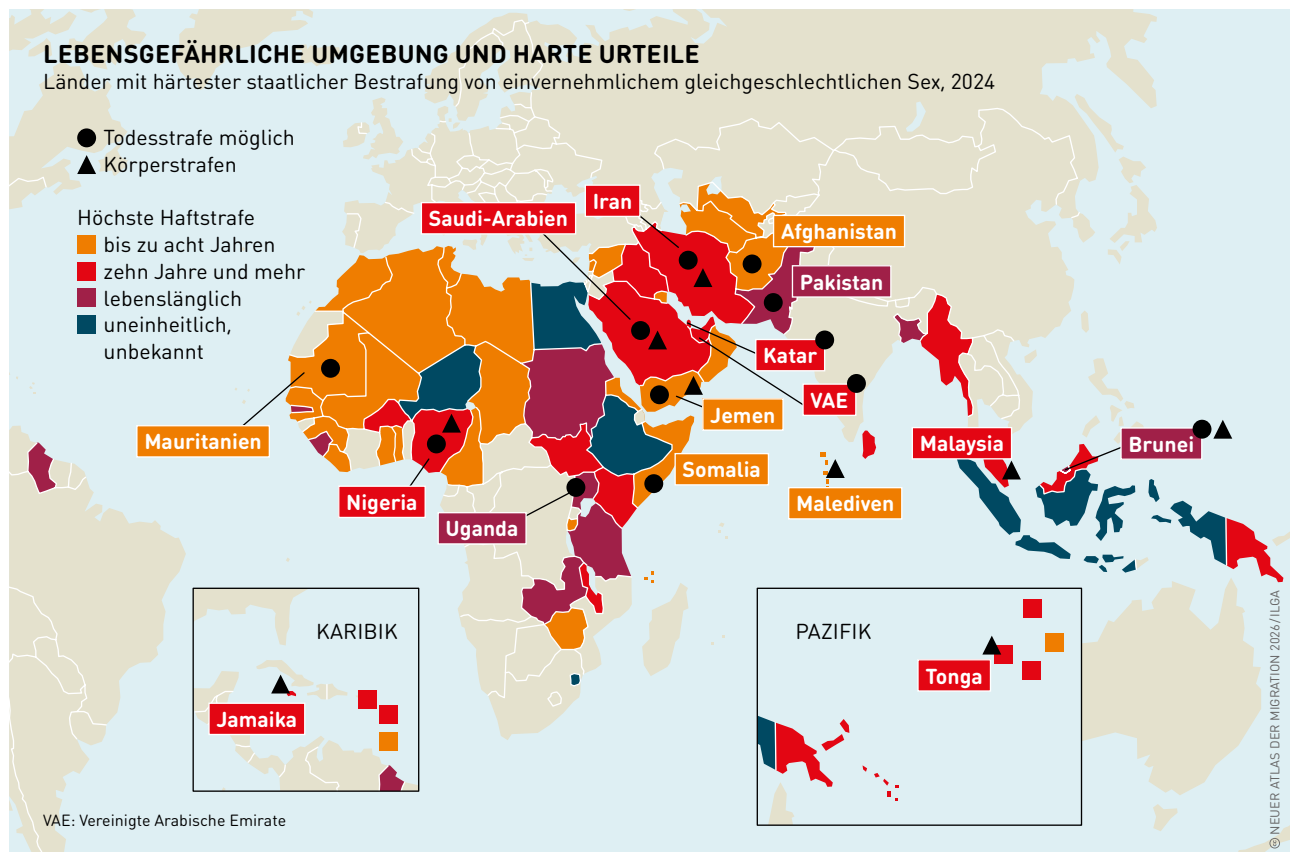
NOCH IMMER EIN DRITTEL

Zahl der UN-Staaten, die unvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex kriminalisieren, 2024



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / ILGA

*Kaum noch Fortschritte in den letzten Jahren:
Nur langsam sinkt weltweit die
juristische Verfolgung der sexuellen Orientierung*



die eigenen SOGI geheim gehalten werden musste. Jetzt fehlen den Betroffenen die Beweise, die sie vor der Flucht in höchste Gefahr gebracht hätten. Auf Basis der Erzählungen fällen Behörden und Gerichte Entscheidungen über die Glaubwürdigkeit einer Person. In die Beurteilung fließen zweifellos auch gesellschaftliche Vorurteile über (Homo-)Sexualität sowie stereotype Vorstellungen von queeren Lebensrealitäten ein. Wie viele Anträge genau von LGBTIQ*-Geflüchteten gestellt und wie viele davon anerkannt wurden – dazu gibt es keine offiziellen Zahlen, weder in Deutschland noch auf europäischer oder internationaler Ebene, etwa von den UN. Daten werden ausschließlich zu den beiden Geschlechtern Mann und Frau erhoben.

Die Vorstellung, dass queere Personen in erster Linie aus Ländern im Globalen Süden in die des Globalen Nordens fliehen, ist falsch und irreführend. Nach Erkenntnissen zu weltweiten Fluchtbewegungen suchen LGBTIQ*-Geflüchtete vor allem innerhalb ihrer Herkunftsregion Schutz. Oft fehlen legale Zugangswege, finanzielle Mittel und Kontakte, und so ist es ihnen häufig nicht möglich, lange und gefährliche Fluchtrouten beispielsweise nach Europa anzutreten. Zudem bedeutet die Entscheidung, das Herkunftsland zu verlassen, nicht automatisch die Ankunft in einem sicheren Umfeld.

Flucht ist häufig ein langwieriger Prozess, der von Unterbrechungen, Unsicherheit und immer neuen Gewaltbedrohungen begleitet wird. Queere Geflüchtete sind dabei besonders häufig Misshandlungen, Folter und ge-

In vielen muslimischen, aber auch in christlich-evangelikal geprägten Ländern drohen Auspeitschen, Zwangsarbeit und langjährige Gefängnisstrafen

schlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt; hinzu kommen Inhaftierung, Angst und Isolation. Dies liegt sowohl an ihrem Status als flüchtende Person als auch an ihrer von der Norm abweichenden SOGI. Häufig kommen weitere Faktoren hinzu: Viele sind etwa People of Color (POC) oder erleben zusätzlich eine Benachteiligung aufgrund von Klasse, Nationalität, Religion, Alter oder Ableismus.

Auch in Aufnahmestaaten bestehen für queere Geflüchtete weiterhin geschlechtsspezifische Risiken. Dies gilt auch für Gesellschaften im Globalen Norden, die sich selbst häufig als liberal und offen verstehen, darunter auch Deutschland. Auch hier berichten LGBTIQ*-Geflüchtete von Queerfeindlichkeit, Übergriffen in Unterkünften und Bedrohungen.

Gleichzeitig hält sich das Narrativ, dass Staaten im Globalen Norden für die Menschenrechte queerer Personen einstehen und LGBTIQ*-Geflüchteten ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglichen. Die Herkunftsländer hingegen werden als repressiv, unterentwickelt und homophob gezeichnet. LGBTIQ*-Asylsuchende werden immer wieder zum Anlass genommen, um die vermeintliche Fortschrittlichkeit der Länder im Globalen Norden und ihre moralische Überlegenheit gegenüber anderen Staaten darzustellen. —

EXTREMES WETTER BEDROHT IMMER MEHR MENSCHEN

Vom „neuen Normal“ bis zum katastrophalen Schadensereignis – die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels nehmen zu. Er vertreibt Menschen weltweit. Binnenmigration und zeitweilige Evakuierungen haben Rekordniveau erreicht.

Die Umwelt hat Migration schon immer beeinflusst. Bekannt sind etwa die nomadischen Wanderungen im Wechsel der Jahreszeiten. Doch heute spielen der menschengemachte Klimawandel und seine Folgen wie Dürre- und Überflutungskatastrophen, veränderte Wettermuster und steigende Meeresspiegel eine immer größere Rolle im Migrationsgeschehen.

Dass der Klimawandel Migration beeinflusst, gilt als wissenschaftlich erwiesen. Umwelt, Wirtschaft und Lebensbedingungen verändern sich, Armut, Konflikte und zunehmende Ungleichheiten sind die Folge. Oft ist es schwer zu unterscheiden, ob Migration primär auf den Klimawandel zurückzuführen ist oder auf andere Gründe.

Migration im Kontext des Klimawandels kann sehr unterschiedlich verlaufen. Manchmal fliehen Menschen nur kurzzeitig oder werden bei Extremwetterereignissen evakuiert. In anderen Fällen wandern sie vorübergehend oder saisonal ab – etwa, um während einer Dürre in der nächsten Stadt zu arbeiten und so das Haushaltseinkom-

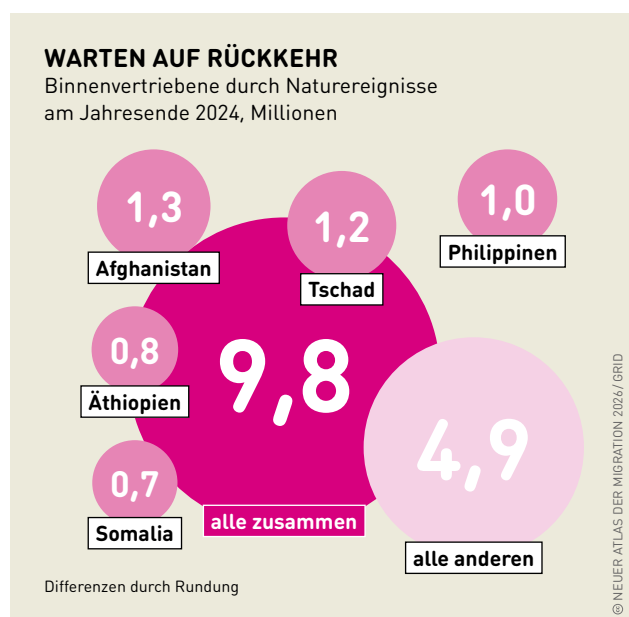
men zu sichern. Die weitreichendste Folge ist eine dauerhafte Vertreibung oder Umsiedlung aus unbewohnbar gewordenen Gegenden.

Migration kann Leben retten. Menschen können sich dem Klimawandel anpassen, indem sie Risiken minimieren oder sich neue Einkommensquellen erschließen. Migration kann aber auch in prekäre Lebensumstände führen, etwa in informellen Siedlungen in Großstädten. Und auch wenn das Überleben gesichert ist: Wenn Menschen ihre Heimat dauerhaft verlassen müssen, verlieren sie auch soziale Beziehungen, Land, Kultur und Lebensweisen. Migration ist auch nicht für alle Menschen möglich, denn sie erfordert Ressourcen, über die nicht alle verfügen. Tatsächlich können gerade diejenigen, die am stärksten betroffen sind, den Folgen des Klimawandels häufig nicht entkommen. Man spricht dann von „trapped populations“, von „Bevölkerungen in der Falle“.

Klimawandelbedingte Migration folgt bekannten Mustern: Die meisten Menschen bleiben innerhalb ihrer eigenen Länder. Zur Bewegung über Kontinente hinweg kommt es nur selten, auch weil diese Migration viele Ressourcen erfordert und nur wenige Wege offenstehen. Da zahlreiche Faktoren zusammenwirken, lässt sich nur schwer beziffern, wie viele Menschen weltweit aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen haben oder künftig verlassen werden.

Für die Auswirkungen solcher Katastrophen liegen Schätzungen vor. So zählte die Beobachtungsstelle für Binnenvertreibung (IDMC) im Jahr 2024 rund 45,8 Millionen landesinterne Vertreibungen – ein Rekord. Die meisten davon wurden von Stürmen und Überschwemmungen ausgelöst. Betroffene kehren oft innerhalb eines überschaubaren Zeitraums wieder zurück, doch zahlreiche Menschen müssen auch mehrfach fliehen. 2024 verzeichneten die USA die meisten solcher Vertreibungen, gefolgt von den Philippinen und Indien.

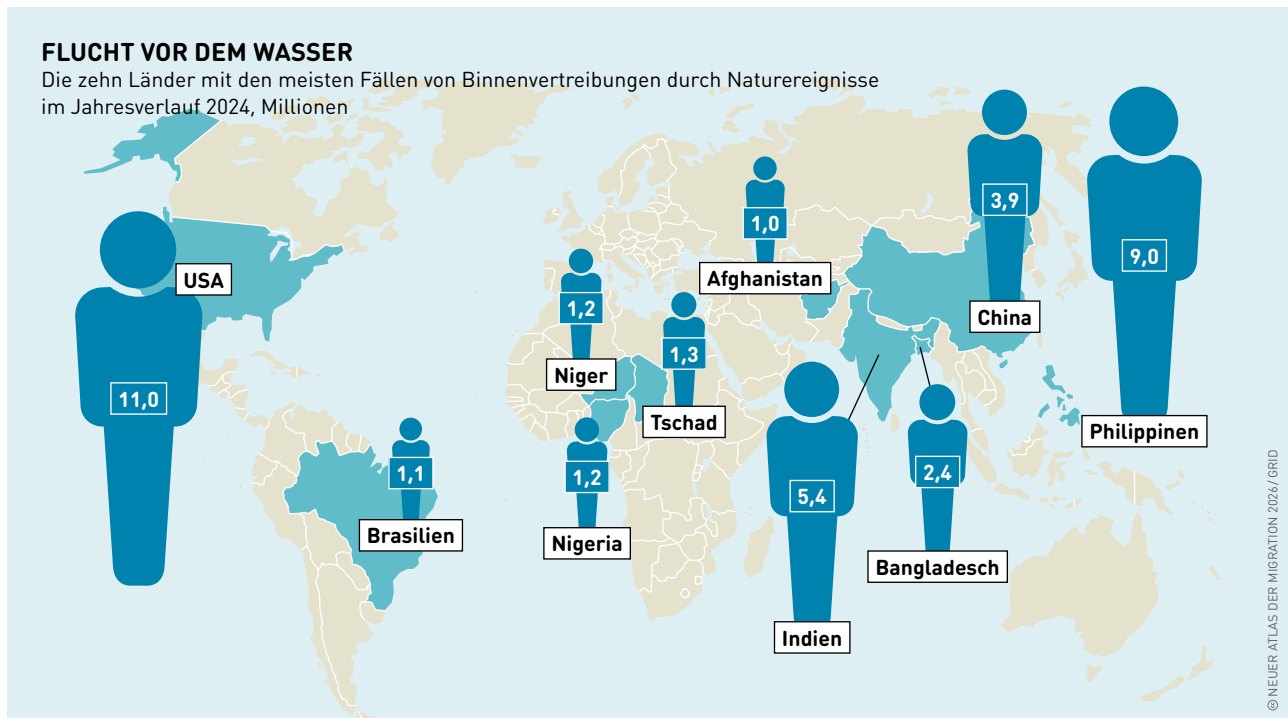
Wie sich klimawandelbedingte Migration in Zukunft entwickelt, hängt davon ab, welche Maßnahmen Regierungen, Wirtschaft und Gesellschaften ergreifen, um den Klimawandel zu bremsen und sich an seine Folgen anzupassen. Vorhersagen bleiben schwierig, weil sich der Klimawandel selbst dynamisch entwickelt. Werden



Binnenvertreibungen zählen, wie oft jemand vertrieben wurde. Binnenvertriebene sind alle Personen, die am Jahresende noch vertrieben waren

FLUCHT VOR DEM WASSER

Die zehn Länder mit den meisten Fällen von Binnenvertreibungen durch Naturereignisse im Jahresverlauf 2024, Millionen



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / GRID

bestimmte geophysische Kippunkte erreicht, könnte das planetare System in einen neuen Zustand geraten. Auch Migration kann Kippunkte erreichen: Wenn soziale Sicherungsnetze und Anpassungsstrategien erschöpft sind, kann sich die Migrationsdynamik abrupt verändern. Möglich sind dann plötzliche, große Abwanderungen.

Klimawandel betrifft Menschen und Regionen sehr unterschiedlich. Er wirft deswegen auch die Frage nach globaler Gerechtigkeit auf: Diejenigen Länder und Menschen, die historisch am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind am stärksten betroffen. Auch wenn der Begriff „Klimaflüchtling“ weitverbreitet ist, lässt er sich doch kaum mit der Genfer Flüchtlingskonvention und ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen vereinbaren. Es ist unwahrscheinlich, dass sich Staaten in absehbarer Zukunft auf ein alternatives völkerrechtliches Instrument mit verbindlichen Schutzgarantien für Menschen einigen, die durch den Klimawandel vertrieben werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Staaten mit klimabedingter Migration umgehen sollten. Das Recht zu bleiben zu schützen und die Möglichkeit zu gehen zu gestalten – das könnten die Kernpfeiler im Umgang mit klimawandelbedingter Migration sein. Verschiedene Fachgremien haben gefordert, Deutschland solle sich dafür einsetzen, den Schutzstatus von Menschen zu verbessern, die infolge des Klimawandels ihre Heimat verlieren, und regten etwa an, spezielle humanitäre Visa für Betroffene zu prüfen.

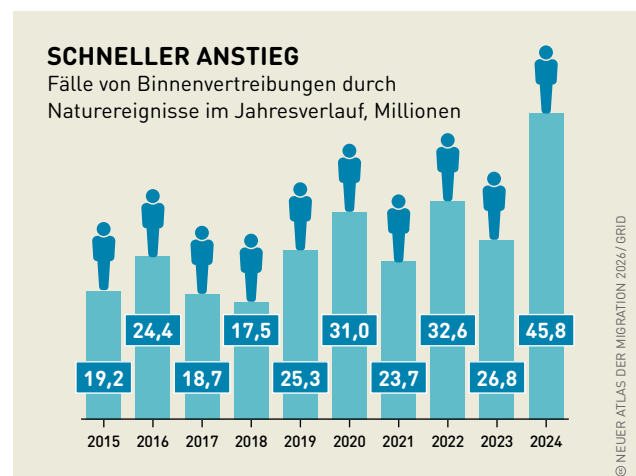
Zwischen 2015 und 2024 hat sich die Zahl der umweltbedingten Binnenvertreibungen verdoppelt

In mehr als 90 Prozent der Fälle mussten die Betroffenen 2024 ihre Heimat wegen Stürmen und Überflutungen verlassen

Es gibt Ansätze und Maßnahmen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene. Staaten müssen den Klimawandel deutlich entschiedener bekämpfen und so dazu beitragen, dass Menschen nicht gezwungen sind, vor den Folgen zu fliehen. Anpassungsmaßnahmen und ein weiterer Ausbau des Katastrophenschutzes sollten oberste Priorität haben. In manchen Fällen aber kann Migration die einzig verhältnismäßige Lösung sein. Dann gilt es, sie vorausschauend, menschenwürdig und rechtssicher zu gestalten. Hier können regionale Abkommen und Freizügigkeitsregime ansetzen, ebenso wie humanitäre Aufnahme und Arbeitsmigrationsprogramme sowie langfristig geplante Umsiedlungsmaßnahmen. —

SCHNELLER ANSTIEG

Fälle von Binnenvertreibungen durch Naturereignisse im Jahresverlauf, Millionen



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / GRID

FLUCHT VOR DEN WELLEN

Der steigende Meeresspiegel bedroht das Leben an vielen Küsten, im Pazifik gar die Existenz ganzer Inselstaaten. Umstritten ist, ob deren Bevölkerung von Klimasündern wie Australien aufgenommen werden muss.

Tuvalu, ein süd pazifischer Inselstaat, ist unter den 193 Mitgliedstaaten der UN das Land mit der kleinsten Bevölkerung. Seine knapp 10.000 Einwohner:innen leben auf neun Atollen. Die höchste Erhebung liegt nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Der steigt dort um etwa fünf Millimeter pro Jahr. Setzt sich dieser Trend fort, wird Tuvalu in einigen Jahrzehnten komplett unbewohnbar sein. Ebenfalls existenziell gefährdet sind die Marshallinseln sowie bewohnte Atolle der Föderierten Staaten von Mikronesien und von Kiribati. Etliche Bewohner:innen der Carteret-Inseln, die zu Papua-Neuguinea gehören, mussten wegen des Klimawandels bereits auf das 86 Kilometer entfernte Bougainville ausweichen. Bei Springtiden und tropischen Wirbelstürmen werden die Atolle bereits zum Teil oder ganz überflutet. Erhöhte Wassertemperaturen sorgen für vermehrte Wirbelstürme und eine Übersäuerung des Meeres und damit ein Sterben der Korallenriffe.

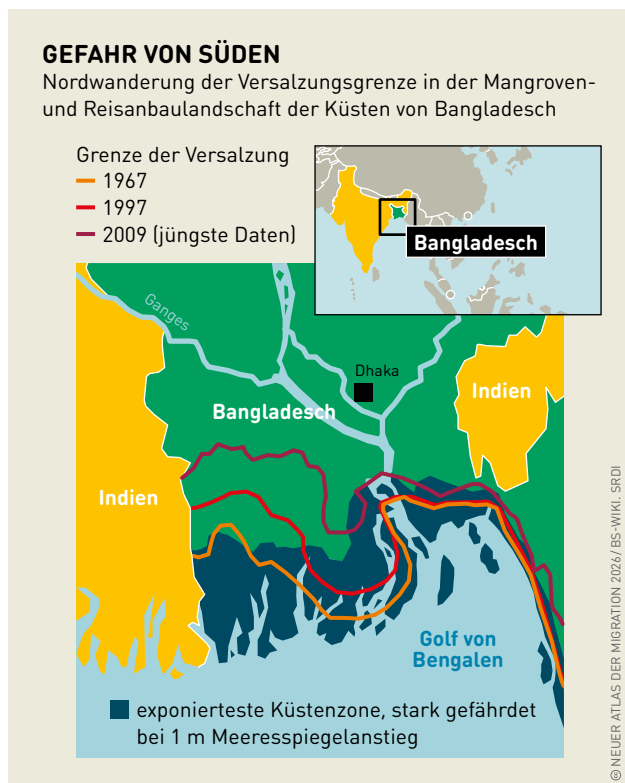
In Bangladesch sind zwar deutlich mehr Menschen vom Anstieg des Meeresspiegels und von extremen Wetterereignissen betroffen. Doch im Pazifik steht der Fortbestand ganzer Nationen auf dem Spiel. Für viele Bewohner:innen ist die Emigration der letzte Ausweg, wenn es nicht noch gelingen sollte, die Atolle besser vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Doch diese Möglichkeit steht ihnen nur begrenzt offen. Auch ist die Klimakrise als Fluchtursache nicht offiziell anerkannt.

Auf der internationalen Bühne haben die pazifischen Inselstaaten deshalb schon früh und lautstark vor den Folgen des Klimawandels gewarnt und die Industrieländer an ihre historische Verantwortung erinnert. Das Pariser Klimaabkommen wäre ohne ihren Druck nicht zustande gekommen. In einem Verfahren, das Vanuatu gemeinsam mit einer Gruppe von Jurastudierenden angestoßen hatte, traf der Internationale Gerichtshof 2025 eine wegweisende Entscheidung. Er befand, dass Staaten, die für die Erderwärmung verantwortlich sind, jenen Reparationen schulden, die unter ihren Folgen leiden.

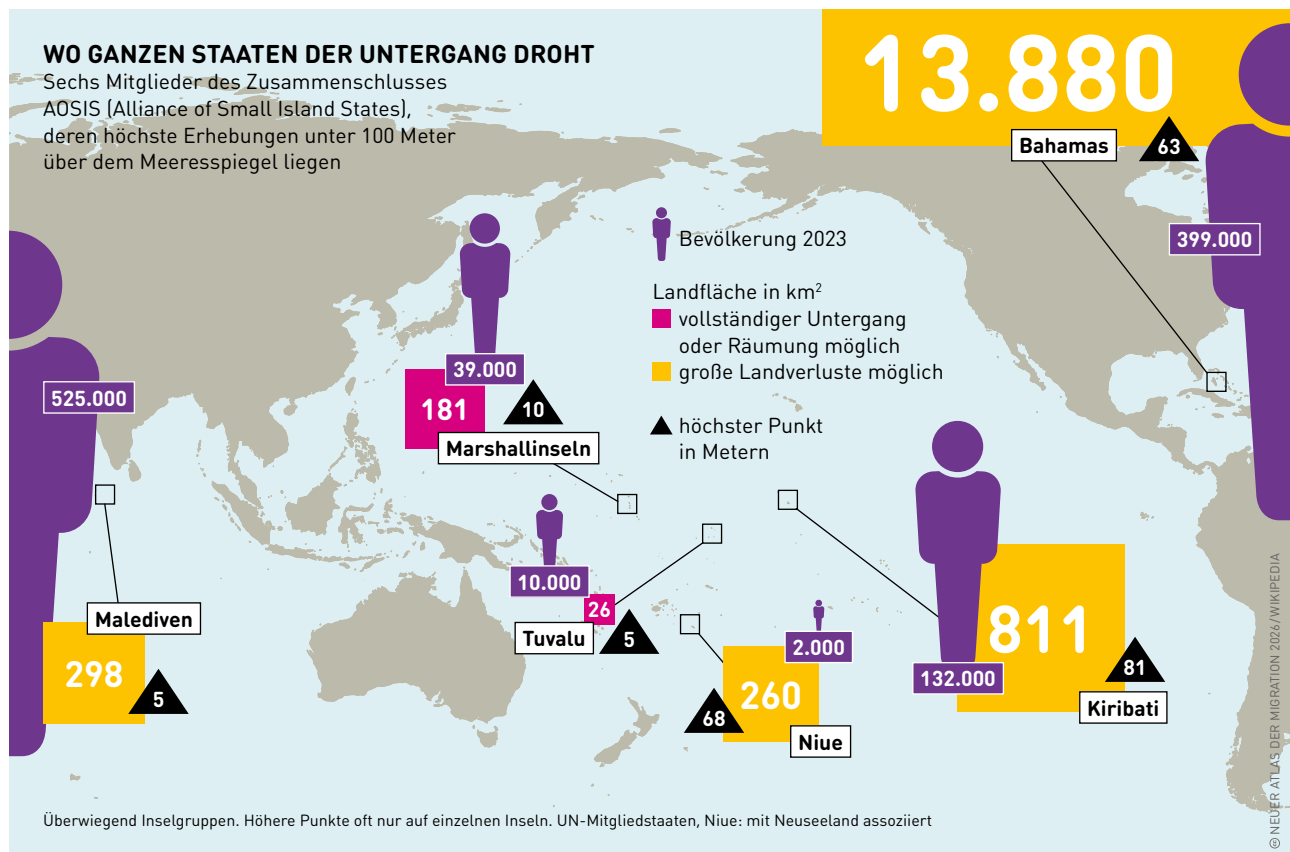
Die Forderungen der pazifischen Inselstaaten haben besonderes Gewicht im Pacific Islands Forum, einer regionalen Staatenorganisation im Pazifikraum. Zwei seiner Mitglieder, Australien und Neuseeland, sind prominente Klimasünder. 2024 produzierte Australien 22,3 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf, Neuseeland 15,6 Tonnen. Papua-Neuguinea hingegen nur 1,1 Tonnen. Seit den 1990er-Jahren fordern die Inselstaaten von Australien und Neuseeland, mehr gegen den Klimawandel zu tun. Zudem wollen sie bei Klimaschutzmaßnahmen finanziell stärker unterstützt werden – und als letzten Ausweg eine Umsiedlung ihrer Bevölkerung ermöglichen.

Unter dem konservativen Premierminister John Howard (1996 bis 2007) stellte die Regierung Australiens die Existenz des menschengemachten Klimawandels infrage. Zudem weigerte sie sich, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Zweimal lehnte die Howard-Regierung ein Ansinnen Tuvalus ab, gegebenenfalls die Migration von Klimaflüchtlingen nach Australien zu ermöglichen.

Neuseeland stellt jährlich 650 sogenannte „Pacific Access Category“-Visa für Einwohner:innen aus Fidchi, Kiribati, Tonga und Tuvalu bereit. 2017 plante die Regierung zudem, probeweise eine eigene Visakategorie für Klimaflüchtlinge einzuführen. Kurze Zeit später



Stürme im Golf von Bengalen, die durch den Klimawandel häufiger und stärker werden, treiben das Meerwasser immer weiter in das Gangesdelta



wurde der Plan wieder verworfen – mit der Begründung, viele Betroffene wollten lieber in ihren Heimatländern bleiben.

Seit 2022 ist Anthony Albanese Premierminister von Australien. Seine Regierung hat sich verpflichtet, Australien bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Anders als ihre Vorgängerregierungen ist sie bereit, Klimaflüchtlinge aufzunehmen. Auf Initiative der Regierung von Tuvalu schlossen Australien und der südpazifische Inselstaat im November 2023 ein Abkommen: die Australia–Tuvalu Falepili Union. Der Name leitet sich ab aus dem tuvaluischen Begriff für gute Nachbarschaft. In einem Vertrag und einem begleitenden Memorandum verpflichtet sich Australien, jährlich 280 Einwohner:innen Tuvalus aufzunehmen. Sie werden per Losverfahren ausgewählt.

Grundlage ist das Prinzip „human mobility with dignity“ (Migration in Würde). Anders als andere Migrant:innen müssen sie keinen Arbeitsvertrag vorweisen und sind sofort nach Ankunft in Australien sozialversichert. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung Tuvalus nahm an der ersten Visaverlosung teil. Die ersten Umsiedler:innen erreichten Australien im Dezember 2025. Rücküberweisungen von Migrant:innen sind für die Wirtschaft der Inselstaaten wichtig. Deshalb profitieren von einer tuvaluischen Diaspora auch die Menschen, die zurückbleiben.

Die Falepili Union ist weder Ausdruck australischer Generosität noch ein Eingeständnis Australiens, dass

Gletscherschmelze und ozeanische Erwärmung, aber auch geänderte Meeresströmungen und stärkere Stürme bedrohen die Staaten

seine CO₂-Emissionen Tuvalus Existenz bedrohen. Der Albanese-Regierung geht es vielmehr darum, den Einfluss Chinas im Südpazifik zurückzudrängen. In Artikel 4 des Vertrages verpflichtet sich Tuvalu nämlich, das Einverständnis Australiens einzuholen, wenn es mit einem anderen Staat eine Vereinbarung treffen will, bei der es um Sicherheitsfragen geht.

Die Lage Tuvalus steht exemplarisch für eine globale Entwicklung, die längst nicht mehr auf Inselstaaten beschränkt ist. Ob auf den Marshallinseln, in Bangladesch oder an den Küsten Westafrikas – überall verändert der steigende Meeresspiegel die Lebensräume. Politisch und rechtlich Verantwortliche reagieren bislang zu langsam auf diese Entwicklung. Einige wenige Staaten schaffen über Umsiedlungsprogramme oder Verhandlungen wie die Falepili Union zumindest begrenzte Auswege. In vielen anderen Regionen fehlt selbst dieser minimale institutionelle Rahmen.

Die internationale Klimapolitik tut sich schwer mit Fragen von Verantwortung und Ausgleich. Obwohl wissenschaftlich eindeutig ist, dass die Industriestaaten die historischen Hauptverursacher dieser Emissionen sind, bleiben die Fragen von Entschädigung oder verbindlicher Aufnahme von Klimaflüchtlingen politisch hoch umstritten. —

HILFE DURCH DEN MEGA-TREND

Eine schrumpfende Bevölkerung noch in diesem Jahrhundert wird die Welt insgesamt und besonders Europa und Deutschland prägen – und Migration aufwerten.

Stillgelegte Kraftwerke, verwaiste Arbeitsämter, bestens ausgestattete Schulen: Der globale demografische Wandel – also der Rückgang der Weltbevölkerung, auch in Industrieländern wie Deutschland – bietet auch Vorteile. Der Ressourcenverbrauch wird nachlassen, es wird weniger Verkehr und einen geringeren Energiebedarf geben. Die Arbeitskräfte werden knapper und die Einkommen steigen. Das wiederum lockt viele Menschen in die Erwerbsarbeit, und die Sozialkosten werden schneller sinken, als die Zahl der Rentner:innen steigt. Zugleich schnellen die Steuereinnahmen hoch.

Es muss nicht so kommen, aber es kann. Der globale demografische Wandel führt nicht zwingend in eine Katastrophe mit personallosen Pflegeheimen und leeren Schulen. Dazu sind seine Auswirkungen viel zu unterschiedlich. Doch global wie national wird sich ein zentrales gesellschaftliches Phänomen verändern: die Migration. Wenn durch Bevölkerungsrückgang Armut und Perspektivlosigkeit sowie Verteilungskämpfe und darin begründete bewaffnete Konflikte abnehmen, müssten weniger Menschen fliehen. Viele Zielländer würden Einwanderung stärker fördern als heute, weil das Fehlen von Arbeitskräften überdeutlich würde. Mit dem demografischen Mega-Trend des 21. Jahrhunderts würden die (vertreibenden) Pushfaktoren für die Migration schwächer, die (nachfragenden) Pullfaktoren stärker werden.

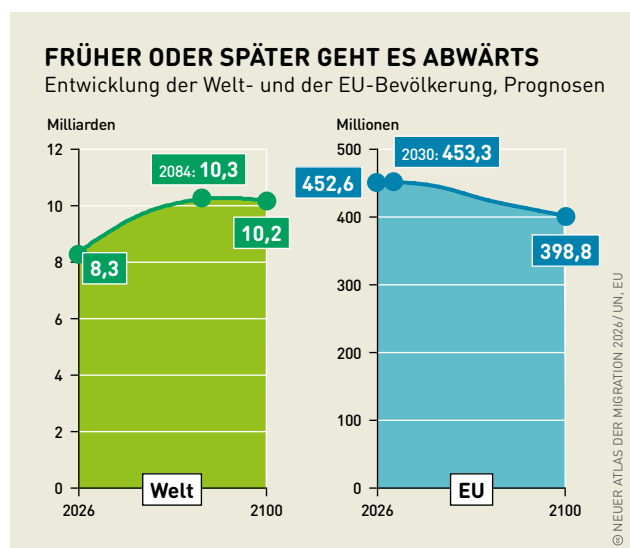
Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass dieses Szenario realistisch ist. Nach UN-Prognosen werden um 2085 rund 10,3 Milliarden Menschen auf der Erde wohnen, zwei Milliarden mehr als gegenwärtig. Das bedeutet: Peak Mensch. Die Weltbevölkerung hat zu diesem Zeitpunkt ihren Höhepunkt erreicht. Danach wird sie wieder sinken. Die meisten jungen Erwachsenen von heute werden das noch erleben – bis dahin sind es nur noch etwa 60 Jahre.

Schon seit 2022 schrumpft die Bevölkerung Chinas – bis 2026 um mehr als 12 Millionen Menschen, fast so viele, wie heute in Bayern leben. In Indien wird die Bevölkerung ihren Höchststand voraussichtlich um 2062 erreichen. In Afrika kommt dieser Punkt später: Bis 2100 könnte auch dort die Geburtenrate bei nur noch 2,1 Kindern pro Frau liegen, die für eine langfristig stabile Bevölkerung ohne Migration nötig ist.

Die Bevölkerung des Kontinents Europa schrumpft bereits seit vier Jahren. Für die EU wird die Spitze mit 453 Millionen Menschen 2029/30 erwartet. Am Ende dieses Jahrhunderts sollen es noch 399 Millionen sein, minus zwölf Prozent. Das scheint nicht viel, aber der Rückgang ist sehr unterschiedlich verteilt, wie die EU-Statistikbehörde Eurostat errechnet hat. Ihr zufolge entfallen die größten Verluste mit insgesamt über 21 Millionen weniger Menschen als heute auf Italien und Rumänien mit je minus 24 Prozent und auf Polen mit minus 31 Prozent.

Destatis, das deutsche Statistische Bundesamt, beschränkt sich in seinen Prognosen auf die kommenden 45 Jahre bis 2070. Um die demografische Zukunft Deutschlands möglichst genau vorherzusagen, hat die Behörde 28 Szenarien entwickelt, die unterschiedliche Annahmen zu Geburtenrate, Lebenserwartung und Migration kombinieren. Die Minimalvariante: Ohne jede Migration und bei mittlerer Fruchtbarkeit und Lebensdauer würden 2070 in Deutschland nur noch 60 statt 84 Millionen Menschen leben. Selbst wenn die Migration moderat verlief, wären es 2070 zehn Millionen weniger Menschen als heute.

Zugleich beeinflussen sich Migration und der Arbeitsmarkt gegenseitig. Weil die Babyboomer, die starken Geburtsjahrgänge 1955 bis 1964, in Rente gehen, werden bis 2035 jedes Jahr rund eine Million Stellen frei. Zum Vergleich: Das sind in jedem Jahr mehr Arbeitsplätze als Edeka, Volkswagen und Deutsche Bahn zusammen im Inland haben. In fast allen Destatis-Szenarien schrumpft die Zahl der Erwerbsfähigen trotz Zuwanderung von 51,2



Wer heute in die Kita geht, wird die globalen demografischen Veränderungen bis zum Jahr 2100 noch selbst erleben

AM RÜCKGANG FÜHRT KAUM EIN WEG VORBEI

Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2070, 28 Varianten aus Geburtenraten, Lebenserwartung und Zuwanderung, 2025

■ Prognose 2070, Millionen Personen
□ Stand 2024

Geburtenrate je Frau

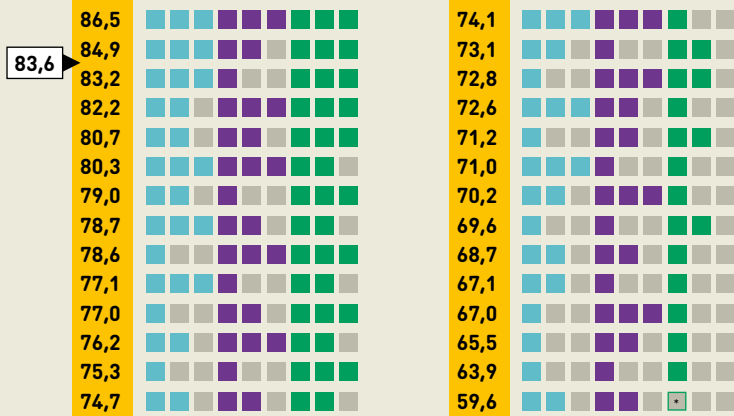
■ 1,29 Kinder (2024: 1,35)
■ 1,47
■ 1,65

Lebenserwartung (Männer/Frauen)

■ 82,6/85,9 (2024: 78,9/83,5)
■ 84,5/87,7
■ 86,4/89,3

Zuwanderung

■ +150.000/Jahr (wie 1955–1989)
■ +225.000–250.000 (wie 1955–2024)
■ +300.000–350.000 (wie 1990–2021)



*keinerlei Migration

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / DESTATIS

Millionen Menschen (2024) auf 37 bis 45 Millionen im Jahr 2070. Die Differenz von 6 bis 14 Millionen Erwerbsfähigen liegt deutlich über dem Niveau der heutigen Arbeitslosigkeit von 3 Millionen Menschen, so dass damit eine der größten gesellschaftlichen Plagen der letzten Jahrzehnte innerhalb kurzer Zeit überstanden sein könnte.

Doch so günstig das scheint – ein schneller Rückgang der Erwerbsbevölkerung ohne Migration hätte unberechenbare Auswirkungen. Im recht träge reagierenden Arbeitsmarkt würden an vielen, heute noch nicht berechenbaren Stellen zehn- oder hunderttausende von Beschäftigten fehlen, von der Pflegekraft bis zu den Berufen der Schwerindustrie. Bei quasi Vollbeschäftigung gäbe es aber im Inland niemanden mehr, der noch anzulocken, fortzubilden, umzuschulen oder aus Teilzeitarbeit oder Vorruhestand zu mobilisieren wäre. Die Gefahr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verwerfungen ist gewaltig.

Migration hingegen kann eine schrumpfende Gesellschaft stabilisieren. Wenn Deutschland jährlich 250.000 bis 350.000 Menschen aufnahme, um den Verlust an Arbeitskräften auszugleichen, reichen aber punktuelle Einwanderungsprogramme wie die für indische Informatiker:innen oder bosnische Krankenpfleger:innen nicht aus. In der Breite entscheidend wird sein, dass eine in Deutschland erworbene berufliche Qualifikation auf den Arbeitsmarkt führt oder ausländische Berufsabschlüsse für die Erfordernisse in Deutschland ergänzt werden können. Das deutsche Berufsbildungssystem wird diese Aufgabe übernehmen müssen.

Eingewanderte der ersten Generation arbeiten oft im Niedriglohnsektor. In der Regel erzielt erst die dritte Gene-

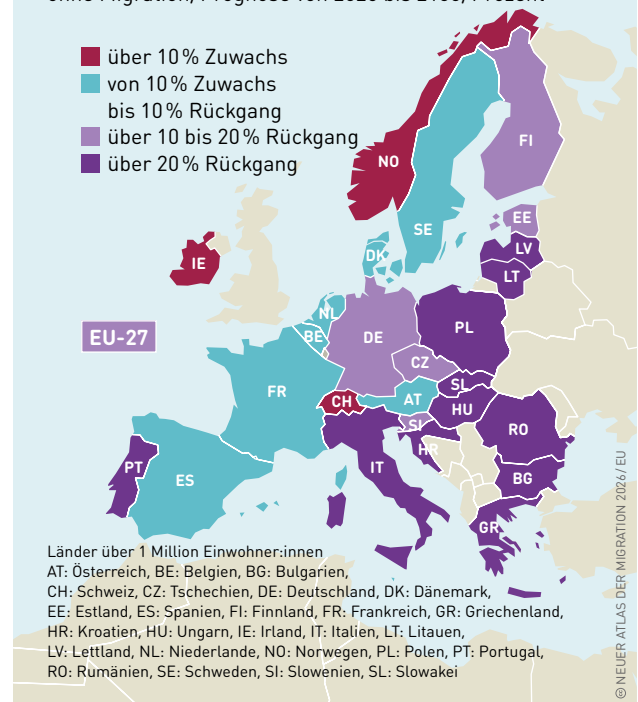
Dem Statistischen Bundesamt zufolge würde die Bevölkerung in Deutschland ohne zusätzliche Migration in nur 45 Jahren um 24 Millionen Menschen schrumpfen

ration durchschnittliche Einkommen. Es ist möglich, dass dieser Prozess bei einem Mangel an Arbeitskräften viel schneller verläuft. Vielleicht können die neuen Migrant:innen sogar eine Generation überspringen, um die Mitte der Gesellschaft zu erreichen – und früher von dem Wohlstand profitieren, zu dem sie selbst beitragen. —

VERSIEGENDER ZUSTROM

Bevölkerung in der EU und der Freihandelszone EFTA, ohne Migration, Prognose von 2026 bis 2100, Prozent

■ über 10% Zuwachs
■ von 10% Zuwachs bis 10% Rückgang
■ über 10 bis 20% Rückgang
■ über 20% Rückgang



Länder über 1 Million Einwohner:innen

AT: Österreich, BE: Belgien, BG: Bulgarien, CH: Schweiz, CZ: Tschechien, DE: Deutschland, DK: Dänemark, EE: Estland, ES: Spanien, FI: Finnland, FR: Frankreich, GR: Griechenland, HR: Kroatien, HU: Ungarn, IE: Irland, IT: Italien, LT: Litauen, LV: Lettland, NL: Niederlande, NO: Norwegen, PL: Polen, PT: Portugal, RO: Rumänien, SE: Schweden, SI: Slowenien, SL: Slowakei

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / EU

Schrumpft die Bevölkerung eines Landes, kommen von dort weniger Arbeitsmigrant:innen, und Ausgewanderte kehren zurück, weil sie wieder Jobs finden

GUTE UND SCHLECHTE KARTEN

Arbeitsmigration kann eine Lösung für den Fachkräftemangel sein – und stellt eine Herausforderung für Herkunfts- und Zielländer dar. Aber Deutschland ist für ausländische Expert:innen wenig attraktiv.

Weltweit gehört Arbeitsmigration längst zum Alltag. Aber wer migrieren darf, wie das geht und unter welchen Bedingungen dann gearbeitet wird, ist sehr unterschiedlich geregelt. Gesetze, Visapflichten, Arbeitgeber, Systeme zur Anerkennung von Berufsqualifikationen und oft auch Vermittlungsagenturen spielen hier eine große Rolle. Und ob Menschen dann in einem Land bleiben wollen, hängt unter anderem davon ab, ob sie sozial eingebettet sind und sich willkommen fühlen.

Arbeitsmigration betrifft nicht nur Hochqualifizierte. Millionen Menschen arbeiten grenzüberschreitend in der Pflege, auf Baustellen, in der Landwirtschaft, im Tourismus oder in Haushalten – oft befristet, oft mit wenig Schutz. Gleichzeitig werben wohlhabende Länder gezielt um Fachkräfte, stehen dabei aber im Wettbewerb miteinander. Die demografische Alterung in diesen Zielländern lässt die globale Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsarbeit weiter ansteigen.

Ein zentrales Problem ist die Ungleichstellung von Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt. Das gilt vor allem für den Lohn. In der OECD, einem Zusammenschluss der Industrieländer, verdienen Zugewanderte beim Einstieg im Schnitt 34 Prozent weniger als Einheimische. Ein großer Teil dieser Lücke hängt damit zusammen, dass sie in Unternehmen arbeiten, die ihnen sehr niedrige Löhne zahlen.

In Deutschland sind Ausländer:innen bereits seit Jahren ein unverzichtbarer Bestandteil in Wirtschaft und Ge-

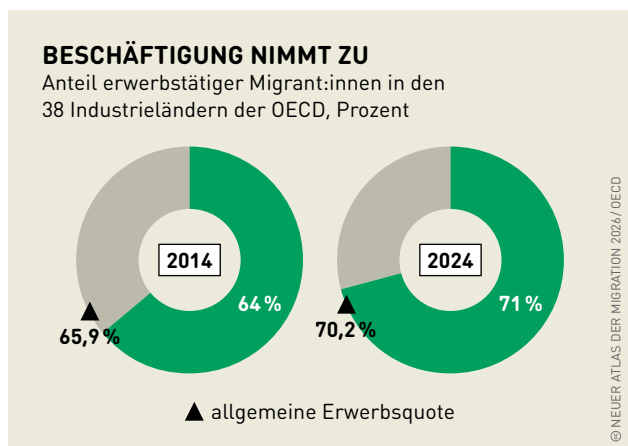
sellschaft. Zuletzt waren gut zwei Millionen ausländische Fachkräfte in sogenannten Engpassberufen beschäftigt. Sie machen rund 15 Prozent der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten und Auszubildenden aus. Allein der deutsche Gesundheits- und Pflegesektor wäre ohne die zahlreichen Ärzt:innen und Pflegekräfte aus dem Ausland nicht funktionsfähig.

Deutschland profitiert dabei stark von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. 2024 kamen knapp 407.000 Menschen zur Erwerbstätigkeit aus EU-Staaten nach Deutschland. Von außerhalb der EU waren es nur rund 52.000. Allerdings wanderten auch fast 370.000 Menschen in ihre EU-Herkunfts-länder zurück, vor allem nach Rumänien, Polen und Bulgarien, weil dort die Löhne steigen.

Wegen der demografischen Entwicklung wird ohne Zuwanderung in Zukunft die Zahl der Arbeitskräfte deutlich zurückgehen. Eine Analyse für die Bertelsmann Stiftung geht von einem Bedarf von bis zu 368.000 netto Zugewanderten pro Jahr bis 2040 aus, um die Zahl der verfügbaren Kräfte stabil zu halten. Gleichzeitig dürfte die Zuwanderung aus Staaten der EU künftig zurückgehen, weil andere Staaten ähnlich altern. 2024 war der sogenannte Saldo der EU-Binnenmobilität der niedrigste seit 2010. Es zogen mehr Menschen aus Deutschland in andere EU-Staaten als umgekehrt. Deutschland müsste sich also zukünftig stärker um Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten bemühen.

Konjunkturell bedingt meldeten knapp 30 Prozent der Unternehmen in Deutschland Engpässe, doch weniger als ein Fünftel rekrutiert selbst im Ausland. Sprache, Bürokratie, Unsicherheit bei ausländischen Qualifikationen und deren Möglichkeit der Anerkennung halten vor allem kleine und mittlere Unternehmen davon ab. Umso größer ist das Geschäft für Agenturen, die Arbeitskräfte aus dem Ausland vermitteln. Die dürfen dafür zwar maximal 2.000 Euro kassieren, bieten aber oft allerlei zusätzliche Dienstleistungen wie Sprachkurse, Visa-Support, vorbereitende Schulungen und Unterkunftsvermittlung an.

„Mehr Zuwanderung“ gilt als schnelle Antwort auf den Fachkräftemangel. Die strukturellen Ursachen für diesen Mangel – Arbeitsbedingungen, Bezahlung, Ausbildung, Anerkennung, Kinderbetreuung, Wohnen – werden indes zu wenig adressiert. Zwar hat Deutschland mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2020 und dessen



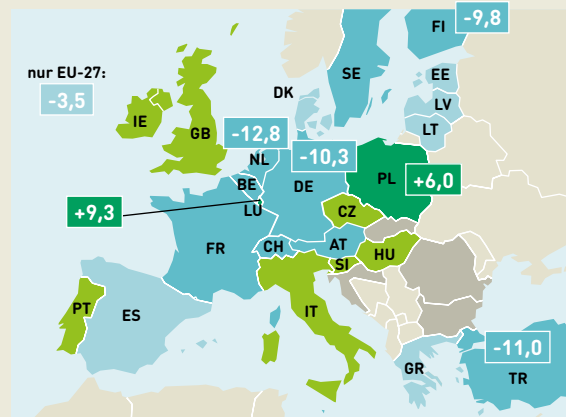
Lag die migrantische Erwerbsquote in den Industrieländern 2014 noch etwa zwei Prozent unter der allgemeinen, liegt sie 2024 fast ein Prozent darüber

MEHR ARBEITSLOSE – UND MANCHMAL MEHR ARBEITENDE ZUGLEICH

Unterschiede zwischen migrantischer und im Inland geborener Erwerbsbevölkerung, europäische Industrieländer der OECD, Prozent, 2024

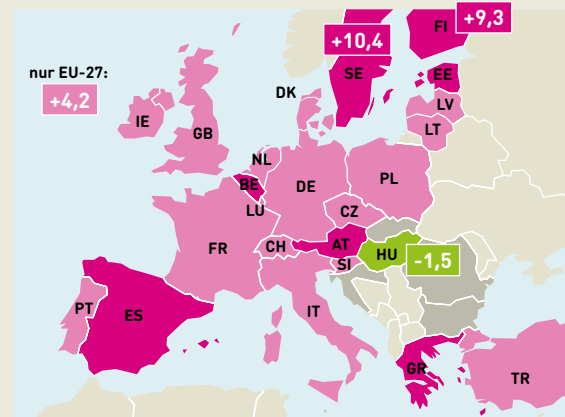
Migrantische Erwerbsquote

- über 5% niedriger
- bis zu 5% niedriger
- bis zu 5% höher
- über 5% höher



Migrantische Erwerbslosenquote

- migrantisch niedriger als inländisch geboren
- bis zu 5% höher
- über 5% höher



Die Erwerbsdefinitionen der OECD und die von anderen internationalen Organisationen unterscheiden sich. Vergleiche sind nur innerhalb des OECD-Systems sinnvoll.
 AT: Österreich, BE: Belgien, CH: Schweiz, CZ: Tschechien, DE: Deutschland, DK: Dänemark, EE: Estland, ES: Spanien, FI: Finnland, FR: Frankreich, GB: Großbritannien, GR: Griechenland, HU: Ungarn, IE: Irland, IT: Italien, LT: Litauen, LU: Luxemburg, LV: Lettland, NL: Niederlande, PL: Polen, PT: Portugal, SE: Schweden, SI: Slowenien, TR: Türkei

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / OECD

Erweiterungen (2023/24) ein verhältnismäßig liberales Einwanderungsrecht geschaffen. Die sogenannte „Chancenkarte“ etwa ermöglicht qualifizierten Personen aus Nicht-EU-Staaten auch ohne konkretes Jobangebot die Einreise, um einen Arbeitsplatz zu suchen. Außerdem wurde die Einreise für Personen erleichtert, die sich weiter qualifizieren oder Abschlüsse anerkennen lassen wollen. Der Zugang zur Blauen Karte EU, bei Fachkräften besonders erfolgreich, wurde ebenfalls erweitert. Doch auch diese Liberalisierungen öffneten den deutschen Arbeitsmarkt vor allem für bestimmte Fachkräfte. Menschen mit geringer formaler Qualifikation bleiben häufig auf befristete Programme, Saisonarbeit oder unsichere Wege angewiesen – in Deutschland wie weltweit.

Sprachbarrieren sowie Rassismus und Ablehnung Geflüchteter in Deutschland – was international durchaus wahrgenommen wird – wirken abschreckend, insbesondere auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit mehreren Optionen auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Nach einer Auswertung der OECD aus dem Jahr 2022 landet Deutschland bei Akademiker:innen lediglich auf Platz 15 der beliebtesten Zielländer. Gut qualifizierte Menschen bevorzugen häufig Kanada, Australien, Neuseeland oder skandinavische Länder.

Bessere Optionen könnten sich aus einer Kombination verschiedener Faktoren ergeben: planbare Verfahren,

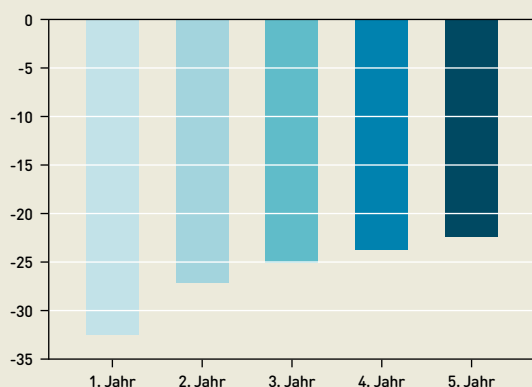
Für die gleiche Arbeit erhalten Zugewanderte deutlich weniger Lohn als Einheimische. Das ändert sich auch nach einigen Jahren kaum

Oft halten Vorschriften und Verbote, aber auch Schul- und Sprachunterricht Migrant:innen von der Arbeitsaufnahme ab

klare Kriterien etwa durch Qualifikationspunkte, Englisch als Arbeits- und Alltagssprache sowie zeitnahe Chancen für Daueraufenthalt und Familiennachzug. Ein Gesetz allein würde kaum Erleichterung schaffen. Das deutsche System bleibt kompliziert, Visaverfahren sind langwierig, und die Infrastruktur für Arbeitskräfte aus dem Ausland ist noch nicht ausreichend, um sie effektiv willkommen zu heißen. —

AM START EIN DRITTEL WENIGER

Lohnlücke zwischen Migrant:innen und im Inland Geborenen in den ersten fünf Jahren nach Arbeitsaufnahme, Prozent



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / OECD

AUSGELIEFERT

Plattformarbeit funktioniert, weil sie Migration, niedrige Löhne und algorithmische Steuerung verbindet. Die Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist eine dringende Aufgabe.

Lieferkuriere sind in den vergangenen zehn Jahren zu einem alltäglichen Bild in deutschen Städten geworden. Überwiegend junge Männer, mittlerweile oft aus Indien und Pakistan, liefern für Unternehmen wie Wolt, Uber Eats und Lieferando warme Speisen aus Restaurants. Das Geschäft mit der sogenannten Plattformarbeit oder „Gig Economy“ boomt. 2022 arbeiteten nach Erhebungen der EU-Kommission 28,3 Millionen Menschen über digitale Plattformen – so viele wie im verarbeitenden Gewerbe der EU. Auch wenn nicht alle in Vollzeit arbeiten: Im Jahr 2025 ist die Zahl der Plattformarbeiter:innen mutmaßlich bereits auf 43 Millionen angewachsen.

Sie erhalten ihre Aufträge online über Apps. Unternehmen wie Uber oder Lieferando vermitteln die Jobber:innen, ohne die Beschäftigten einzustellen. Das ist deutlich günstiger als der Betrieb einer eigenen Flotte mit fest angestellten sozialversicherten Beschäftigten, einem Dienstplan, der erforderlichen Ausrüstung und arbeitsrechtlicher Verantwortung. Allein Restaurant-Auslieferungen sollen in Deutschland 2025 einen Umsatz von rund 525 Millionen Euro erzielt haben. EU-weit soll der Umsatz des Plattformgeschäftes insgesamt bei knapp 17 Milliarden Euro liegen. Die hohen Gewinnspannen entstehen vor allem durch extrem niedrige Lohn- und Betriebskosten. Die Liefer-

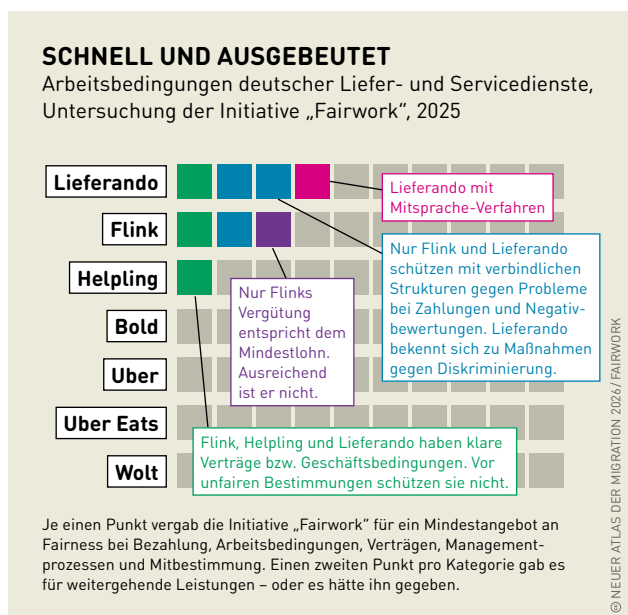
dienste stellen oft Kuriere nicht selbst an, sondern setzen auf Subunternehmen.

Der jüngste „Fairwork“-Report zur Plattformökonomie untersuchte 2025 die Bedingungen bei Lieferando, Flink, Helping, Bolt, Uber, Uber Eats und Wolt in Deutschland. Lediglich Flink konnte belegen, dass die Bruttovergütung dem deutschen Mindestlohn von 12,82 Euro pro Stunde entsprach. Den „living wage“, einen existenzsichernden Lohn von 15,40 Euro pro Stunde, konnte keine Plattform nachweisen.

Viele der Lieferfahrer:innen stammen aus Indien, Pakistan oder anderen südasiatischen Ländern. Kaum jemand kam, um Essen auszufahren. Viele verschulden sich für ein Studium an einer deutschen Privatschule. Um Studiengebühren und hohe Zimmermieten zu finanzieren, müssen sie nach ihrer Ankunft schnell eine Arbeit finden – oft ohne ausreichende Deutschkenntnisse.

Dann wird es für viele schwer, überhaupt an ihr Geld zu kommen. Manche Fahrer:innen erhalten ihren Lohn verspätet oder in willkürlich festgelegter Höhe. Der einstige Marktführer Lieferando ließ die Forderung der Gewerkschaft NGG nach einem Tarifvertrag ins Leere laufen. Wer in der Branche auf Subunternehmen setzt und migrantische Arbeitskräfte in prekären Verhältnissen beschäftigt, kann Kosten sparen und muss kaum arbeitsrechtliche Konsequenzen fürchten. Die Angst vor Jobverlust schwächt die Rechts- und Verhandlungsposition der Kuriere enorm. Sie wehren sich seltener gegen Arbeitsrechtsverstöße und beteiligen sich auch weniger an Streiks. Viele kennen das deutsche Arbeitsrecht nicht und haben nur selten Kontakt zu Gewerkschaften.

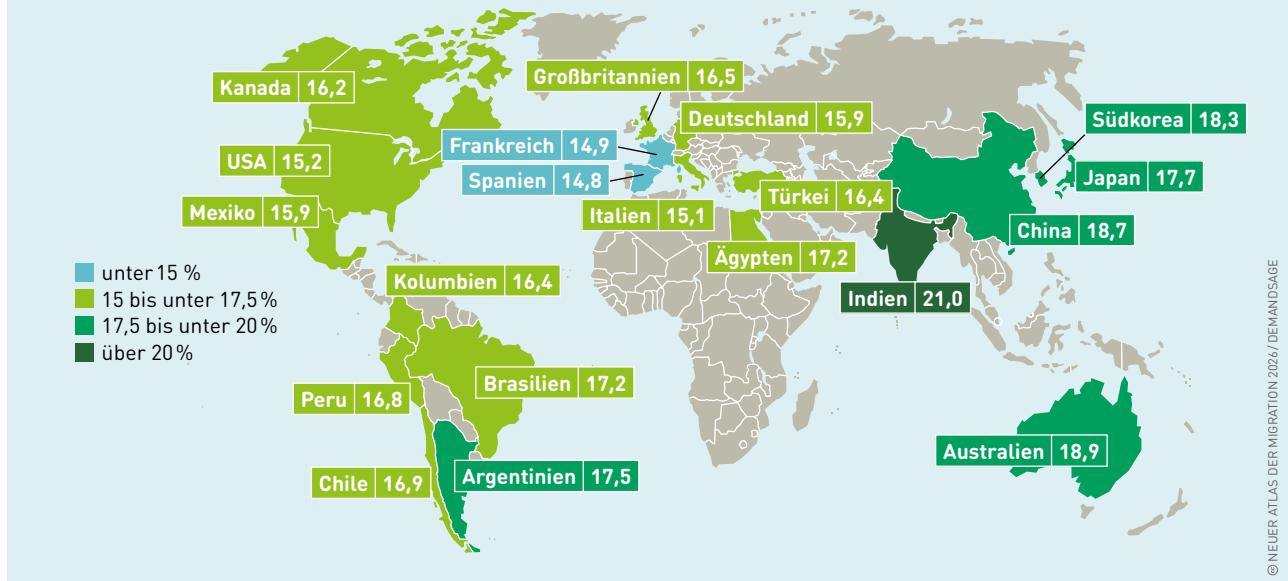
Wird jemand nach einem Streik oder wegen Kritik am Arbeitgeber entlassen, kann auch sein oder ihr Aufenthaltsstatus in Gefahr geraten. Der Zoll kontrolliert Verstöße gegen den Mindestlohn und prüft oft auch den Aufenthaltsstatus. Bei Razzien greift er immer wieder die Kurierfahrer:innen heraus, nicht die Unternehmen, die von den illegalen Arbeitsbedingungen profitieren. Diese Mechanismen beschränken sich weder auf Lieferdienste noch auf Deutschland. Auch international und in anderen Plattformbranchen sind Beschäftigte überproportional Migrant:innen, die kaum Zugang zu besseren Arbeitsmöglichkeiten haben. Bestimmte Segmente der Plattformarbeit, etwa Putzen, Pflegen oder das Liefern von Lebensmitteln und Waren, werden inzwischen oft von einzelnen



Das Netzwerk Fairwork erforscht mit dem Wissenschaftszentrum Berlin und dem Oxford Internet Institute die Arbeit in der „Gig Economy“ in 38 Ländern

GLOBALER BOOM DER „GIG ECONOMY“ – MIT UNTERSCHIEDEN

Jahreswachstum der Plattformwirtschaft im Ländervergleich, Auswahl, Schätzung 2026



migrantischen Communities getragen. Diese organisieren Beschäftigung, Zugänge und Ressourcen über informelle Netzwerke und leisten zum Teil auch Widerstand.

In Finnland etwa streikten in den vergangenen Jahren immer wieder Fahrer:innen von Lieferdiensten, etwa im Umfeld des Unternehmens Wolt. Sie richteten sich gegen die niedrige Bezahlung und die intransparenten Vergütungssysteme. Dabei kritisierten die Fahrer:innen insbesondere die algorithmische Steuerung – bei der sich die Bezahlung je nach Angebot und Nachfrage stündlich oder sogar minütlich verändert – und eine fehlende Grundabsicherung. Solche Arbeitskämpfe sind Teil einer breiteren Bewegung in der Plattformökonomie, in der Beschäftigte bessere Rechte, fairere Löhne und mehr Mitbestimmung fordern.

In Berlin klagten Fahrer:innen eines Subunternehmens von Wolt Ende 2022 und Anfang 2023 auf ausstehenden Lohn. Doch weil kein direktes Arbeitsverhältnis zur Plattform nachgewiesen werden konnte, scheiterten die Ansprüche vor dem Arbeitsgericht. Spontane Proteste jedoch gehören zum Alltag der Branche. Im Januar 2025 legten Fahrer:innen von Uber Eats in Berlin die Arbeit nieder – über eine WhatsApp-Gruppe organisiert, ohne Gewerkschaft, ähnlich wie beim ersten wilden Streik der Branche 2016 in London. Ob solche Aktionen den Plattformen wirtschaftlich schaden, ist offen. Für die Beteiligten sind die Risiken dagegen konkret: In Berlin griffen von Subunternehmen beauftragte Schläger streikende Beschäftigte an und verletzten mehrere von ihnen.

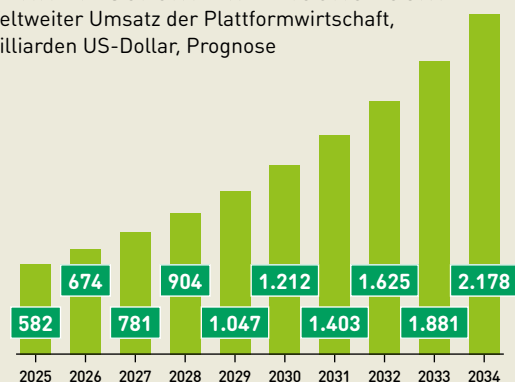
Vervierfachung in zehn Jahren – der Einsatz künstlicher Intelligenz wird diesen Zweig der Digitalwirtschaft prägen, erwarten Branchenexpert:innen

Online-Orientierung und Verstärker sind vor allem in Asien starke Treiber für digitale Freelancer:innen – von der Essensauslieferung bis zu Programmierjobs

Weil die Politik kaum eingreift, setzt sich bei den Arbeitsbedingungen der Wettlauf nach unten fort. Plattformarbeit ist bislang kaum reguliert. Zwar beschlossen die EU-Arbeitsminister:innen im März 2024 eine Richtlinie, doch Deutschland muss sie erst bis Ende 2026 umsetzen. Wie verbindlich die Regeln am Ende ausfallen, ist unklar. In Spanien hingegen wurde 2021 das „Rider-Gesetz“ eingeführt, das Plattformbeschäftigte wie Essenslieferant:innen stärker als Angestellte einstuft. Die Reform verpflichtet Unternehmen, mehr Transparenz über ihre Algorithmen zu schaffen, die die Arbeitsbedingungen und die Einsatzplanung steuern. Die Reform soll die Rechte von Beschäftigten in der Plattformökonomie stärken und prekäre Arbeitsverhältnisse reduzieren. —

WENN DIE SOFORT-ERLEDIGUNG LOCKT

Weltweiter Umsatz der Plattformwirtschaft, Milliarden US-Dollar, Prognose



AUF EIGENE RECHNUNG

In Deutschland gibt es eine riesige Zahl gelungener Migrationsbiografien, über die kaum jemand spricht: Menschen, die es schaffen, sich an einem Ort ihrer Wahl eine für sich zufriedenstellende Existenz und Lebensperspektive aufzubauen.

Hitzige Mediendebatten und pessimistische Stimmen beschwören gesellschaftliche Desintegration und Fragmentierung, bundesamtliche Integrationsberichte zeigen das Gegenteil: In Deutschland sind 69,2 Prozent der Menschen mit Einwanderungsgeschichte erwerbstätig, viele in qualifizierten oder systemrelevanten Berufen. 2021 waren rund 833.000 Menschen mit Migrationshintergrund unternehmerisch tätig. Jede siebte Patentanmeldung in Deutschland geht auf Erfinder:innen mit ausländischen Wurzeln zurück, insbesondere in Zukunftsbranchen wie Softwareentwicklung und Elektrotechnik.

Uğur Şahin und Özlem Türeci – die die Impfstofffirma BioNTech gründeten –, Ministerpräsident Cem Özdemir, der vielfache Nationalmannschafts-Fußballer Antonio Rüdiger oder die Fernsehmoderatorin Dunja Hayali stehen

stellvertretend für viele Menschen mit Migrationsgeschichte, die erfolgreich sind und Deutschland prägen: bilingual aufgewachsen, bikulturell sozialisiert, transnational unterwegs – und selbstbewusst in ihrer Doppelidentität.

Gelingende Migration zeigt sich auch in weniger bekannten Lebenswegen, dem von Zhengrong Liu zum Beispiel. Als 1989 in China die Studierenden auf die Straße gingen und protestierten, machte Liu sich mit 300 D-Mark auf den Weg nach Deutschland und suchte ein neues Leben. Beim Chemiekonzern Bayer begann er als Chinesisch-Lehrer für Manager:innen, wurde gesehen, gefördert, gefordert. Aus der Sprachvermittlung wurde Verantwortung, aus dem Einstieg eine Laufbahn. Bis 2024 war Liu Personalchef beim Beiersdorf-Konzern und einer der wenigen gebürtigen Chinesen in einem DAX-Vorstand. Seine Biografie zeigt: Chancen entstehen dort, wo Talent auf Aufnahmebereitschaft trifft – und jemand bereit ist, die Gelegenheit zu ergreifen und etwas daraus zu machen.

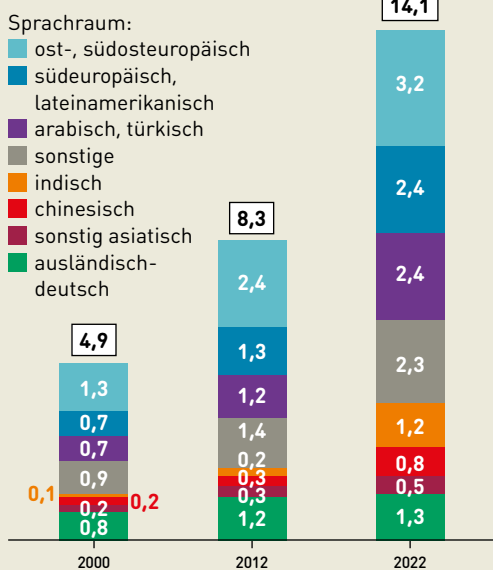
Die Migration der „Gastarbeiter:innen“ etwa aus der Türkei, hat die deutsche Gesellschaft nachhaltig verändert. Die Integration verlief nicht konfliktfrei, interkulturelle Missverständnisse gehörten dazu. Doch im Rückblick zeigt sich, dass das soziale Zusammenleben heute gefestigter ist, als es die öffentliche Debatte erscheinen lässt. Menschen türkischer und kurdischer Herkunft sind längst Teil dieser Gesellschaft. Sie arbeiten hier, gründen Familien, engagieren sich sozial und politisch.

Die ursprünglichen „Gastarbeiter:innen“, häufig zu niedrigen Löhnen beschäftigt, haben maßgeblich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und zum Wohlstand in der BRD beigetragen. Heute sind sie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland und in fast allen Berufsfeldern präsent. In Großstädten und Ballungsgebieten gibt es zahlreiche Arztpraxen, Anwaltskanzleien, Restaurants und viele andere Unternehmen, die von Türkeistämmigen geführt werden. Nach offiziellen Angaben beschäftigen rund 75.000 Unternehmer:innen mit Wurzeln in der Türkei etwa 375.000 Menschen in Deutschland und erzielen zusammen einen Jahresumsatz von rund 35 Milliarden Euro.

Auch die Türkei profitierte davon: Zunächst durch Rücküberweisungen, die einen erheblichen Teil des Devisenbedarfs deckten, durch Konsum während der Sommerurlaube und heute durch Investitionen. Über Jahrzehnte trugen diese Geldströme und Ausgaben der Ar-

WURZELN DER PATENTE

Deutsche Patente, die Anmelder:innen aus diesen Sprachräumen zugeordnet werden können, Prozent



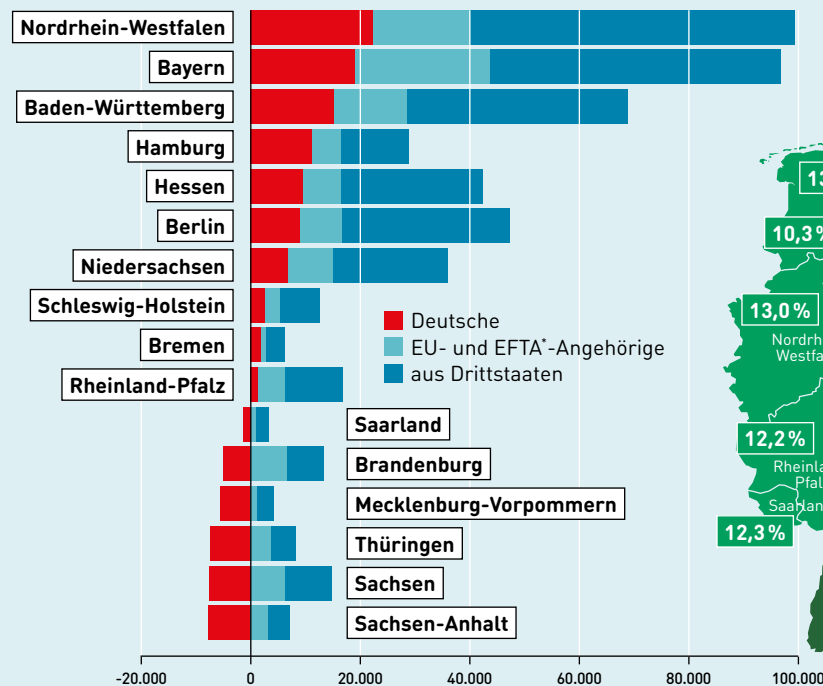
Statistische Zuordnung der 45.000 Vornamen von in Deutschland lebenden Erfinder:innen zu 24 Sprachräumen; Patentanmeldungen in Deutschland erfolgen ohne Herkunftsangaben. Die Vornamen zeigen nicht zwingend die Herkunft an. Bessere Daten liegen nicht vor.

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / IWO

In weniger als 25 Jahren stieg der Anteil der Patentanmeldungen von Menschen mit mutmaßlich ausländischen Wurzeln von 5 auf 14 Prozent

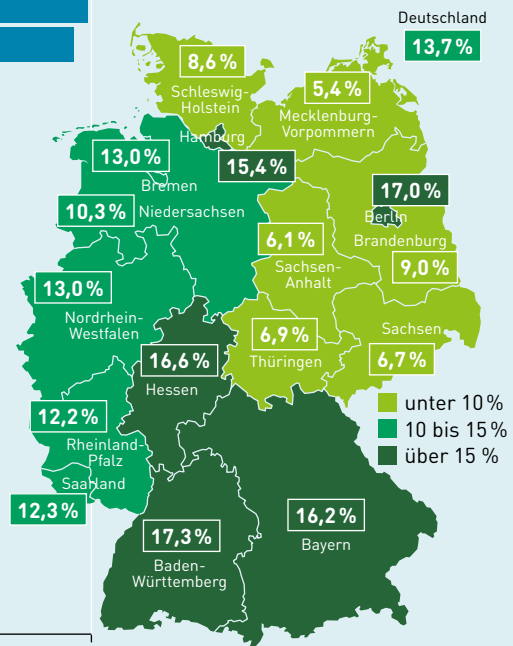
KOMMEN UND GEHEN

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, Veränderung von 2021/22 auf 2022/23 nach Staatsangehörigkeiten und Bundesländern



* EFTA: Europäische Freihandelszone (Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Island)

Beitrag ausländischer Beschäftigter zur Wirtschaftsleistung, nach Bundesländern, 2024, Prozent



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2024/IW

beitsmigrant:innen zur wirtschaftlichen Entwicklung bei und veränderten auch die Lebensweise in den Herkunftsregionen. Die Geschichte der sogenannten Gastarbeitsmigration ist damit nicht eine Geschichte des Scheiterns, sondern eine der wechselseitigen Transformation.

Deutschland zählt heute zu den diversesten Ländern der Welt. Im Jahr 2023 lebten hier 21,2 Millionen Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte: 16,2 Millionen waren selbst eingewandert, fünf Millionen hatten zwei eingewanderte Eltern und vier Millionen einen eingewanderten Elternteil. Insgesamt stellen sie rund 30 Prozent der Bevölkerung. Auffällig ist, dass sich die große Mehrheit zugehörig fühlt – unabhängig davon, ob sie in Deutschland geboren oder später gekommen ist. 83 Prozent der Eingewanderten und 87 Prozent ihrer Nachkommen sehen Deutschland als ihre Heimat.

Zugleich zeigt sich ein klarer Trend: Der Beschäftigungszuwachs in Deutschland geht immer stärker auf Menschen mit Migrationsgeschichte zurück. Die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten zwischen 2005 und 2023 zeigt, dass sich ihre Integration in den Arbeitsmarkt deutlich verstärkt hat. Besonders ausgeprägt ist der Zuwachs bei den Nachkommen von Zugewanderten (+22 Prozent) sowie bei denen mit nur einem eingewanderten Elternteil

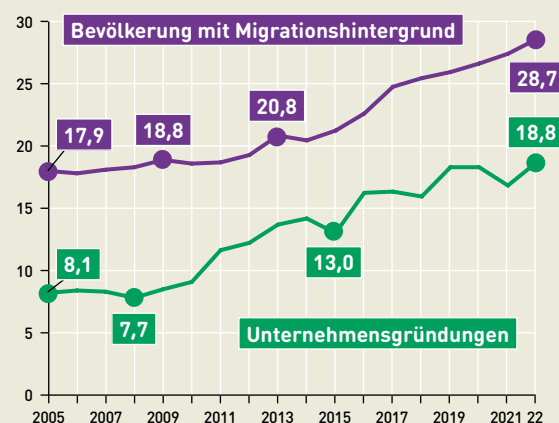
In Ostdeutschland gleichen Migrant:innen den Rückgang einheimischer Arbeitskräfte aus. Aber sie erreichen noch nicht die wirtschaftliche Bedeutung wie im Westen

(+24,2 Prozent). Insbesondere die nachfolgende Generation sowie Menschen, die nur einen eingewanderten Elternteil haben, übernehmen dabei eine immer sichtbarere Rolle. Migration erweist sich damit meist als „Triple Win“ – für Migrant:innen, Aufnahme- und Herkunftsländer. —

Knapp eine Million Selbstständige mit Migrationshintergrund leben in Deutschland. Die Hälfte davon hat Beschäftigte, geschätzt zwei Millionen

CHEFS UND CHEFINNEN WERDEN DIVERSER

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und von Unternehmensgründungen mit Migrationsbezug, Prozent



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2024/ MEDIENDIENST INTEGRATION

GELD FÜR DIE HEIMAT

Oft unterstützen Migrant:innen ihre Familien finanziell. Unmittelbar nützt dies 800 Millionen Menschen. Aber auch durch ihre indirekten Auswirkungen sind solche Rücküberweisungen zu einem mächtigen volkswirtschaftlichen Faktor geworden.

Die Geldsendungen von Zugewanderten an ihre Familien im Herkunftsland, die sogenannten Rücküberweisungen oder auf Englisch Remittances genannt, haben in Deutschland einen schlechten Ruf. „Es hilft niemandem, wenn Asylbewerber:innen von Deutschland aus Geld in die Heimat schicken“, behauptete etwa Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in der Debatte über die Einführung der sogenannten Bezahlkarte. Asylsuchende bekommen ihre Sozialleistungen heute meist über diese Karte, Bargeld gibt es nur noch wenig. Das soll eben jene Rücküberweisungen verhindern.

Vom Sonderfall der Asylbewerber:innen abgesehen, sind sie allerdings nur wenig umstritten. Viele Institutionen und Menschen sehen sie positiv: Vertreter:innen der Migrations- und internationalen Wirtschaftsforschung, zahlreiche Akteur:innen in der Migrations- und Entwick-

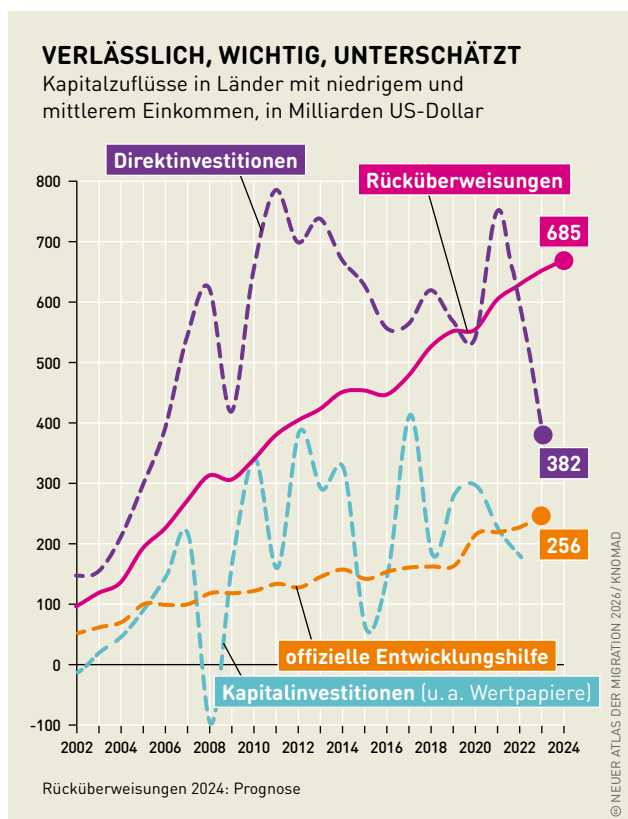
lungspolitik und nicht zuletzt diejenigen, die Rücküberweisungen senden und empfangen. Nach UN-Angaben schicken etwa 200 der weltweit rund 300 Millionen Migrant:innen Rücküberweisungen. Von ihnen profitieren direkt etwa 800 Millionen Menschen.

Die Bedeutung der Rücküberweisungen unterscheidet sich erheblich und hängt zum Beispiel davon ab, welchen Anteil sie am Haushaltseinkommen auf beiden Seiten ausmachen, insbesondere bei Familien. Ist zum Beispiel die Summe, die aus dem Ausland kommt, ihr Haupteinkommen, macht sie deshalb eigene wirtschaftliche Aktivitäten unattraktiv? Ein zentrales Ergebnis der Forschung lautet: Rücküberweisungen verringern Armut. In vielen Empfänger-Haushalten wird besser und abwechslungsreicher gegessen. Mehr Kinder können länger zur Schule gehen. Auch Ausgaben für Arztbesuche und Medikamente werden möglich. Das Haus oder die Wohnung wird repariert oder es wird sogar neu gebaut oder gekauft.

Manche Entwicklungsplaner:innen wünschen sich, dass Rücküberweisungen stärker in Familienbetriebe oder andere Unternehmen investiert werden, statt überwiegend für Konsum ausgegeben zu werden. Tatsächlich spielen Investitionen bisher nur eine geringe Rolle. Aber Migrant:innen haben ihre Heimat auch deswegen verlassen: weil sie die wirtschaftlichen Perspektiven dort als ungünstig einschätzen. Wären die Bedingungen für unternehmerische Aktivitäten vor Ort besser gewesen, hätten viele von ihnen möglicherweise versucht, Kapital zu leihen und ein eigenes Geschäft aufzubauen, statt auszuwandern und getrennt von ihren Familien zu leben.

Warum schicken so viele Ausgewanderte so viel Geld in ihre Heimatländer – manchmal auch für Gemeinschaftsprojekte und karitative Zwecke? Im Vordergrund steht oft das Bedürfnis, die Verantwortung für die Daheimgebliebenen übernehmen zu wollen. Viele Ausgewanderte sehen sich zudem als Teil transnationaler sozialer Netzwerke, von denen sie früher selbst unterstützt worden sind, häufig auch bei der Finanzierung ihrer Migration. Sie wollen etwas zurückgeben. Außerdem können diese Netzwerke weiter sehr wichtig sein: wenn Migrant:innen zurückkehren wollen, wenn pflegebedürftige Familienangehörige versorgt werden müssen oder Vermögen zu verwalten ist.

Geldtransfers können soziale und kulturelle Zugehörigkeit unterstreichen und sozialen Status und Prestige

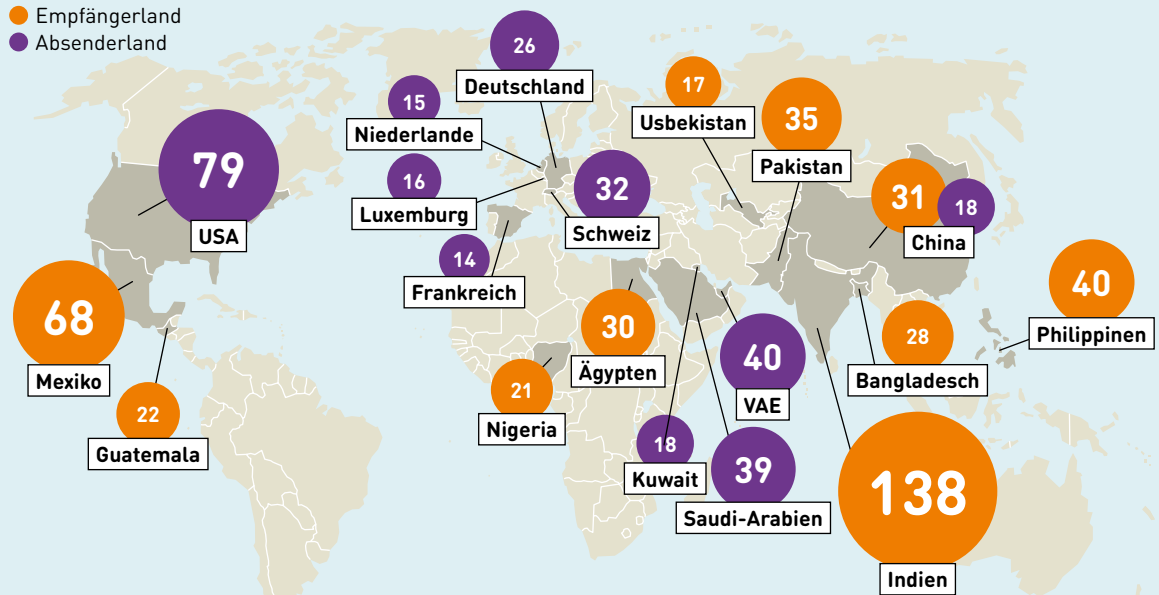


Für viele Länder sind Rücküberweisungen inzwischen bedeutender als Investitionen aus dem Ausland und offizielle Entwicklungshilfe zusammen

MILLIONEN SCHICKEN MILLIARDEN

Top 10 der Absender- und Empfängerländer von Rücküberweisungen, Milliarden US-Dollar, 2022/2024*

- Empfängerland
- Absenderland



* Nur Empfängerländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Absender: 2022, keine jüngeren Daten publiziert

VAE: Vereinigte Arabische Emirate

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / WELTBANK

begründen. Gleichzeitig geraten manche Ausgewanderte durch die Erwartungen ärmerer Netzwerk-Mitglieder im Hinblick auf finanzielle und andere Unterstützung unter finanziellen und emotionalen Druck. Forschungsarbeiten zu diesem Thema dokumentieren schwierige innerfamiliäre Aushandlungsprozesse. Sie stehen im Spannungsfeld hoher Erwartungen, großer räumlicher Entfernung, divergierenden Lebenswelten und unterschiedlichen materiellen Lebensstandards.

Aus Deutschland schicken nur rund zwölf Prozent der Zugewanderten insgesamt und lediglich sieben Prozent der Zugewanderten mit Fluchthintergrund Geld in die Heimat. Zum Vergleich: Unter den weltweit zwei Millionen registrierten philippinischen Staatsangehörigen, die im Ausland arbeiten, liegt dieser Wert bei 68 Prozent. Viele Zugewanderte in Deutschland leben hingegen schon lange mit ihren Familien hier. Offenbar werden ihre transnationalen Bindungen im Laufe der Zeit weniger wichtig.

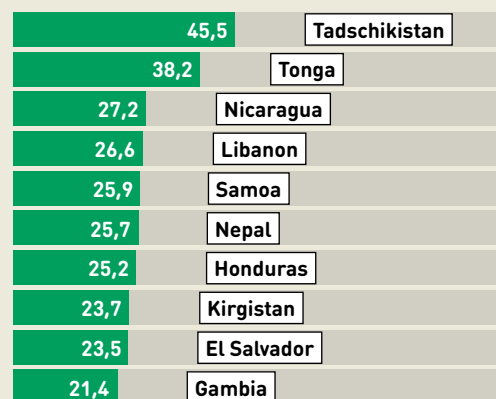
Rücküberweisungen sind für Entwicklungsländer eine wichtige Quelle für Devisen. Heute sind sie sogar höher als Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe zusammen. Die Gelder werden nach Ankunft in heimische Währung gewechselt; als Devisen, die nicht gehortet werden, finanzieren sie in großem Umfang notwendige Importe. Auch auf anderen Wegen wirken sich Rücküberweisungen positiv aus. Einen substanziellen Teil geben

Der Familie Geld zu senden bedeutet, sich der Verantwortung zu stellen. Aus diesem Druck entsteht oft Befriedigung über die eigene Pflichterfüllung

die Empfänger:innen für inländisch produzierte Güter und Dienstleistungen aus, vor allem im ländlichen Raum. Diese Nachfrage erhöht zunächst die Reallöhne in den betroffenen Sektoren und kann sich in der gesamten Volkswirtschaft auswirken. Von Rücküberweisungen profitieren somit nicht nur die 800 Millionen direkten Empfänger:innen, sondern indirekt noch weitere Arbeitskräfte und Unternehmen. —

ÜBERLEBENSMITTEL

Höchster Anteil der Rücküberweisungen an der Wirtschaftsleistung, in Prozent, 2024, geschätzt



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / WELTBANK

In vielen Ländern stärken Remittances die lokale Wirtschaft. Blieben sie aus, könnten diese Volkswirtschaften kollabieren

IM DIENSTE DER MÄCHTIGEN

Je mehr Institutionen georeferenziertes Wissen über Migration produzieren, umso wichtiger wird es, sich mit der Macht von Karten, kartografischem Denken und den von ihnen vermittelten Repräsentationen von Raum zu beschäftigen.

Karten zu Migrationsbewegungen sind weder neutrale Bebilderungen noch exakte Darstellungen der Wirklichkeit. Seit der Kolonialisierung setzten mächtige Akteur:innen Karten ein, um territoriale Kontrolle und Herrschaft darzustellen und auszuweiten sowie politische Ziele zu legitimieren. Kartografische Darstellungen von Migration und Flucht sind von spezifischen Interessen geleitet. Staatliche Akteure zählen grenzüberschreitende Migration und machen sie mit Karten sichtbar. In der politischen Debatte helfen sie bei der Durchsetzung von Maßnahmen, um Migration zu kontrollieren und zu steuern.

Im Gegensatz zu einem Fließtext oder einer Tabelle ermöglichen Karten, Grenzübertritte und Migration räumlich darzustellen. Mit Pfeilen, farblich kodierten

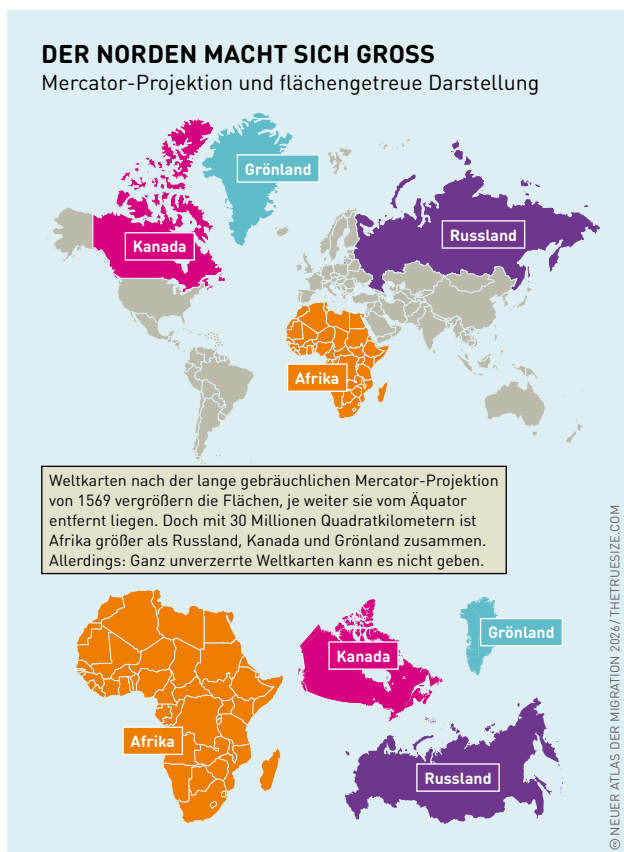
Unterscheidungen von Herkunfts- und Zielländern sowie Grenzverläufen verleihen Kartograf:innen ihren Darstellungen eine vermeintlich klare Aussage. Sie vermeiden gestrichelte Linien und schraffierte Flächen, die umstrittene, komplexe oder unbekannte Sachverhalte und Grauzonen visualisieren könnten.

Die Augenscheinlichkeit von Karten bewirkt, dass sie als real und wahr gelesen und nicht im selben Maße wie Texte hinterfragt werden. Diese Suggestivkraft ist für die politische Kartografie verlockend. So veröffentlicht die europäische Grenzschutzagentur Frontex regelmäßige „Risikoanalysen“ und stellt irreguläre Migration darin auch visuell-kartografisch dar, etwa mit riesigen, aus vielerlei Ländern gespeisten Pfeilspitzen, die mitunter die Größe ganzer EU-Länder übersteigen und sie gar bedecken.

Durch die Technologisierung der Grenzinfrastruktur verfolgen die europäischen Grenzkontrolleur:innen – sowohl Frontex als auch etwa die griechische Küstenwache – das Ziel, die Schengen-Außengrenze umfassend aus der Ferne und in Echtzeit zu überwachen. Es ist zu vermuten, dass sie offizielle Karten mit geradlinigen Grenzverläufen in der Ägäis nutzen, um Menschen an ihrer Flucht über das Meer zu hindern. Denn die Praxis der sogenannten Pushbacks, der Zurückdrängung von Booten bis genau an die Grenze der eigenen Hoheitsgewässer, nahm in den letzten Jahren deutlich zu. Diese Einsätze sind rechtswidrig, weil Menschen beim Überschreiten der EU-Außengrenze einen gesetzlichen Anspruch haben, einen Asylantrag in der EU zu stellen.

Auch zivilgesellschaftliche Gruppen setzen seit vielen Jahren Karten ein, um etwa die Zahl der Opfer auf den Fluchtrouten über das Mittelmeer darzustellen. Noch recht neu ist der Widerstand der Aktivist:innen, die digitale Karten und Anwendungen einsetzen. Für Migrant:innen selbst sind Smartphones unabdingbar, um in Kontakt mit Familie und Freund:innen zu bleiben, zunächst aber, um auf gefährlichen Routen durch Wüsten und fremde Länder bis an und über das Meer zu navigieren. Die Kommunikation verläuft meist über Apps, die auf geografische Daten und Karten zurückgreifen. Ein Beispiel für den Einsatz solcher digitaler Kartenanwendungen als Gegenwissen ist das Netzwerk Alarm Phone.

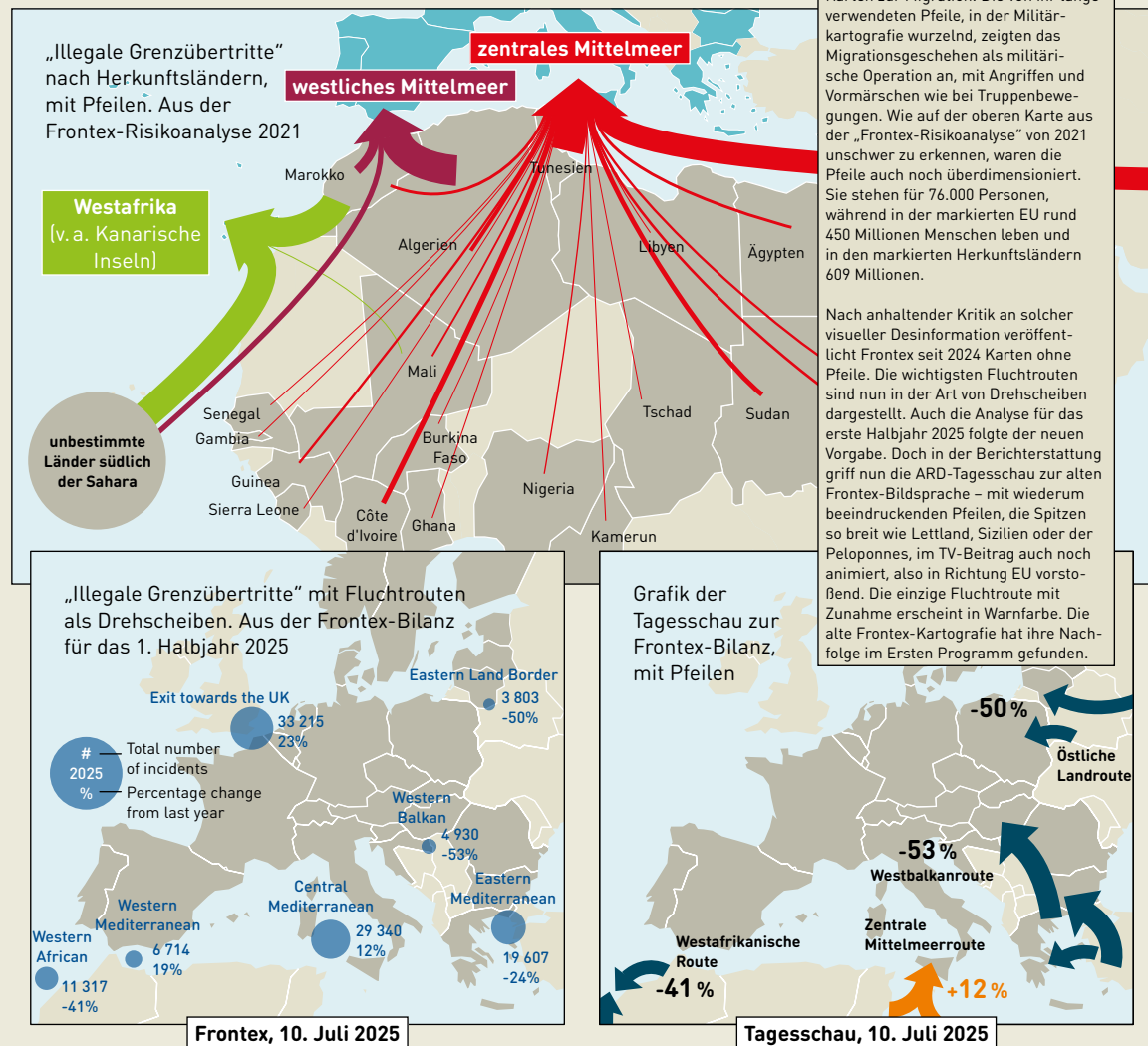
Es betreibt eine Seenotrettungshotline im Mittelmeer und einen Suchdienst in der Sahara. Die Telefonnummer ist unter Flüchtenden weithin bekannt. Die Aktivist:in-



Die Verwendung der Mercator-Projektion zeigt, wozu geopolitische Wahrnehmungen führen – etwa die angebliche Riesengröße Grönlands, die US-Begehrlichkeiten weckt

ANGRIFFE AUF BREITER FRONT – NOCH IMMER

Visuelle Darstellungen der Migration nach Europa, nachgebildet



nen vom Alarm Phone nutzen Anrufe von Satellitentelefonen oder Smartphones, um die Koordinaten des Bootes zu ermitteln, wenn Menschen in Seenot geraten. Anhand des genauen Standortes fordern sie die zuständigen Behörden dazu auf, ihre Pflicht zur Seenotrettung wahrzunehmen.

Das so generierte Wissen über Ausgangspunkte von Notrufen, über illegale Pushbacks und über erfolgreiche Rettungsaktionen lässt sich im Nachgang kartografisch darstellen und kann zu einer kritischen Beobachtung und Dokumentation staatlicher Praxis beitragen. Das Netzwerk Forensic Architecture zeigte mithilfe einer kartografischen Darstellung der Überwachungszonen im Mittelmeer, von Satellitenaufnahmen, Simulationen der Wind- und Strömungsverhältnisse sowie Aussagen der wenigen Überlebenden, warum 2011 mehr als 60 Migrant:innen sterben mussten: Ihr Boot trieb zwei Wochen lang ohne Treibstoff umher, obwohl italienischen, maltesischen und Nato-Stellen der Standort des Bootes

Bei manchen politischen Karten hat die oft wiederholte Darstellung zu einem solchen Gewöhnungseffekt geführt, dass ihre Verzerrungen kaum noch auffallen

bekannt gewesen war. Die Dokumentation des Netzwerks erreichte eine breite Öffentlichkeit und ermöglichte mehrere Gerichtsprozesse.

Diese Beispiele verdeutlichen, wie unterschiedlich die Ziele sind, die mittels kartografischer Darstellungen und digitaler Anwendungen im Bereich der internationalen Migration verfolgt werden. Vermeintlich rein technische Vorgänge wie das Einsetzen neuer digitaler Anwendungen im Grenzschutz und die auf Geodaten basierte Überwachung des Mittelmeeres haben einen politischen Charakter. Die Verbreitung von Smartphones, mobilem Internet und Opensource-Software zur Kartierung ermöglicht Migrant:innen, ihren Weg durch die Grenzarchitektur zu finden, und der Zivilgesellschaft, den Überwachungsbehörden selbst in die Karten zu schauen. —

GELESEN, GEHÖRT, GESEHEN – DIE GEFÜHLTE BEDROHUNG

Gesellschaften sehen Migration vor allem dann negativ, wenn Medien so über sie berichten. Und ist ein Narrativ erst einmal in der Welt, nützen Argumente nicht viel, um die öffentliche Meinung zu ändern.

Im September 2015 waren 33 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass Deutschland weniger Flüchtlinge aufnehmen sollte. Zehn Jahre später, im Januar 2025, lag dieser Wert bei 68 Prozent. Diese Entwicklung wird oft als Beleg für das Scheitern der „Willkommenskultur“ gedeutet. Doch das Meinungsbild sagt tatsächlich wenig darüber aus, ob Integrationspolitik erfolgreich war – die empirische Bilanz ist eher positiv – oder ob eine tatsächliche Grenze bei der Aufnahmefähigkeit erreicht wurde. Die ablehnende Haltung vieler Menschen gegenüber der Zuwanderung scheint vielmehr die Folge der Art und Weise, wie öffentlich über Migration gesprochen und in den Medien über sie berichtet wird. Diese Darstellung beeinflusst maßgeblich – wenn nicht entscheidend –, wie eine Gesellschaft das Thema wahrnimmt. Das haben mehrere Medienanalysen ergeben, die in der EU erschienen sind.

Wenn prominente politische Akteur:innen wie Friedrich Merz noch als CDU-Vorsitzender beispielsweise be-

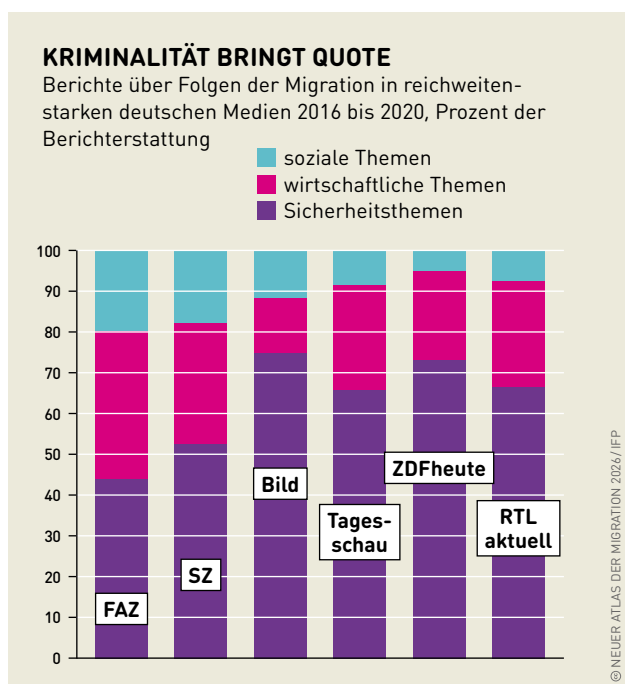
tonen, dass „illegale Migration“ das größte Problem des Landes sei, wird diese Botschaft in den Medien variiert und verstärkt. Das begünstigt eine verzerrte Wahrnehmung, bei der Migration mit Bedrohungen und Problemen in Verbindung gebracht wird. Und so häufig wie dies geschieht, ist es fast überraschend, dass laut einer Umfrage des ZDF-Politbarometers von April 2025 immerhin noch 44 Prozent der Menschen der Meinung waren, Deutschland könne die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus Krisengebieten verkraften.

Denn Medien sind nicht nur passive Übermittler von Informationen. Sie prägen aktiv, wie die Gesellschaft über bestimmte Themen nachdenkt und spricht. Und in der Berichterstattung wird Migration häufig vor allem mit zwei Themen verbunden: Sicherheit und Sozialstaat. Es geht dabei vor allem um Kriminalität, Terror und hohe Kosten für oder den Missbrauch von staatlichen Leistungen.

Andere Facetten und Dimensionen des Themas Migration treten in der öffentlichen Diskussion eher zurück. Fragen wie der Beitrag von Migrant:innen zum Arbeitsmarkt oder die Frage nach Menschenrechten spielen hingegen eine untergeordnete Rolle. Eine Studie der Universität München von 2023 zeigte, dass „Geflüchtete als Akteure der Berichterstattung selten und wenn, dann überproportional im Zusammenhang mit Kriminalität und Terrorismus“ vorkamen. Thematisiert worden seien zudem „überproportional erwachsene Männer“.

Insgesamt zeigt die Forschung: Während der Ankunft Geflüchteter in den Jahren 2015/16 haben Medien durchaus positive Seiten der Migration beleuchtet – danach aber verstärkt die problematischen Aspekte hervorgehoben, mit möglicherweise langfristigen Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung: Negative Stereotype und Ängste verfestigen sich. Gleichzeitig schrumpft das Vertrauen in politische Institutionen und der soziale Zusammenhalt. Denn je stärker Migration als Problem und Bedrohung wahrgenommen wird, desto klarer ist für viele Menschen, dass das politische System dabei versagt, dieses Problem zu lösen.

Populistische Parteien und politische Akteur:innen nutzen diese Folgen, um ihre Agenda voranzutreiben. In die Hände spielt ihnen dabei, dass viele Menschen

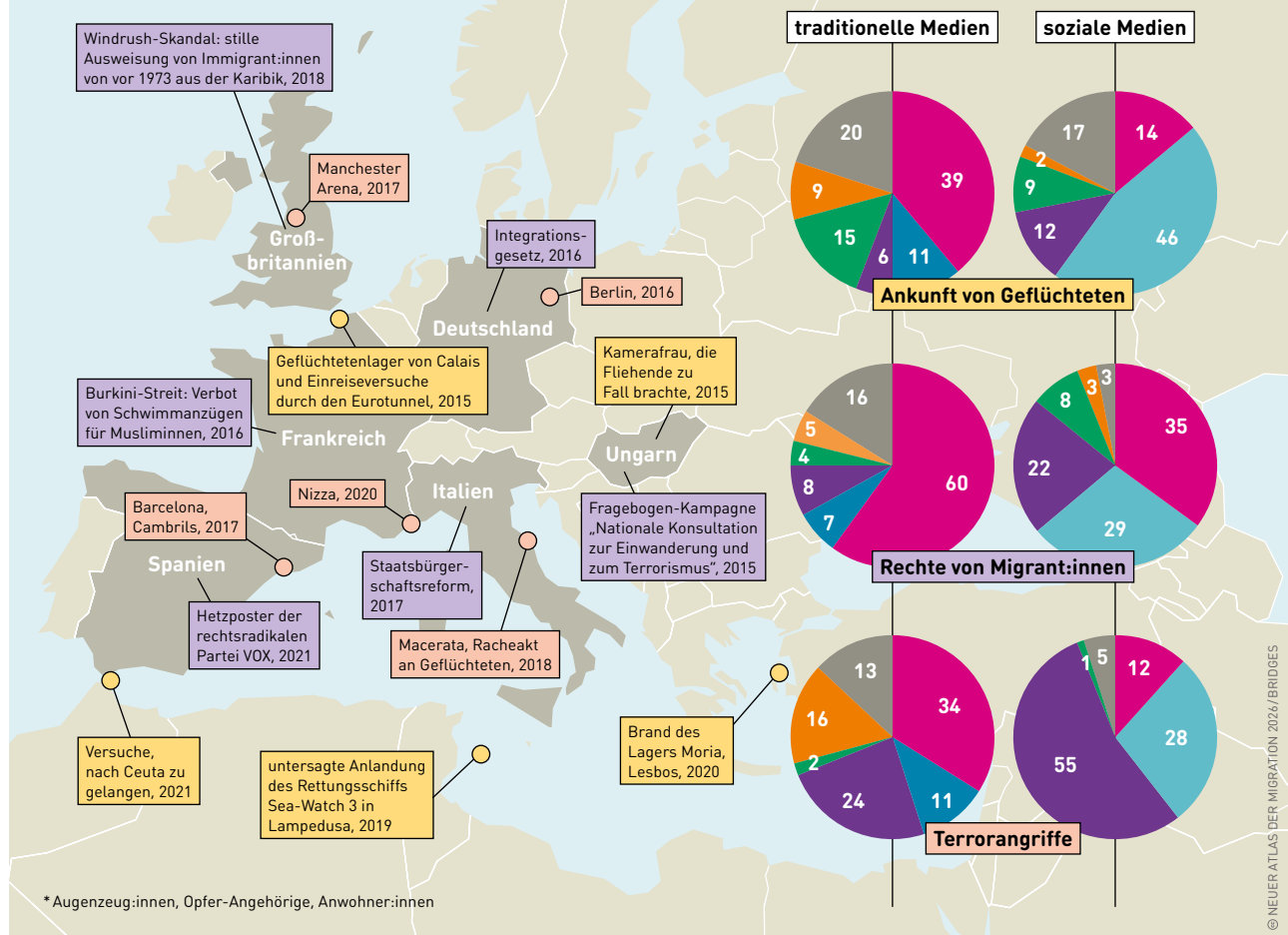


Medien wie die „Bild“-Zeitung und die TV-Nachrichtensprogramme fördern mit ihrer dominanten Berichterstattung die Erregung in den sozialen Medien

IN DEN NACHRICHTEN. WO UND WORÜBER MIGRANT:INNEN ZU WORT KOMMEN

Zitierte Personen in 28 Printmedien und 15 TV-Sendern aus sechs europäischen Ländern sowie Social-Media-Posts bei Twitter und Facebook, die den Ländern zuzuordnen waren, in drei Themengruppen mit den benannten Ereignissen, 2015 bis 2021

Politiker:innen
Beamte:innen
andere Medien
Betroffene*
NGO-Vertreter:innen
Migrant:innen
Sonstige



ihre Informationen wesentlich seltener aus etablierten Nachrichtenquellen beziehen. In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung von sozialen Medien erheblich zugenommen. Dort verbreiten sich Desinformation und Hetze bekanntlich besonders schnell. Was Empörung auslöst, wird häufiger geteilt, kommentiert und algorithmisch verstärkt. Migration eignet sich dafür besonders: Einzelne Straftaten, Gerüchte oder aus dem Kontext gerissene Videos verbreiten sich in Minuten mitunter millionenfach, oft bevor eine journalistische Einordnung überhaupt möglich ist. Rechtsextreme Blogs, YouTube-Kanäle und Telegram-Netzwerke greifen solche Fälle gezielt auf, rahmen sie als Beleg für ein angebliches „Systemversagen“ und verdichten Einzelfälle zu scheinbaren Mustern.

Eine Studie des JFF-Instituts für Medienbildung und der Universität Düsseldorf von 2021 zeigt, dass besonders Jugendliche und junge Erwachsene anfällig sind für die extremen und oft verzerrten Darstellungen, die in sozialen Netzwerken kursieren. Hinzu kommt eine wechselsei-

Sehr unterschiedlich ist, wen die traditionellen und die sozialen Medien zitieren – und um welche Aspekte der Migration es geht

tige Verstärkung zwischen Boulevardmedien und digitaler Gegenöffentlichkeit. Zuspitzende Schlagzeilen werden in sozialen Netzwerken massenhaft geteilt, radikal kommentiert und weiter zugespitzt. Umgekehrt greifen etablierte Medien Themen auf, die in sozialen Netzwerken bereits viral gegangen sind. In Echokammern zirkulieren immer gleiche Bilder und Begriffe – „Kontrollverlust“, „Flut“, „kriminelle Clans“ –, bis sie als selbstverständlich erscheinen.

So wird der Ton im Netz immer schriller. Die klassischen Medien geraten unter Druck und glauben, mithalten zu müssen. Die Rede von vermeintlichen Gefahren verdichtet sich, die Menschen fühlen sich immer stärker bedroht. Migration erscheint dann nicht mehr als gestaltbare gesellschaftliche Aufgabe, sondern als permanenter Ausnahmezustand. —

VÖLKISCHE ABSCHIEBUNGS-FANTASIEN

Rechte Demagog:innen wollen eine „nationale Gesinnung“ verbreiten, die alles bekämpft, was unbekannt, anders und international ist. Die zugehörigen Massenvertreibungen nennen sie verharmlosend „Remigration“.

Die extreme Rechte gewinnt global an Einfluss. Ein Schlüsselthema für ihre Mobilisierung sind Flucht und Migration. Sie vertritt dabei eine empirisch nicht haltbare, völkische Vorstellung von Staatsangehörigkeit. Diese geht von einem seit jeher existierenden homogenen Volk aus. Die Zugehörigkeit zu diesem wird vererbt und kann nicht durch Zuzug erlangt werden.

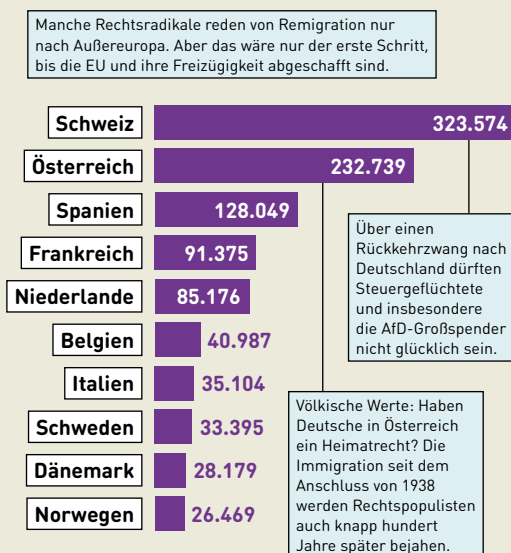
Einer solchen Ideologie von Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit bedienten sich schon die Nationalsozialisten. Bis heute gehören Rassismus und die Bekämpfung der Migration zu den ideologischen Grundpfeilern rechter Parteien. Migration wird als etwas Gefährliches, Anderes dargestellt, dem ein bedrohtes und schützenswertes Eigenes gegenübergestellt wird. Dieses Eigene, immer schon gefährdet oder gar beschädigt, könne nur durch die Abwesenheit oder vollständige Assimilierung von Migrant:innen wieder zu einer angeblichen frühe-

Damit ihre Remigration nicht zu brutal wirkt, würden Rechtsradikale den Aufenthalt „assimilierter“ Ausländer in Deutschland erlauben

EINE SPEKULATION: GLEICHES UNRECHT FÜR ALLE

Auch Deutsche sind Ausländer – fast überall. Wer alle Unerwünschten aus Deutschland vertreiben will, müsste das auch umgekehrt akzeptieren.

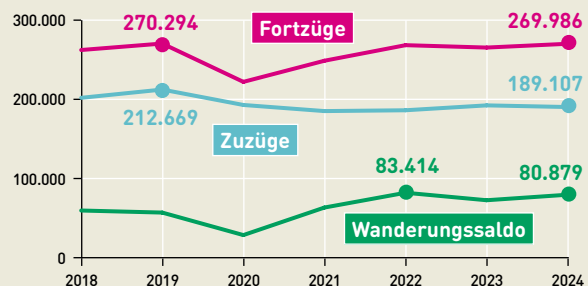
Anzahl der Deutschen mit Wohnsitz im europäischen Ausland, 2024



Es gibt nur Schätzungen: Rund 3,8 Millionen Deutsche sollen aktuell dauerhaft im Ausland leben – teils abgemeldet, teils nicht. 62 Prozent wollen später nach Deutschland zurückkehren. In den USA leben etwa 500.000 Deutsche, in Südafrika 100.000, in Thailand 40.000.

Das Maximalprogramm der Remigration zu Ende gedacht, müsste die Auswanderung von Deutschen beendet werden, damit der deutsche Anteil an der Bevölkerung steigt.

Umzüge deutscher Staatsbürger:innen, 2018 bis 2024



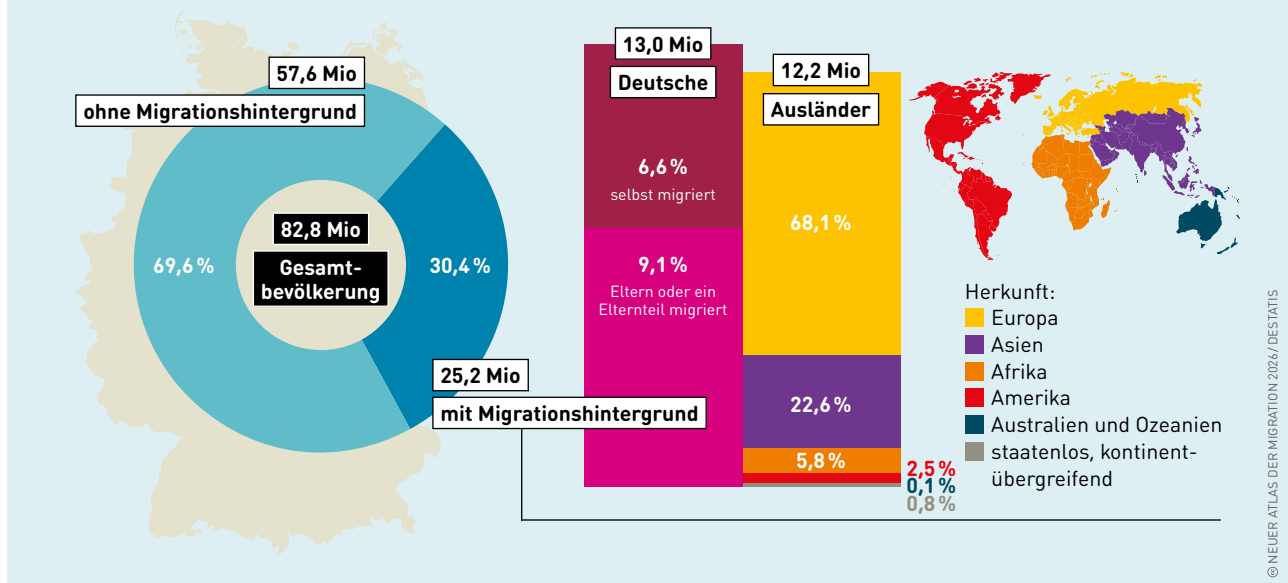
Am Ende könnten auch die deutschen Auslands-Rentner:innen zurückkehren müssen, wenn in Deutschland die Staatsangehörigen ihrer Aufenthaltsländer vertrieben werden.

Anzahl der Renten aus Deutschland, die in anderen Staaten an Deutsche gingen, 2025



WER DAZU GEHÖREN DARF UND WER NICHT

Anzahl und Anteil der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Bevölkerung in Deutschland, Ende 2025



ren Größe zurückkehren. Dabei, so der Vorwurf, versagten die etablierten Parteien. Die rechten Demagog:innen versprechen, dies zu korrigieren, indem sie strikte Migrationskontrollen, Remigrationsprogramme und eine Rückbesinnung auf die nationale Identität durchsetzen. Angehörige der AfD werben regelmäßig mit dem Begriff der Remigration und haben ihn in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Das Weiße Haus postete auf der Mikroblogging-Plattform X eine Abbildung von Donald Trump mit einem einzigen Wort: „Remigration“. Und der Vorsitzende der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs postete auf Instagram ein ähnliches Bild.

Wissenschaftlich wurde der Begriff lange genutzt, um etwa die wiederholten Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften zu untersuchen. Unter anderem hat Martin Sellner, der österreichische Anführer der rechtsextremen Identitären Bewegung, diesen Begriff in das Vokabular radikal rechter Akteur:innen eingeschleust. Sie meinen damit die Abschiebung von Menschen – unabhängig von deren Aufenthaltsstatus, -dauer oder ihrer Staatsangehörigkeit. Auch Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft könnten also betroffen sein, wenn sie sich rechten Assimilierungs- oder Nützlichkeitsvorstellungen verweigern. Die Behauptung der AfD, der Begriff verschärfe lediglich das Asylrecht, ist ein semantisches Verwirrspiel. Sie verwenden die Vokabel bewusst schwammig, um das Konzept gesellschaftlich anschlussfähig erscheinen zu lassen. So wird der Bereich des Sagbaren ausgeweitet, um – in diesem Fall – die völkische Vorstellung von Staatsangehörigkeit zu normalisieren.

Seit Jahren schüren Vertreter:innen rechter Ideologien die Angst vor dem „großen Austausch“. Diese – ebenfalls völkische – Verschwörungstheorie behauptet, es gebe einen Plan mächtiger Akteur:innen, die ange-

Ein Drittel der deutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Die Hälfte davon hat einen deutschen Pass – aber in rechtsextremen Diskursen zählt er nicht

stammte Bevölkerung durch Migrant:innen zu ersetzen, um so leichter herrschen zu können. Wissenschaftlich ist diese Erzählung widerlegt und analysiert, doch in politischen und öffentlichen Debatten verfängt sie immer wieder. Rechte, rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien sind damit erfolgreich – und arbeiten bei dieser Thematik global immer stärker zusammen. Eine wichtige Achse dabei ist beispielsweise jene zwischen der ungarischen Partei Fidesz und der US-amerikanischen MAGA-Bewegung. Extrem rechte Oppositionsparteien wie Vox in Spanien, Reform UK in Großbritannien oder Chega in Portugal beteiligen sich an transnationalen Konferenzen, Medienkooperationen oder Online-Plattformen. Dort tauschen sie Erfahrungen mit der Mobilisierung für „Remigration“ aus. Sie alle vereint, dass sie sich der Komplexität einer durch Migration geprägten, global vernetzten Welt verweigern und die vielfältigen Ursachen von Migration missachten – von Krieg und Vertreibung bis hin zur Vernichtung von Lebensgrundlagen durch Ausbeutung und Klimawandel.

Rechten Parteien geht es nicht nur um Migration, sondern um einen tiefergehenden gesellschaftlichen und politischen Umbruch. Demokratische Gesellschaften werden als geschwächt und vom Verfall bedroht dargestellt. Nur eine autoritäre Wende könne sie wieder zu alter Größe führen. Indem sie Migration als Ursache und Remigration als Lösung präsentieren, lenken rechte Parteien von Verteilungsfragen, Klassenkonflikten und gesellschaftlicher Ungleichheit ab. Ihre Sündenböcke sind immer die, die nicht zur Gesellschaft gehören dürfen. —

TRÄUME VON DER VERGANGENHEIT

Die Vorstellung einer uralten und ununterbrochenen Kultur und Identität ist eine Erfindung, die heute von Nationalisten beschworen wird. Tatsächlich verändert sich die nationale Identität seit jeher ständig.

Die Vorstellung, Menschen seien historisch überwiegend sesshaft gewesen, ist ahistorisch. Über weite Strecken der Neuzeit war Migration der Normalfall – ob als Handwerker:innen, Söldner oder Glaubensflüchtlinge. Viele Europäer:innen sind Nachfahren von Zugewanderten. Hugenott:innen im 17., Ruhrpol:innen im 19. Jahrhundert oder die „Gastarbeiter:innen“ ab 1955 prägten Wirtschaft, Kultur und Alltag in Deutschland. Sie brachten nicht nur ihre Arbeitskraft mit, sondern auch ihre Musik, ihre Lebensart und ihre Küche.

Eine ungebrochene Historie gibt es deshalb in Deutschland nicht, auch wenn deutschnational Gesinnte das Gegenteil behaupten. Die Vorstellung einer einheitlichen deutschen Geschichte ist vielmehr eine spätere Erfindung. Sie lässt sich nicht aus den historischen Fakten ableiten, sondern wurde aus den politischen Interessen und den Machtverhältnissen der jeweiligen Gegenwart gesponnen.

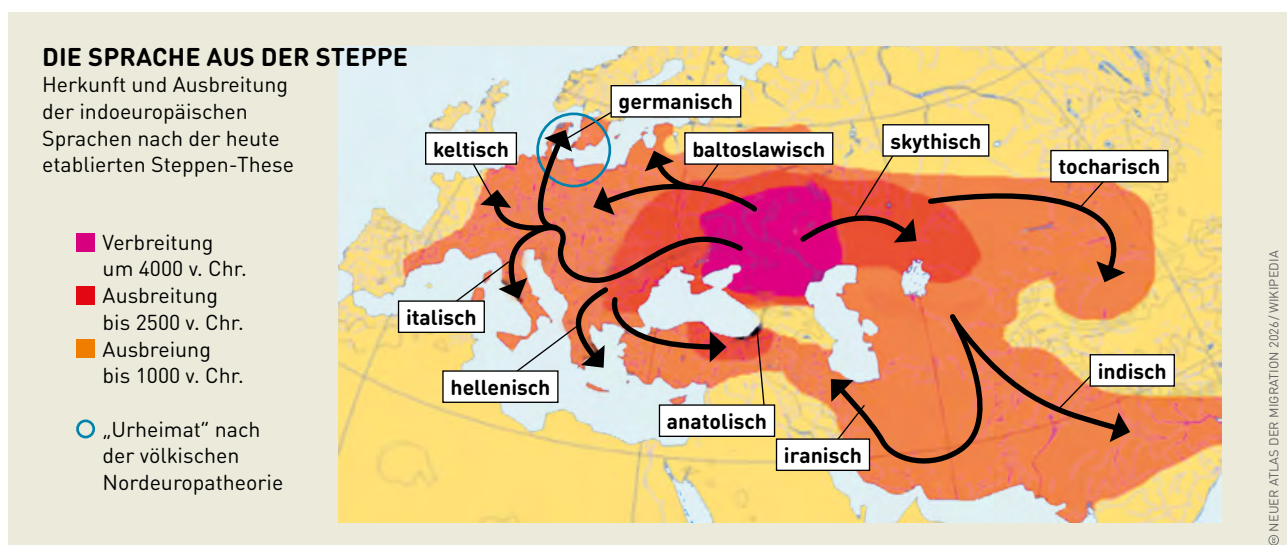
Im Juni 2018 sagte der damalige Parteichef der AfD, Alexander Gauland: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“ Die „verdammten zwölf Jahre“ unter dem

Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 seien nur ein kleiner, unbedeutender Teil der, so Gauland, insgesamt „ruhmreiche(n) Geschichte“ der Deutschen. Er bediente sich damit an Vorstellungen, die schon von den Nationalsozialisten propagiert worden waren.

NS-„Reichsführer SS“ Heinrich Himmler sah es als seine wichtigste geschichtspolitische Aufgabe, den Deutschen eine heroische germanische Vorgeschichte zu verpassen. Er träumte davon, die Überlegenheit der „germanischen Rasse“ historisch herzuleiten und gründete die SS-Organisation „Ahnenerbe“; sie sollte der NS-Ideologie einen wissenschaftlichen Anstrich geben. Was als wissenschaftlich oder als unwissenschaftlich galt, entschied – laut Himmler – die Partei, die NSDAP: „Es ist uns höchst gleichgültig, ob sich die Vorgeschichte der germanischen Stämme in Wirklichkeit so oder anders abgespielt hat. Worauf es einzig und allein ankommt, und wofür diese Leute bezahlt werden, sind geschichtliche Vorstellungen, die unserem Volk den nötigen Nationalstolz stärken.“

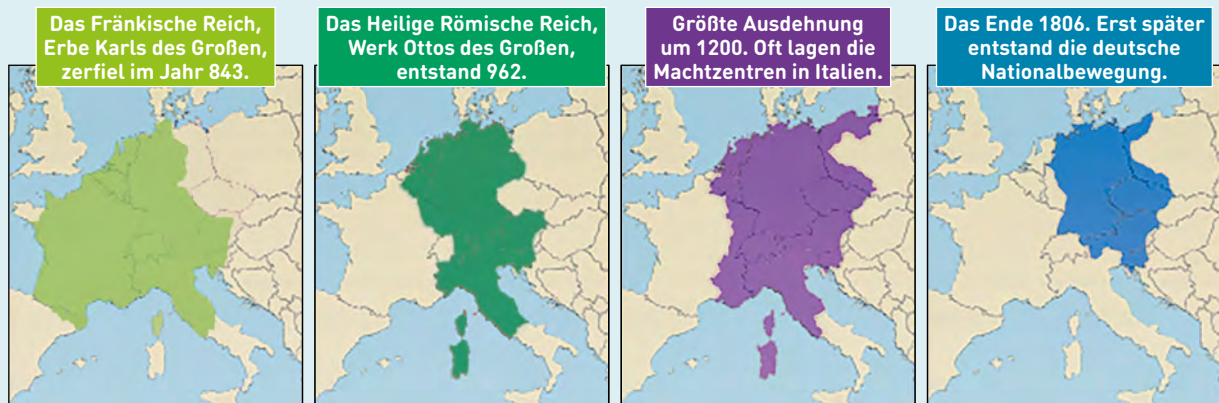
Zu den Wissenschaftler:innen, die für ihre Geschichtsforschung und -fälschung bezahlt wurden, gehörte auch der Archäologe Herbert Jankuhn. Er stützte sich auf die sogenannte germanische Kontinuitätsthese, der zufolge

Auch „Neuheiden“ vielerorts in Europa schaffen ihre eigenen Wahrheiten: ein paar Götter, ein paar Ornamente, bloß nicht römisch, bloß nicht logisch



EIN VERBUND VON FÜRSTEN, DER NIE ZUM STAAT FÜR DEUTSCHLAND WURDE

Territoriale Entwicklung des Heiligen Römischen Reichs



Nationalist:innen wollen nicht verstehen, dass ihre Idee eines ewigen Nationalstaats – gerne darf er 1.000 Jahre alt sein – überhaupt erst im 19. Jahrhundert entstand. Die heute pompös wirkenden Formulierungen „heiliges Reich“ und

„deutsche Nation“ waren ihrerzeit nur politisch-administrative Bezeichnungen. Dieses Reich war ein Herrscherverband mit nur wenigen Institutionen und stiftete keine staatliche Identität als „Deutschland“, auf das man im Rückblick stolz sein könnte.

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / WIKIPEDIA

sich die Germanen von der frühen Steinzeit an bis in die Gegenwart der NS-Zeit ungebrochen entwickelt hätten. Den Beweis für einen scheinbar jahrtausendealten „germanischen Kampf um Siedlungsboden“ wollte er durch archäologische Grabungen in der frühmittelalterlichen Wikinger-Siedlung Haithabu in Schleswig erbringen. Eine angeblich 1.000-jährige deutsche Historie wird heute auch gern mit dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ zu belegen versucht, einem mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Staatenverband, der seit dem 10. Jahrhundert existierte. Allerdings war dieses komplexe Gefüge aus Fürstentümern und Territorien eben kein Nationalstaat im heutigen Sinn.

All diese Rückgriffe auf vermeintlich alte „germanische Wurzeln“ haben wenig mit der historischen Wirklichkeit zu tun. Vielmehr spiegeln sie eine Wunschvorstellung wider. Der Historiker Eric Hobsbawm hat gezeigt, wie viele Traditionen, die wir heute als uralte und quasi „ewig“ betrachten, tatsächlich erst erfunden oder bewusst inszeniert wurden. Nicht nur die deutsche, auch andere nationale Identitäten beruhen auf Fantasien einer jahrhundert- bis jahrtausendealten Kontinuität. In Wirklichkeit wurden sie erst im 19. oder 20. Jahrhundert gezielt „erfunden“, als sich die modernen Nationalstaaten herausbildeten und nach Identitätsstiftenden Erzählungen suchten.

Selbst vermeintlich „typisch deutsche“ Speisen haben Migrationsgeschichten: Sauerkraut-Techniken kommen aus Asien, die Kartoffel aus Südamerika, Pizza oder Döner gehören ganz selbstverständlich auf unseren Speisezetteln. Der Alltag in unseren Städten ist durch zugezogene Menschen bunter und vielfältiger geworden.

Man stelle sich für einen Augenblick vor, was Deutschland ohne Einwander:innen wäre. In der Kranken- oder

Wie deutsche Nationalist:innen suchen auch Gleichgesinnte anderer Länder nach staatlicher Einzigartigkeit, die sie mit viel Propaganda zurechtbiegen

Altenpflege, in der Gastronomie, im Baugewerbe würden riesige Lücken klaffen. Viele Unternehmen könnten ihren Betrieb nicht aufrechterhalten. In katholischen Gemeinden arbeiten heute häufig Geistliche aus Polen, Indien oder afrikanischen Ländern, weil es nicht genug einheimische Priester:innen gibt. Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten in beträchtlicher Zahl als Ingenieur:innen in der IT-Branche – ohne sie würde technisches Know-how und Innovationskraft aus aller Welt fehlen.

Dazu kämen demografische Effekte. Ohne Zuwanderung würde die Gesellschaft stark überaltern, ohne junge Einwander:innen ließen sich weder unsere Renten- noch unsere Sozialsysteme stabilisieren. Und nicht zuletzt gäbe es ohne die kulturelle Vielfalt, ohne die vielen kreativen Impulse von Migrant:innen einen Stillstand auch in der Kultur. Ob wirtschaftlich, kulturell, kulinarisch: Es ist die Migration, die unsere modernen Gesellschaften am Laufen hält.

Deutschland ist ein Einwanderungsland und auf Migration angewiesen. Ein inklusives Identitätskonzept würde der historischen Realität gerecht: Wir sind das Ergebnis einer langen Verflechtungsgeschichte. Unsere Gesellschaft setzt sich seit jeher aus vielen Herkunftsgeschichten, Loyalitäten und Staatsbürgerschaften zusammen. Ein solcher Identitätsbegriff würde nicht versuchen, zwischen „uns“ und „den anderen“ eine starre Grenze zu ziehen. Denn alle, die in Deutschland leben, tragen heute zu dem bei, was unter „Deutschsein“ verstanden wird. —

PROFI UND PARIA

Kaum irgendwo sind Migrant:innen so sichtbar und gefeiert wie im Fußball. Viele westeuropäische Nationalteams bilden heute die postmigrantische Gesellschaft ab. Aber selbst wenn sie gewinnen, besiegen sie den Rassismus nicht.

Als die deutschen Fußballer im Sommer 2024 in die heimische Europameisterschaft starteten, war das ein besonderer Moment. Erstmals bei einem Großturnier führte ein Kapitän mit Migrationshintergrund ein DFB-Team an: der türkischstämmige İlkay Gündoğan. Doch nach einer Würdigung des Augenblicks war niemandem so recht zumute. Bei den Europawahlen war die AfD zweitstärkste Kraft geworden, Umfragen zeigten offen rassistische Einstellungen: 20 Prozent wünschten sich mehr „weiße“ Nationalspieler, 17 Prozent fanden es „schade“, dass Gündoğan Kapitän ist. Von türkeideutschen Fans wurde er als Verräter ausgepiffen.

Dabei sind Spieler-Biografien, die der Vorstellung ethnischer Homogenität entgegenstehen, beim DFB nicht neu. Fritz Szepan, Nachname amtlich Sczepan, war der deutsche Kapitän bei den WM-Turnieren 1934 und 1938. Sein Vater kam aus Ostpreußen, Szepan selbst wurde in Gelsenkirchen geboren, galt aber vielen trotzdem als „Pole“. Für die rassistische Propaganda des NS-Regimes waren solche Spieler ein Problem. Umständlich wurden sie deshalb für „kulturell deutsch“ erklärt.

Aber erst ab den 1990er-Jahren, vor allem nach der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000, wurde die DFB-Mannschaft diverser. Nationalteams

der Männer wie die in Frankreich, England oder den Niederlanden, also in Staaten mit kolonialer Vergangenheit, hatten sich oft schon ab den Siebzigern diversifiziert. Die Reaktionen reichten von pragmatisch bis ablehnend, mitunter aber auch idealisierend. Das französische Team etwa wurde vor dem WM-Sieg 1998 mit dem Slogan „Black-Blanc-Beur“, „Schwarz-Weiß-Arabisch“ überhöht. Der multikulturelle Fußball sollte die Gesellschaft kitten – eine Hoffnung, die er gar nicht erfüllen konnte.

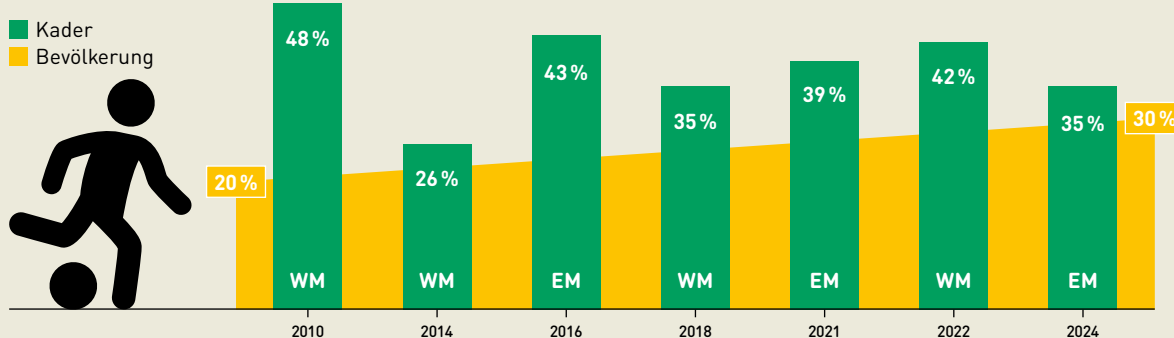
Angesichts dieser Konkurrenz beschloss der DFB, sich zu öffnen. Dass Nationalteams heute diverser sind, ist ein Erfolg antirassistischer Kämpfe, aber noch mehr ein Ergebnis ökonomischer Konkurrenz: Kein Verband kann es sich leisten, all die sportlich talentierten migrantischen Kinder als Ressource zu ignorieren. Das ist einer der Hauptgründe dafür, dass Männernationalteams die Vielfalt der Gesellschaft heute stärker abbilden als früher.

Was macht das mit Vorstellungen von Volk und Nation? Von etwa 2006 bis 2014 wurde die neue „Internationalmannschaft“ in Deutschland stark romantisiert. Liberale Medien bejubelten sie als Sinnbild eines entspannteren Multikulti-Deutschlands. Zugleich gaben migrantische Fans nun mehrheitlich an, sich mit der DFB-Elf identifizieren zu können. Umfragen zeigen jedoch, dass Fußball Identitätsvorstellungen allenfalls kurzfristig beeinflusst. Rassistische Einstellungen steigen nach erfolgreichen Turnieren oft sogar an, selbst

*Karrierechancen auch für Outsider:
Migrantische Fußballer sind in den Männerteams
des DFB leicht überrepräsentiert*

INTERNATIONALMANNSCHAFTEN

Anteil der Spieler mit Migrationshintergrund in der deutschen Männer-Nationalelf, 2010 bis 2024, und in der Gesamtbevölkerung, in Prozent



Grundlage: 150 Spieler der deutschen Nationalmannschaft

MIT DEM HASS LEBEN

Für die Dokumentation „Schwarze Adler“ (2021) über den Rassismus, dem Schwarze Fußballspieler:innen in Deutschland im sportlichen Alltag ausgesetzt waren und sind, haben die Filmemacher Torsten Körner und Leopold Hoesch 14 Betroffene interviewt. Biogramme in alphabetischer Reihenfolge

- in deutscher Nationalmannschaft oder U-Teams
- Spieler
- Spieler:in



Guy Acolatse 1942 Togo, u. a. Sankt Pauli 1963–1973, erster Schwarzafrikaner im bezahlten Fußball Deutschlands

Otto Addo 1975 Hamburg, u. a. Hannover 96, Borussia Dortmund, ab 1999 im Nationalteam Ghanas, ab 2024 dessen Nationaltrainer, 2025 Gründer des Vereins „ROOTS – Against Racism in Sports“

Gerald Asamoah 1978 Ghana, ab der Jugend in Hannover, u. a. Hannover 96 und Schalke, 43 Länderspiele 2001–2006, Pate im Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Anthony Baffoe 1965 Bad Godesberg, Sohn eines Diplomaten aus Ghana, u. a. Fortuna Köln, Fortuna Düsseldorf, FIFA-Botschafter gegen Rassismus

Cacau 1981 Brasilien, u. a. VfB Stuttgart, 2009 eingebürgert, 23 Länderspiele 2009–2012, DFB-Integrationsbeauftragter 2016–2021

Rigobert Gruber 1961 Worms, Vater Schwarzer US-Amerikaner, u. a. Eintracht Frankfurt, Werder Bremen, mehrfacher Jugendnationalspieler, 1984 verletzt und Sportinvalide

Jimmy Hartwig 1954 Offenbach, Vater Schwarzer US-Amerikaner, 2 Länder- und 216 Bundesligaspiele 1978–1983, schilderte rassistische Erfahrungen in Büchern und Medienauftritten

Steffi Jones 1972 Frankfurt am Main, Vater Schwarzer US-Amerikaner, 111 Länderspiele 1993–2007, Frauen-Nationaltrainerin 2016–2018, zeitweilig Schirmherrin der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“

Erwin Kostedde 1946 Münster, Vater Schwarzer US-Amerikaner, u. a. Kickers Offenbach, Werder Bremen, 3 Länderspiele 1974–1975, erster schwarzer deutscher Nationalspieler

Jean-Manuel Mbom 2000 Göttingen, Vater Kameruner, u. a. Werder Bremen, 31 Länderspiele U16–U21 2015–2021

Patrick Owomoyela 1979 Hamburg, Vater Nigerianer, u. a. Borussia Dortmund, Arminia Bielefeld, 11 Länderspiele 2004–2006. Zur WM 2006 veröffentlichte die NPD gegen ihn ein Flugblatt für eine „weiße“ Nationalmannschaft.

Beverly Ranger 1953 Jamaika, u. a. Bonner SC, SSG 09 Bergisch Gladbach, eine Pionierin des Frauenfußballs in den Siebziger Jahren

Shary Reeves 1969 Köln, Vater aus Kenia, Mutter aus Tansania, u. a. SC 07 Bad Neuenahr, Kandidatin für das U16-Nationalteam

Jordan Torunarigha 1997 Chemnitz, Vater Nigerianer und ab 1990 der erste afrikanische Profi in Ostdeutschland, u. a. Hertha BSC, 30 Einsätze in U-Teams (2012–2019) und Olympia (2021)

Anschauen in der Mediathek der Bundeszentrale für politische Bildung: <https://bit.ly/4cByyoe>

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / WIKIPEDIA

wenn Teams ethnisch divers sind – im Siegesjubiläum gibt es keinen Nationalismus ohne Rassismus. Und wirklich akzeptiert sind die Spieler nicht. Mesut Özil etwa kritisierte einst: „Ich bin Deutscher, wenn wir gewinnen, und ein Immigrant, wenn wir verlieren.“

Anders ist die Lage im Fußball der Frauen. Dort spielen in vielen der Länderteams – auch in jenem des DFB – weiterhin wenige People of Colour. Das liegt auch daran, dass Verbände und Klubs weniger konsequent scouten und die Bedingungen im Frauenfußball oft nicht professionell sind. Das macht eine Karriere für gesellschaftlich unterprivilegierte Gruppen weniger attraktiv. Doch auch hier ist ein Wandel absehbar, teils schon vollzogen. Das gilt etwa für die USA und ganz besonders für Frankreich. Verantwortlich dafür ist dort auch die Infrastrukturpolitik: Seit den 1980er-Jahren wurden systematisch frei zugängliche Bolzplätze in migrantischen Vierteln errichtet, auf denen viele der weiblichen Stars von heute zu spielen anfangen. Das zeigt: Nationalteams werden nicht automatisch divers, auch wenn die Gesellschaft es bereits ist – es braucht Strukturen, die die Diversität fördern.

Aus Angst vor rechter Mobilisierung meidet der DFB derzeit das Thema Diversität. Für die Spieler bedeutet das einerseits größere Selbstverständlichkeit: Dass

Viele People of Colour engagieren sich aufgrund bitterer Erfahrung in eigenen antirassistischen Initiativen oder in offiziellen Verbandsstrukturen

Jonathan Tah oder Serge Gnabry für Deutschland spielen, ist heute in liberalen Milieus normalisiert. Zudem hat sich Ausgrenzung verschoben: Als „weiß“ wahrgenommene Migrant:innen wie Lukas Podolski oder Mario Gómez gelten als Deutsche. Doch der Hass der Rassisten in den Stadien gegen die People of Colour auf dem Platz schwindet nicht. Zwar sind die Teams durchmischt, aber die Führungsetagen und die Fankurven sind es nicht. Und ein Bundestrainer mit türkischem Migrationshintergrund wäre derzeit noch undenkbar. Einzelne Trainer aus marginalisierten Gruppen werden auch in Deutschland sichtbar und selbstbewusster.

Spieler:innen sind heute eine umworbene Ware. Kein Land kann sich einen rassistischen Filter leisten. Für viele Fans haben migrantische Spieler:innen aber nur einen Wert, solange sie Leistung bringen – als Deutsche auf Probe. Diversität unterläuft einer neoliberalen Nation nicht, sondern dient ihr im globalen Wettbewerb. Diversität kann sogar mit neuem Nationalstolz koexistieren. Doch Diversität und Rassismus schließen sich selbst dann nicht aus. —

LAND DER ANGST

Digitale Verfolgung, Razzien, Inhaftierungen, Abschiebungen – je härter, desto besser, ist die Botschaft der US-Migrationspolitik und ihrer Behörde ICE. Deren Gewalt richtet sich auch gegen Protestierende.

Eine halbe Milliarde Dollar hat die US-Migrationspolizei ICE („Immigration and Customs Enforcement“) im ersten Jahr nach dem Amtsantritt Donald Trumps allein für den Kauf von Lagerhallen im ganzen Land ausgegeben. Sie sollen der Internierung von Migrant:innen dienen und zu den größten Gefängnissen des Landes werden. Solche Informationen über ICE häufen sich. Viele Menschen sehen die Organisation heute eher als eine Miliz, denn als reguläre Polizeibehörde. Kaum eine staatliche Stelle wurde von der Trump-Regierung so großzügig ausgestattet: Allein 2026 darf sie laut Haushaltsplan rund 22 Milliarden Dollar ausgeben.

Formal handelt es sich bei ICE um eine Bundesbehörde im Zuständigkeitsbereich des Heimatschutzministeriums (Department of Homeland Security, DHS). Sie wurde 2003 gegründet und beschäftigt heute nach eigenen Angaben rund 22.000 Mitarbeiter:innen. Auslöser für die Gründung waren die Terroranschläge vom 11. September 2001. Nach 9/11 stellten Regierung und Medien in den USA Migration als illegale Einwanderung dar. Entsprechend wurde sie vor allem als Sicherheitsproblem behandelt – und nicht als eine Frage von Integration oder Einbürgerung.

Im März 2003 nahm ICE seine Arbeit auf. Ihr offizielles Ziel ist es, Menschen an der Einreise oder dem Aufenthalt in die USA zu hindern, die aus ihrer Sicht als gefährlich

gelten, des Terrorismus verdächtig werden oder die nach einer Straftat aus ihrem Herkunftsland geflohen sind. Zur Erledigung dieser Aufgabe erhält sie immer neue technische Instrumente. Die KI-Software „Immigration OS“ des Unternehmens Palantir etwa hilft dabei, Passdaten, Sozialversicherungsakten oder staatliche Steuerinformationen auszuwerten. Die automatische Erfassung und Erkennung von Autokennzeichen ermöglicht eine weitreichende Kontrolle der in den USA lebenden Personen. ICE verschaffte sich zudem Zugriff auf die Bilder von zehntausend Kameras im öffentlichen Raum, die von anderen Behörden betrieben werden. Sie stammen von dem Unternehmen Flock Safety.

Mit solchen Mitteln soll ICE die zuletzt deutlich verschärften Einwanderungsgesetze der Trump-Regierung durchsetzen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Minderjährige oder ältere Menschen handelt. Migrant:innen sollen zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer gezwungen werden – je härter, desto besser, scheint dabei die Devise zu sein.

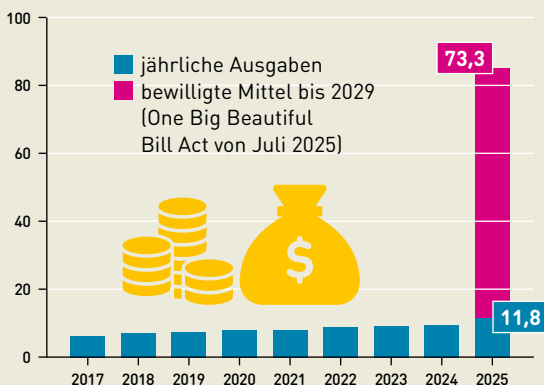
Berichte über Razzien, Inhaftierungen und Abschiebungen sorgen immer wieder für Kritik von Bürgerrechtsorganisationen. Eine Abteilung namens „Durchsetzung und Abschiebungsmaßnahmen“ (Enforcement and Removal Operations, ERO) ist dabei für die Festnahme und Abschiebung von Personen zuständig, die als Terroristen oder als „Bedrohung für die öffentliche Sicherheit“ gelten. Die Kriterien für eine entsprechende Einstufung sind weit gefasst. Wer von ERO aufgegriffen wird, kann auch ohne Straftat in Abschiebehaft genommen werden.

In den vergangenen Jahren hat die US-Regierung immer neue Haftzentren eingerichtet. Dort werden Menschen teils über längere Zeit festgehalten, bis Einwanderungsrichter:innen entscheiden. Einer der größten privaten Gefängnisbetreiber ist das Unternehmen Core-Civic. Seit 2015 hat es seine Kapazitäten stark ausgebaut. Für ICE betreibt das Unternehmen heute spezialisierte „Civil Detention Centers“, in denen Personen inhaftiert werden, die auf ihre Einwanderungsverfahren oder ihre Abschiebung warten.

Vorwürfe von Misshandlungen in seinen Einrichtungen weist CoreCivic zurück. Doch immer wieder gibt es Berichte über Menschenrechtsverletzungen, willkürliche Inhaftierungen und – besonders gravierend – Todesfälle durch Vernachlässigung. Rechtsanwält:innen kritisieren

KEIN MANGEL AN GELD

Haushalt der US-Einwanderungs- und Zollbehörde ICE, Milliarden US-Dollar

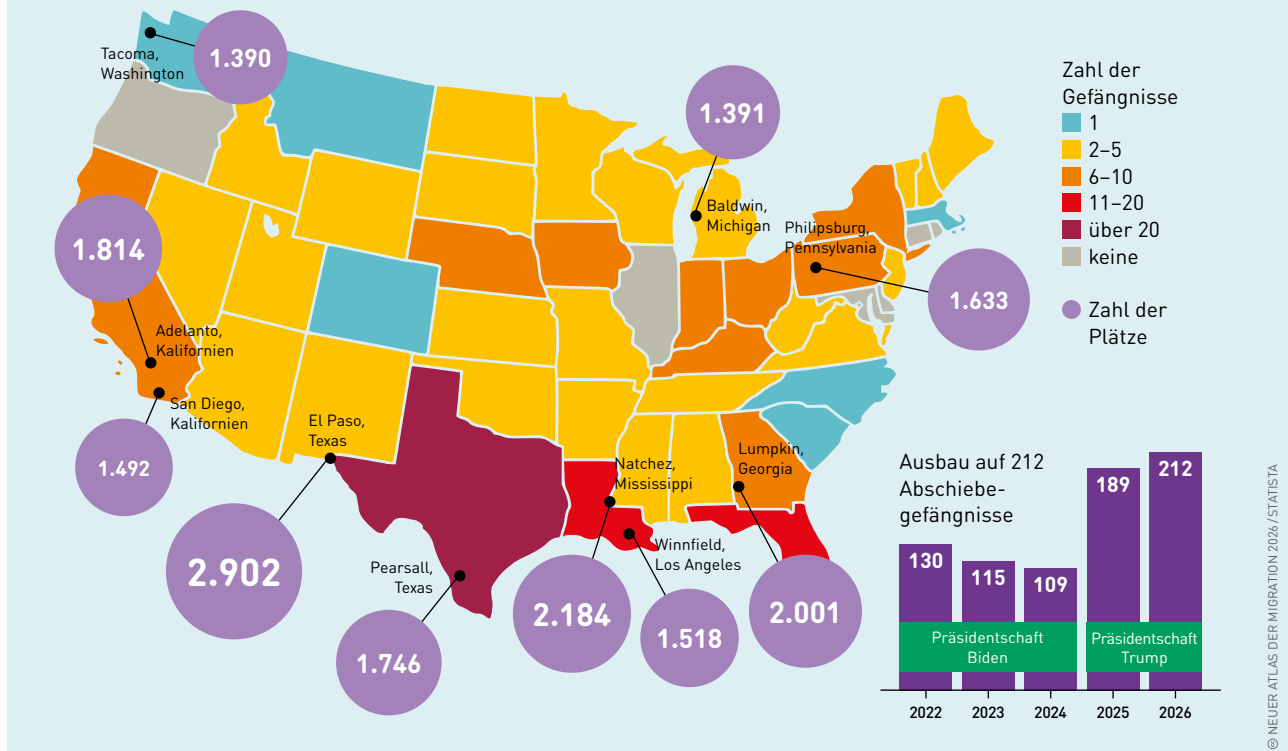


© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / STATISTA

Gesetzlich abgesichert stehen ICE nun durchschnittlich doppelt so viele Haushaltsmittel zur Verfügung wie bisher – vor allen für mehr Personal und Einsätze

DIE INFRASTRUKTUR DER DEPORTATION

Verteilung der Abschiebegefängnisse in den USA nach Bundesstaaten und Top 10 nach Kapazität (Personen), Dezember 2025



wiederholt, dass Betroffene über längere Zeiträume ohne angemessene psychologische oder grundlegende medizinische Versorgung festgehalten werden.

Die Razzien der ICE haben unter Migrant:innen, aber auch bei vielen anderen Einwohner:innen der betroffenen Städte große Ängste ausgelöst. In Teilen der USA haben Menschen heute das Gefühl, sich wegen der umfassenden Überwachung nicht mehr frei bewegen zu können. Tödliche Zwischenfälle im Januar 2026 in Minneapolis, bei denen ICE-Beamte zwei Landsleute erschossen, lösten landesweite Proteste aus und verstärkten die Kritik an Einsatzregeln und Gewaltanwendung. Gerichte stellten die Rechtmäßigkeit bestimmter Einsätze infrage. Im Kongress blockierten Demokraten Haushaltsmittel für das zuständige Heimatschutzministerium, um strengere Vorgaben für ICE durchzusetzen.

Derweil verschärfen die USA die Kontrollen an ihren Grenzen. Das betrifft sowohl die Einreise per Flugzeug, nach der unter anderem die Accounts in den sozialen Medien überprüft werden können. Es betrifft aber auch den Übertritt an den Landesgrenzen, an denen die Regierung verstärkt in Sicherung investiert und Partnerländer zu strengeren Maßnahmen anhält. Nicht nur der Tourismus in den USA ist dadurch zuletzt zurückgegan-

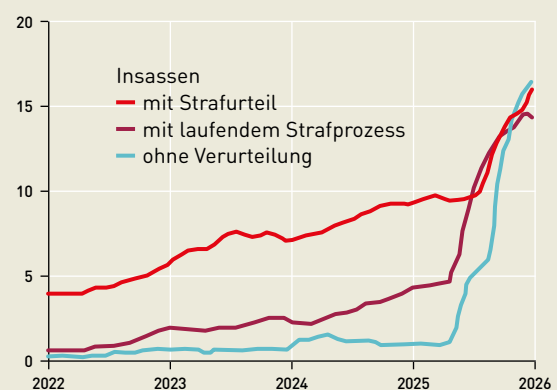
In kürzester Zeit wurde in den USA die Zahl der Abschiebegefängnisse verdoppelt. Im Dezember 2025 waren dort mehr als 70.000 Menschen inhaftiert

gen. Aus Angst vor ICE-Präsenz meiden viele Menschen sogar ihren Arbeitsplatz, aber auch etwa Baumärkte oder Bushaltestellen. Nach der Festnahme Minderjähriger auf dem Heimweg von der Schule fehlte in einigen Bezirken zeitweise bis zu ein Drittel der Schülerschaft im Unterricht. —

Abgeschoben werden auch Straftäter:innen, die vor langer Zeit oder wegen Bagatelldelikten verurteilt wurden und ihre Strafen längst verbüßt haben

DIE HÄSCHER NEHMEN ALLE MIT

Tagesbelegung in den Abschiebeeinrichtungen der US-Behörde ICE*, in 1.000



* Immigration and Customs Enforcement

SOLIDARITÄT VOR ORT

Kommunen denken Migrationspolitik neu – gegen die restriktiven Bestimmungen der höheren Ebenen. Oft regen zivilgesellschaftliche Bündnisse dieses Vorgehen an.

Spätestens im Jahr 2016 wurde sichtbar, was nationale Politik oft zu überdecken versucht: Migration findet im Alltag der Städte statt. Sie müssten dringend handeln, befand Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau damals: „Wo sind unsere europäischen Werte der Solidarität?“ Die Reaktion der EU auf den „langen Sommer der Migration“ im Vorjahr war unzureichend.

Damals kamen in kurzer Zeit Millionen Schutzsuchende in europäische Städte. Diese wurden zu den Orten neuer Grenzziehung. In den Kommunen entschied sich, wer Zugang zu Unterkunft, Sozialleistungen, Bildung oder Arbeit erhält – und wessen Aufenthalt illegalisiert wird. Städte und lokale Zivilgesellschaften begannen, jenseits der Regierung eigene inklusive Antworten für dieses Problem zu finden. Daraus entstand die Bewegung der Solidarity Cities.

Die Idee war nicht neu. Ihre Wurzeln liegen in den US-amerikanischen Sanctuary Cities, die seit den 1980er-Jahren Schutzräume für undokumentierte Migrant:innen schufen. Städte wie San Francisco oder New York schränkten die Kooperation mit Migrationsbehörden ein. Die lokalen Polizeien fragten meist nicht nach

dem Aufenthaltsstatus. Dieser bewusst gesetzte Gegenpol zur repressiven nationalen Migrationskontrolle wurde später in Europa aufgegriffen und weiterentwickelt.

Heute gehören der Bewegung der Solidarity Cities über 700 Städte in Europa an. Sie verbindet kein einheitliches Programm, sondern ein gemeinsames Anliegen: Menschen sollen unabhängig von Pass und Aufenthaltsstatus Zugang zu grundlegenden Rechten und städtischen Dienstleistungen haben. Solidarität wird hier nicht als moralischer Appell verstanden, sondern als praktische Politik, organisiert über kommunale Verwaltungen, soziale Infrastruktur und zivilgesellschaftliche Netzwerke.

Solidarity Cities stehen dabei in einem strukturellen Konflikt. Nationale Regierungen beanspruchen die Zuständigkeit für Migration und setzen zunehmend auf Abschottung, während die Städte die sozialen Folgen dieser restriktiven Politik tragen und bewältigen müssen. Diese Spannung ist kein Nebeneffekt, sondern der Kern der Bewegung. Der Blick in die USA zeigt, wie politisch brisant diese Rolle ist. Sanctuary Cities verweigern die Zusammenarbeit mit der Migrationspolizei ICE. Unter der Trump-Administration eskalierte die Lage, finanzielle Sanktionen und politischer Druck sollten die Städte zwingen, ihre Politik aufzugeben.

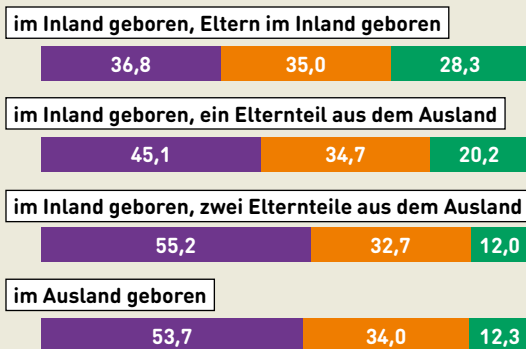
In Europa verfügen die Städte über eine geringere rechtliche Autonomie als in den USA. Dennoch haben sie eigene Handlungsspielräume entwickelt. Nationale und transnationale Städte-Netzwerke wie die „Sicheren Häfen“ – die International Alliance of Safe Harbors – oder Cities4Refugees setzen auf gegenseitige Unterstützung, Erfahrungsaustausch und politische Sichtbarkeit. Solidarität wird hier nicht gegen den Staat, sondern neben ihm organisiert.

Ein zentrales Konzept dieser Politik ist die kommunale Bürger:innenschaft, verstanden als „Urban Citizenship“. Zugehörigkeit entsteht, so die Idee, durch Residenz, also Wohnen, Arbeiten und Teilhabe an einem Ort, und nicht allein durch Staatsangehörigkeit. Selbst wenn formale Rechte fehlen: Kommunale Aufnahmeprogramme für Geflüchtete, städtische Ausweise wie in Barcelona, Madrid, Bologna oder Gent, schaffen Teilhabe; ebenso zivilgesellschaftliche Beratungsstellen oder der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung auch ohne Aufenthaltsrecht oder Krankenversicherung. In Spanien unterstützten viele Kommunen auch eine Gesetz-

DIE STADT IST DAS ZIEL

Migrationsstatus und Wohnortgrößen in der EU, 15- bis 74-Jährige, 2024, in Prozent

Wohnort ■ in großen Städten ■ in kleinen Städten, an Stadträndern ■ auf dem Land

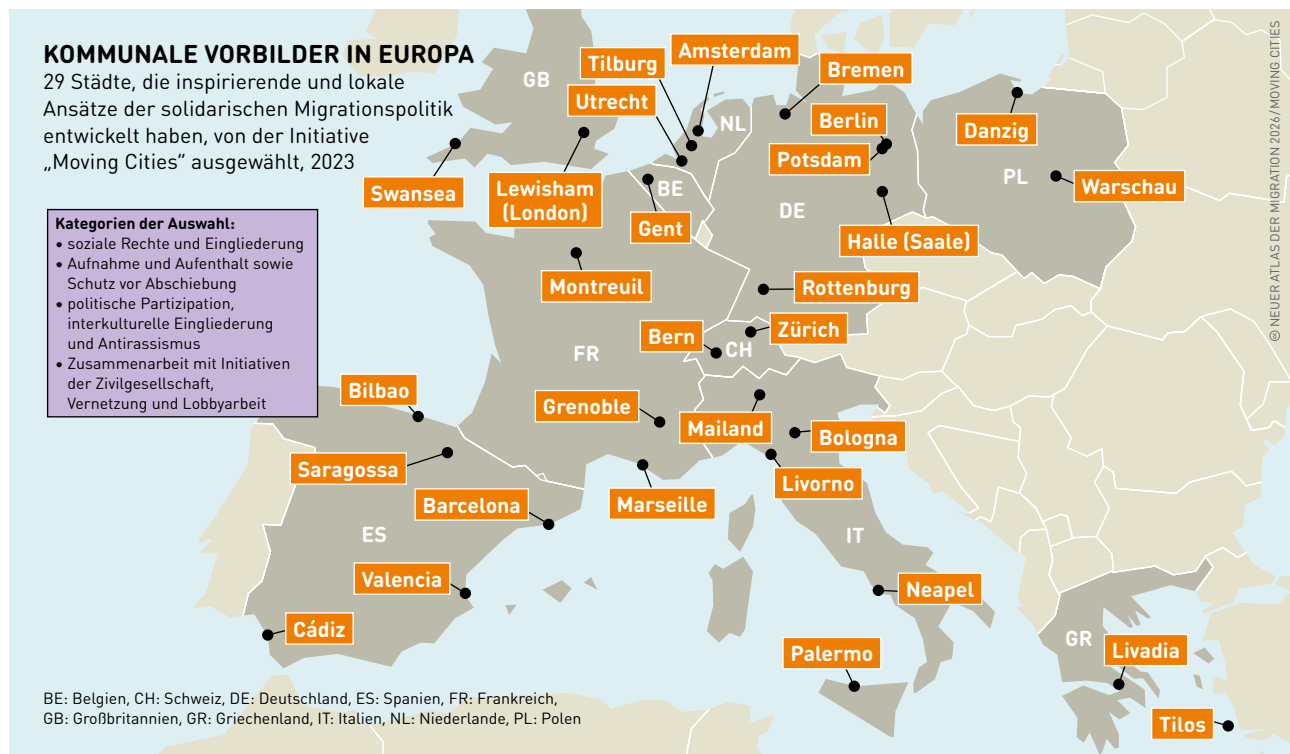


Differenzen durch Rundung

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2024/ EUROSTAT

Migration und Urbanität gehören zusammen.

Wirtschaftlich, sozial und politisch bieten Städte mehr Möglichkeiten, Fuß zu fassen und akzeptiert zu werden



zesinitative, die einen regulären Aufenthalt erleichtern soll. Die Regierung kündigte daraufhin an, dass noch 2026 rund 500.000 Menschen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen beantragen können.

Ein kommunaler Ausweis sollte auch den geschätzt 50.000 illegal in Berlin lebenden Menschen als Identitätsnachweis gegenüber öffentlichen Stellen, Schulen und Krankenhäusern dienen. Ein Gutachten machte jedoch deutlich, wie begrenzt die Spielräume sind. Die bundeseinheitliche Meldepflicht und das Aufenthaltsrecht machen selbst niedrigschwellige Maßnahmen rechtlich angreifbar.

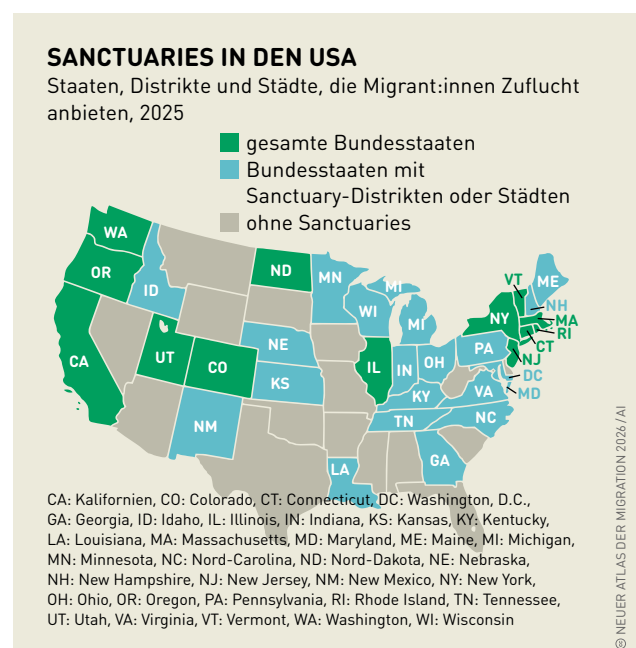
Der politische Rechtsruck in vielen europäischen Ländern verschärft die Konflikte. Kommunale solidarische Politik wird immer stärker als angeblicher „Pull-Faktor“ für Migrant:innen sowie als Rechtsbruch oder elitärer Großstadtluxus diffamiert. Politische Mehrheiten können kippen, rechte und rechtsextreme Regierungen oder Koalitionspartner verfolgen Projekte der solidarischen Stadtpolitik nicht weiter oder bekämpfen sie sogar. Solidarity Cities sind keine stabilen Inseln der Inklusion, sondern hart umkämpfte politische Räume.

Solidarity Cities bieten Papierlosen keinen vollständigen Schutz vor Abschiebung, aber sie ermöglichen Zugang zu elementaren Leistungen. Kommunale Solidarität schafft keine Gleichheit, mindert jedoch die Verwundbarkeit der Betroffenen. In Europa übernehmen häufig nicht die Kommunen selbst die Schutzfunktion, sondern

Trotz enormen Drucks aus Washington verweigern rund 200 Städte und andere US-Gebietskörperschaften, mit Bundes-Einwanderungsbehörden zusammenzuarbeiten

Einige Hundert selbsterklärte „Solidarity Cities“ gibt es in Europa. Entsprechend vielfältig sind ihre Ansätze, um vor Ort Migrant:innen zu unterstützen

zivilgesellschaftliche Akteure, etwa Selbstorganisationen oder NGOs. Sie helfen, Zugänge zu anonymisieren, Informationen abzuschirmen und vermitteln zwischen Papierlosen und staatlichen Kontrollinstanzen. In Zeiten der autoritären Wende entscheidet sich so in den Städten, ob Migration weiter als Sicherheitsproblem behandelt wird oder als soziale Realität, die gestaltbar ist. —



EINE NEUE GLEICHGÜLTIGKEIT

Würde Russland weitere Gebiete der Ukraine besetzen, würden noch mehr Menschen von dort fliehen – während die europäische Solidarität bröckelt.

Keine Heizung, kein Strom, kein warmes Wasser – und das bei zweistelligen Minusgraden: So erging es im Kriegswinter 2025/26 erneut Millionen Ukrainer:innen. Immer schlechter hielt die Energieinfrastruktur im Land den systematischen Angriffen der russischen Armee stand. Russland setzte die Kälte als Waffe ein, um den Widerstandswillen der Bevölkerung im angehenden fünften Jahr der Vollinvasion zu brechen. Offiziellen Angaben zufolge verließen im Januar 2026 rund 600.000 Menschen die Hauptstadt Kyjiw. Wer keine Möglichkeit hatte, bei Verwandten unterzukommen, floh, wenn es ging, ins Ausland.

Dort aber sinkt die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten. Mancherorts ist die einst breite Akzeptanz in der Bevölkerung einer nationalistischen, antiukrainischen Stimmung gewichen. In Staaten wie Polen, Deutschland, Frankreich, Tschechien oder der Slowakei stehen Teile der Öffentlichkeit dem Schicksal der Ukraine gleichgültig gegenüber oder lehnen weitere Hilfen immer deutlicher ab.

Die Folge sind unter anderem Diskussionen um Sozialleistungen und Aufenthaltsperspektiven. In Deutschland strich die schwarz-rote Koalition Geflüchteten, die

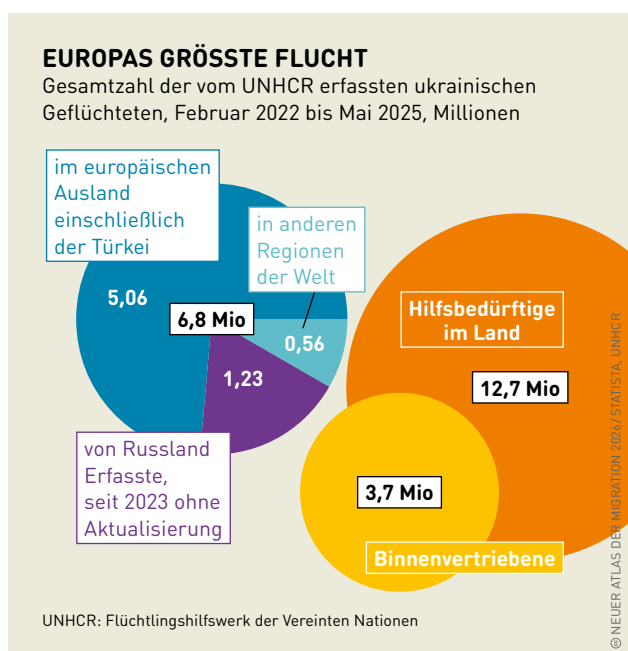
nach dem 1. April 2025 einreisten, den Anspruch auf Bürgergeld. Die Schweiz behandelt Ukrainer:innen seit November 2025 je nach Herkunftsregion unterschiedlich: Menschen aus sieben Regionen im Westen des Landes erhalten keinen Schutz mehr, weil die Regierung die Rückkehr dorthin für vertretbar hält.

Dabei war Europas Umgang mit ukrainischen Geflüchteten eine Erfolgsgeschichte. Schon eine Woche nach der Vollinvasion beschlossen die Mitgliedstaaten der EU ihre schnelle und unbürokratische Aufnahme. Das entsprechende Gesetz, die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie, hatte die EU vor dem Hintergrund der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien zu Beginn der Nullerjahre verabschiedet; nun konnte es zum ersten Mal eingesetzt werden. Im Gegensatz zu den repressiven Maßnahmen, die Geflüchtete aus anderen Ländern von Europa fernhalten sollen, hat der Umgang mit den Ukrainer:innen gezeigt, dass die EU-Staaten durchaus in der Lage sind, einer großen Anzahl an Menschen Schutz zu bieten.

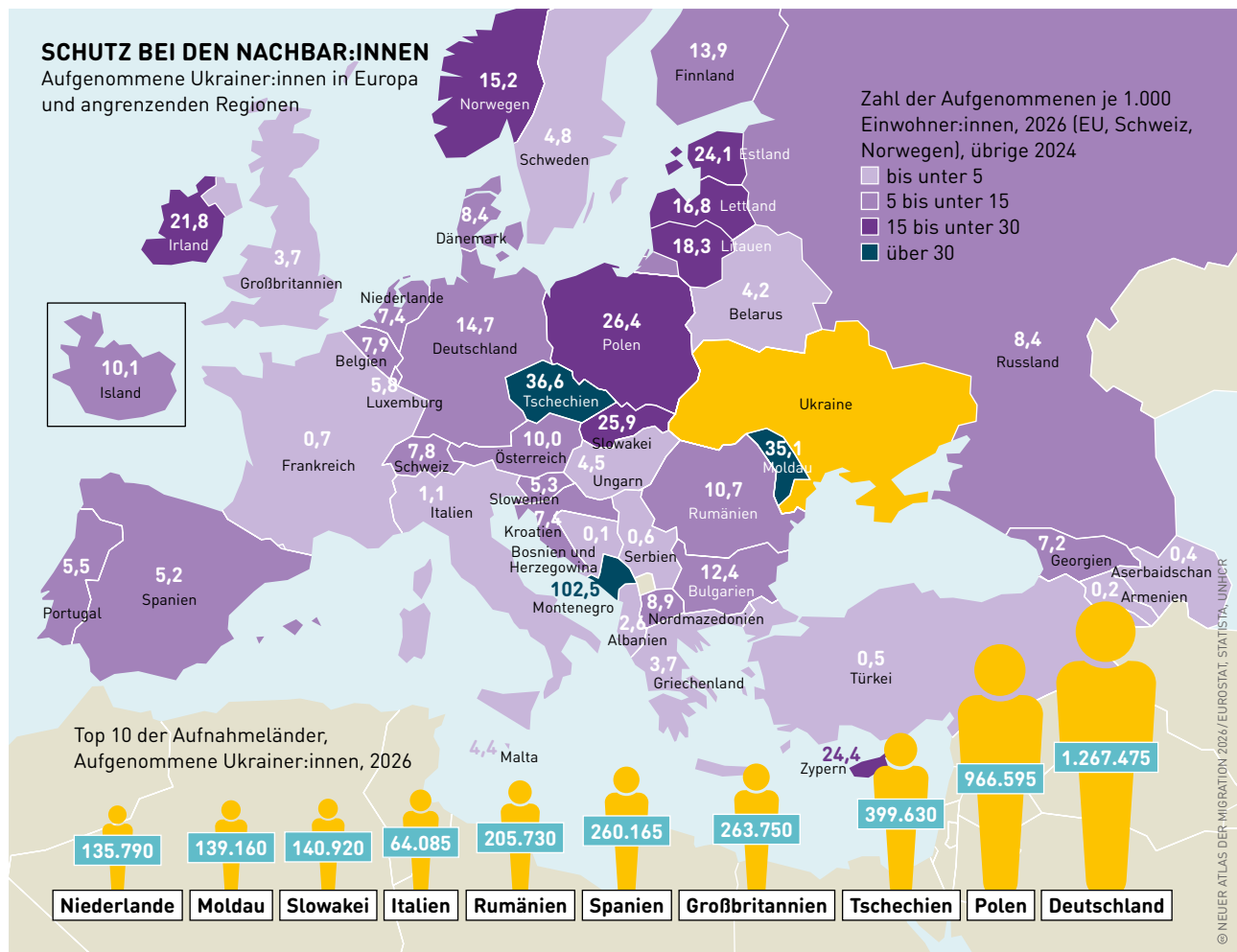
Anfang 2026 lebten mehr als fünf Millionen Ukrainer:innen in anderen europäischen Ländern. Auch das Nicht-EU-Land Moldau, das eine ähnliche Richtlinie zum vorübergehenden Schutz aktivieren konnte, hat gemessen an der Bevölkerung eine große Zahl aufgenommen. Mehr als eine Million Ukrainer:innen halten sich in Russland und Belarus auf; seit Juni 2023 wurden allerdings keine neuen Daten veröffentlicht. In vielen Fällen dürfte der Aufenthalt in diesen Ländern erzwungen worden sein.

Zu Beginn des russischen Angriffskriegs waren überwiegend Frauen und Kinder geflohen. Noch Mitte Juli 2025 waren rund 45 Prozent der Geflüchteten Frauen, 32 Prozent Kinder, nur knapp ein Viertel Männer. Inzwischen zeigt sich ein anderes Bild. Neben dem Kriegsverlauf haben auch mehrere Mobilisierungswellen für das ukrainische Militär zu dieser Entwicklung beigetragen. Seitdem die ukrainische Regierung das Ausreiseverbot für junge Männer bis zum Alter von 22 Jahren aufgehoben hat, machen sich immer mehr von ihnen auf den Weg ins Ausland, auch um dem Militärdienst zu entgehen. Schätzungen zufolge sollen sich rund 650.000 Männer im wehrfähigen Alter in der EU aufhalten.

Einfach ist die Situation dieser Deserteure indes nicht. Wer sich der Militärdienstpflicht entzieht, macht sich strafbar. Die ukrainische Regierung hat – bisher weitge-



Die gezielte Zerstörung der zivilen Infrastruktur trägt dazu bei, die Zahl der Fliehenden und Hilfsbedürftigen immer weiter zu erhöhen



hend erfolglos – ihre Auslieferung gefordert. Hunderttausende Strafverfahren sollen laut ukrainischen Medienberichten seit 2022 eingeleitet worden sein. Das Strafmaß beträgt zwischen fünf und zwölf Jahren Gefängnis. Deserktion wird vielerorts nicht als Asylgrund anerkannt. Da Menschen aus der Ukraine keinen regulären Asylprozess durchlaufen müssen, ist dies für sie irrelevant. Russische Männer hingegen, die dem Kriegsdienst entgehen wollen, können in eine bedrohliche Lage geraten.

Im Gegensatz zu Geflüchteten aus anderen Ländern genießen Menschen aus der Ukraine ab der Einreise vorübergehenden Schutz; im Moment läuft dieser Status bis März 2027. Sie dürfen sich in der EU aufhalten, bekommen schnelleren Zugang zu Arbeitsmarkt und Wohnraum, soziale Unterstützung, medizinische Hilfe und Schulbildung für die Kinder. So haben in Polen fast 70 Prozent der Ukrainer:innen eine Arbeit gefunden, in Großbritannien, den Niederlanden oder Litauen sind es mehr als 50 Prozent, in Deutschland immerhin rund 37 Prozent.

Die Beschäftigungsquoten sind fast überall dort höher, wo es eine gute Infrastruktur für die Kinderbetreuung gibt. Unter den Geflüchteten aus der Ukraine sind besonders viele Mütter mit minderjährigen Kindern, deren Partner in der Armee dienen. Die Quoten sind allerdings auch dort höher, wo Geflüchtete zwar schnell einen Job erhal-

Moldau, Tschechien und Montenegro haben ihre Grenzen für die verhältnismäßig meisten Geflüchteten geöffnet

ten, dieser aber im Niedriglohnsektor stattfindet, sie also oft prekär und unterhalb ihrer Qualifikationen beschäftigt sind. Ein Hindernis für eine gute Integration in den Arbeitsmarkt ist die zeitliche Befristung der Aufnahme – Arbeitgeber:innen stellen naturgemäß lieber Personal mit langfristiger Bleibeperspektive ein.

Wie sich die Situation ukrainischer Geflüchteter in Europa künftig entwickelt, ist derzeit schwer vorherzusehen. Sollte Russland auch die Übernahme jener Gebiete durchsetzen, die es formal annektiert, aber nicht militärisch erobert hat, würden wohl Hunderttausende weitere Menschen zur Flucht gezwungen sein. Indes dürfte sich die große Welle der Solidarität von 2022 eher nicht wiederholen. Viele europäische Staaten diskutieren die Aufrüstung der Armeen und wollen diese durch Sparmaßnahmen in anderen Bereichen finanzieren. Zudem fürchten die bereits geflohenen Ukrainer:innen um ihre Perspektiven, wenn neue Geflüchtete in großer Zahl in den Westen fliehen müssen und die erforderliche jährliche Verlängerung der Massenzustrom-Richtlinie – zuletzt bis März 2027 ausgesprochen – ausbleiben sollte. —

DIE STILLE EINWANDERUNG AUS DEM SÜDEN IST VORBEI

Mit Milliardensummen baut die EU Ägypten zu einem Bollwerk gegen einen Fluchttransit aus dem Sudan nach Europa auf. Im krisengeschüttelten Land kommen die Mittel aus Brüssel dem Regime von Präsident al-Sisi gerade recht.

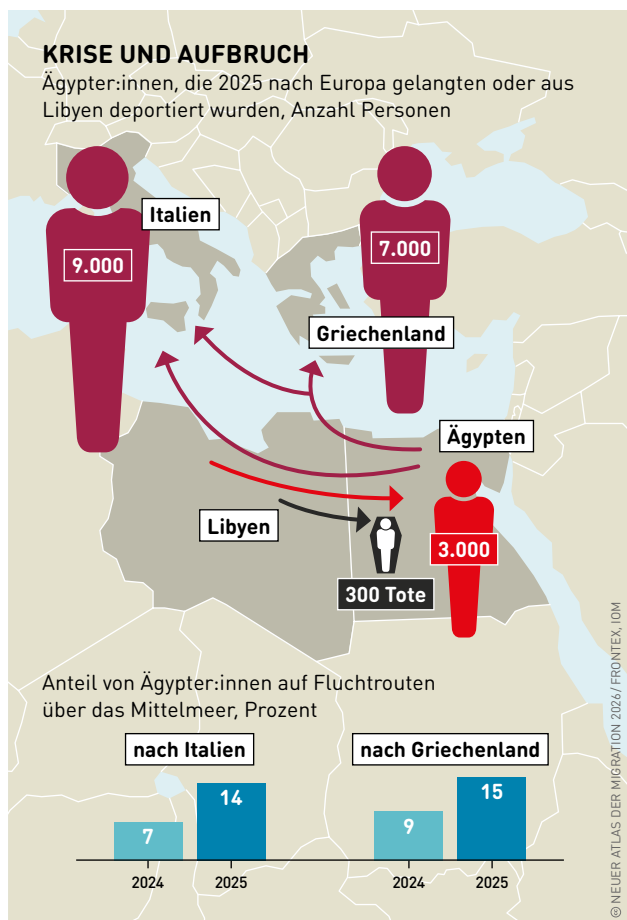
Jahrzehntelang waren die ägyptischen Städte Kairo und Gizeh relativ sichere Zufluchtsorte für Menschen, die aus dem Sudan oder vom Horn von Afrika geflohen waren. Die großen, vernachlässigten Arbeiterviertel wie Faisal und Ard El-Lewa in Gizeh oder Maadi in Kairo erlaubten es ihnen, rasch informelle Arbeit und Unterkunft zu finden – oder gar unterzutauchen. Die Polizei blieb den engen Gassen Maadis oder dem unübersichtlichen Getümmel Ard El-Lewas meist fern. Nur gelegentlich gab es Razzien gegen Geflüchtete.

Das hat sich geändert. Heute müssen Millionen Menschen, die in den vergangenen Jahrzehnten aus den Ländern der Region irregulär nach Ägypten eingewandert sind, jeden Tag mit der Polizei rechnen. Der Hauptgrund dafür ist der Krieg im Sudan. Seit 2023 kämpft die von Ägypten unterstützte sudanesisch Armee (SAF) gegen eine paramilitärische Miliz, die sich heute Rapid Support Forces (RSF) nennt, um die Vorherrschaft im Land. Nach UN-Angaben hat dieser Krieg mindestens zwölf Millionen Menschen vertrieben, die meisten innerhalb des Sudans. Aber mindestens 1,5 Millionen suchten Schutz in Ägypten.

Der Staat reagierte auf ihre Ankunft in den südlichen Provinzen rund um Aswan und im Großraum Kairo mit Repression, rassistischer Propaganda und mehr Präsenz von Polizei und Militär an den Grenzen. Wer heute von Polizeikräften auf der Straße, an Bahnhöfen oder an Arbeitsplätzen wie Baustellen oder Restaurants ohne Papiere aufgegriffen wird, dem drohen Inhaftierung und Abschiebung. Inzwischen werden Menschen in Sonderzügen von Kairo aus nach Aswan zurückgeschickt und von dort per Bus an die Grenze zum Sudan gefahren.

Ägyptische Behörden schieben nicht nur rigoros in den Sudan ab, sondern auch in andere autoritäre Staaten, etwa in die Militärdiktatur Eritrea. Weil Ägyptens Regierung so gut wie keine Daten über inhaftierte Geflüchtete oder Abschiebungen veröffentlicht, geschieht dies überwiegend im Verborgenen. Nur wenige NGOs im Land können Geflüchtete noch rechtlich beraten, praktisch unterstützen oder in der Öffentlichkeit auf Einzelfälle aufmerksam machen.

Formell ist Ägypten eine Präsidialrepublik, tatsächlich aber eine Mischung aus autoritärer Militärdiktatur und Polizeiregime. Die Armee fungiert wie ein Staat im Staate, unterhält einen dem Parlament nicht rechenschaftspflichtigen Parallelhaushalt und betreibt ein Wirtschaftsimperium, das Fabriken, Baufirmen, Tankstellen und Supermarktketten und vieles mehr umfasst. Nach der Revolution von 2011 und dem Sturz von Langzeitdiktator Hosni Mubarak erlebte Ägypten einen demokratischen Übergangsprozess, doch der Militärputsch von 2013 beendete ihn jäh. Präsident Abdel Fattah al-Sisi und das

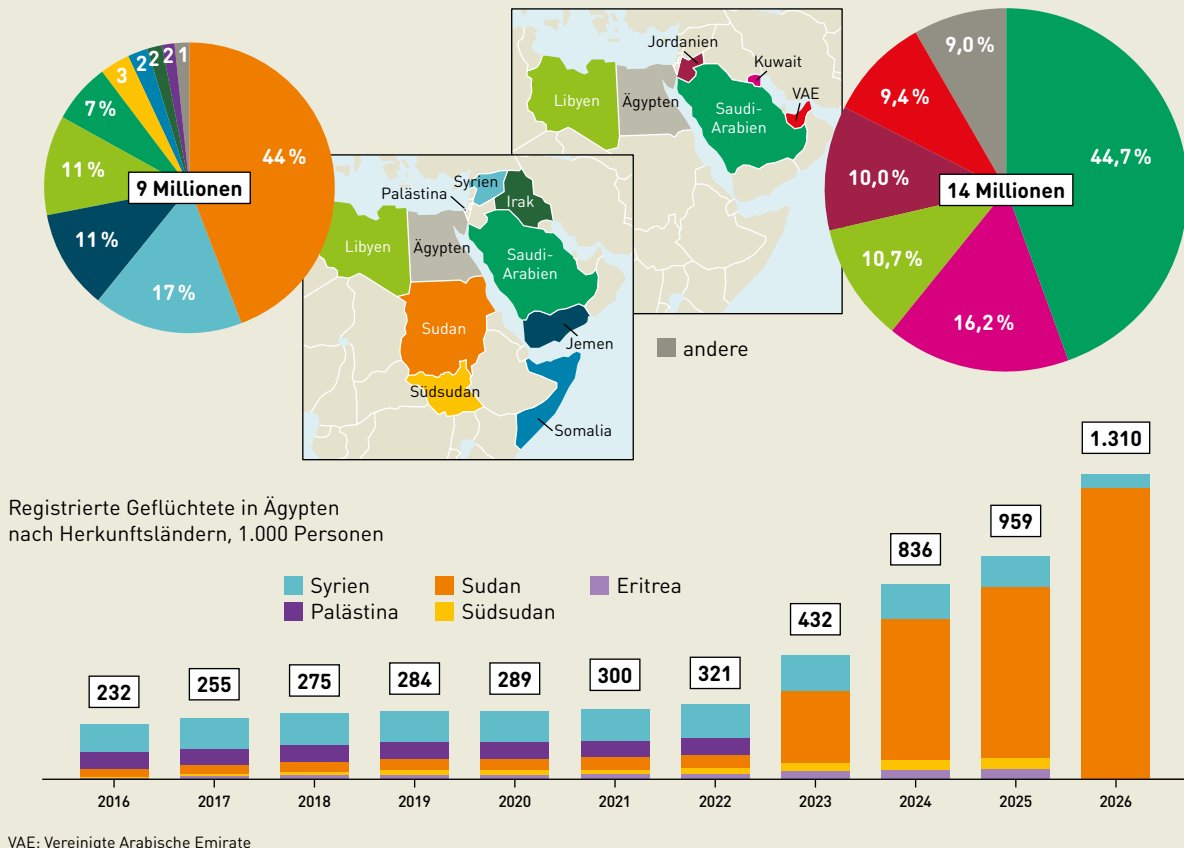


Durch die desolante ökonomische Situation ist Ägypten in kürzester Zeit zum größten afrikanischen Ausgangsland für Migrationsversuche nach Europa geworden

ENDSTATION, NICHT DREHSCHIBE ÄGYPTEN

Herkunftsländer von Migrant:innen in Ägypten, 2022, Gesamtzahl und Aufteilung in Prozent

Zielländer migrierender Ägypter:innen, Gesamtzahl und Aufteilung in Prozent, 2023



Militär regieren das Land seither mit eiserner Faust. Die Opposition wird systematisch gegängelt, Regierungskritik kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt, zivilgesellschaftliche Akteure haben wenig Spielraum.

Unterstützung erhält das Regime seit langem aus dem Norden. Italien beliefert die ägyptische Polizei schon seit 2007 mit Fahrzeugen und Waffen. Deutschland versorgt die Grenzpolizei des Landes auf der Grundlage eines 2016 abgeschlossenen bilateralen Polizeiabkommens mit Ausrüstung. Deutsche Behörden bieten Trainings an der Kairoer Polizeiakademie an, einer zentralen Institution für die Polizeikooperation zwischen Europa und Ägypten. 2017 hat Italien an der Akademie ein mit EU-Mitteln finanziertes Trainingszentrum für Migrationsbelange aufgebaut, in dem auch Polizist:innen anderer afrikanischer Staaten ausgebildet werden.

Die EU-Kommission hat ägyptische Behörden im Jahr 2022 mit Ausrüstung beliefert, als Teil der Finanzierung eines neuen Grenzkontrollprojektes, das die Küstenwache mit Patrouillenbooten, Wärmebildkameras und Satellitenortungssystemen versorgt. Das Regime soll die Migration über das Mittelmeer verhindern, auch auf der neuen Fluchtroute zwischen dem ostlibyschen Tobruk und der Insel Kreta in Griechenland.

Auch wenn der Staat Geflüchtete mit Repression überzieht: In Ägypten weiß man, was Migration bedeutet. Über zehn Prozent der Bevölkerung leben im Ausland

Durch den Krieg im Sudan hat die Kooperation der EU mit Ägypten noch eine ganz andere Dimension erreicht. Das Regime kämpft regelmäßig mit heftigen wirtschaftlichen, sozialen oder finanziellen Krisen. Das Land ist dann auf Zuschüsse, Investitionen und Kredite aus dem Ausland angewiesen, um Armuts- und Hungerrevolten zu verhindern. Während einer solchen Notlage im Jahr 2024 einigten sich Brüssel und Kairo auf einen Deal zur Flüchtlingsabwehr in Höhe von 7,4 Milliarden Euro. Sie fließen vor allem in Kredite und Investitionen, vereinbart sind aber auch Lieferungen von Ausrüstung in Höhe von 200 Millionen Euro. Einer der Anlässe für die Rekordhöhe dieser Mittel – neben den offiziell genannten Gründen Migration, Wirtschaftsstabilität und regionale Sicherheit – waren befürchtete Fluchtwellen aus Gaza. Dort wurden durch die von einigen Menschenrechtsorganisationen als Genozid eingestufte Kriegsführung Israels rund 1,9 Millionen Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Al-Sisis Regime ist so innerhalb weniger Jahre zu einem Bollwerk der EU gegen die irreguläre Migration nach Norden geworden. —

KURSWECHSEL DER PUTSCHISTEN

Nach Staatsstreichen in den Ländern des Sahel gehen die drei neuen Militärregierungen auf Distanz zum Westen – und ändern auch die Bedingungen für Migration.

Burkina Faso, Mali und Niger sind seit jeher von vielfältigen Formen menschlicher Mobilität geprägt – vom Transsaharahandel über religiöse Netzwerke und nomadische Viehwirtschaft bis hin zur Arbeits-, Fern- und Transitmigration in der Gegenwart. Zwischen 2020 und 2023 haben in den drei Sahelländern Militärs die Macht übernommen – das hat das Migrationsgeschehen grundlegend verändert.

Gerechtfertigt haben die neuen Machthaber ihre Putsche mit der ständigen Verschlechterung der Sicherheitslage durch Angriffe dschihadistischer Terrorgruppen. Zudem haben sie auf die seit Jahrzehnten grassierende Massenarmut und die Korruption in der Regierung verwiesen – auf Unterschlagung, Vetternwirtschaft und Straflosigkeit. Außenpolitisch leiteten die Putschisten einen scharfen Kurswechsel ein. Um neue Souveränität zu erlangen, beendeten sie die jahrzehntelange Zusammenarbeit mit der einstigen Kolonialmacht Frankreich. Zugleich erklärten sie Länder wie Russland, China und die Türkei zu neuen Hauptbündnispartnern.

Außerdem traten sie aus der 1975 gegründeten Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) aus und schufen ein eigenes Bündnis, die Allianz der Sahelstaaten (AES). Die Menschen im Sahel unterstützen das Vorgehen der Militärs bis heute mehrheitlich – auch, weil sie deren Erwartungen an Fortschritte bei Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung teilen. In Mali ermittelte die Umfrage Mali-Mètre Anfang 2025 mehr als 90 Prozent Zustimmung für Militärchef Assimi Goïta – ungeachtet empfindlicher Einschränkungen bei den politischen Freiheitsrechten.

Vor allem in Niger wirkte sich der Regimewechsel direkt auf die Migration aus. Für Migrant:innen aus West- und Zentralafrika verläuft der wichtigste Transitkorridor seit Langem durch das Wüstenland. Er führt vor allem nach Libyen und Algerien, oft mit Weiterreise nach Tunesien oder Marokko. Drehkreuz ist die Stadt Agadez, eine berühmte Handelsmetropole am Südrand der Sahara. Ihr Name stammt aus der Sprache der Tuareg und bedeutet sinngemäß „die Stadt, die ihre Gäste willkommen heißt“. Umso überraschender war es, als Niger 2016 auf Druck der EU ein Antimigrationsgesetz beschloss. Es stellte schlagartig die bis dahin legalen Transportleistungen für Migrant:innen als Schlepperei unter Strafe. Hunderte Kleinunter-

nehmer:innen verloren ihre Existenzgrundlagen. Die nigrische Regierung erhielt für diese Kooperation von der EU mindestens 600 Millionen Euro – maßgeblich mitverhandelt von der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Derweil gingen die Reisen von Migrant:innen durch die Wüste unvermindert weiter – allerdings auf riskanteren und gefährlicheren Nebenstrecken.

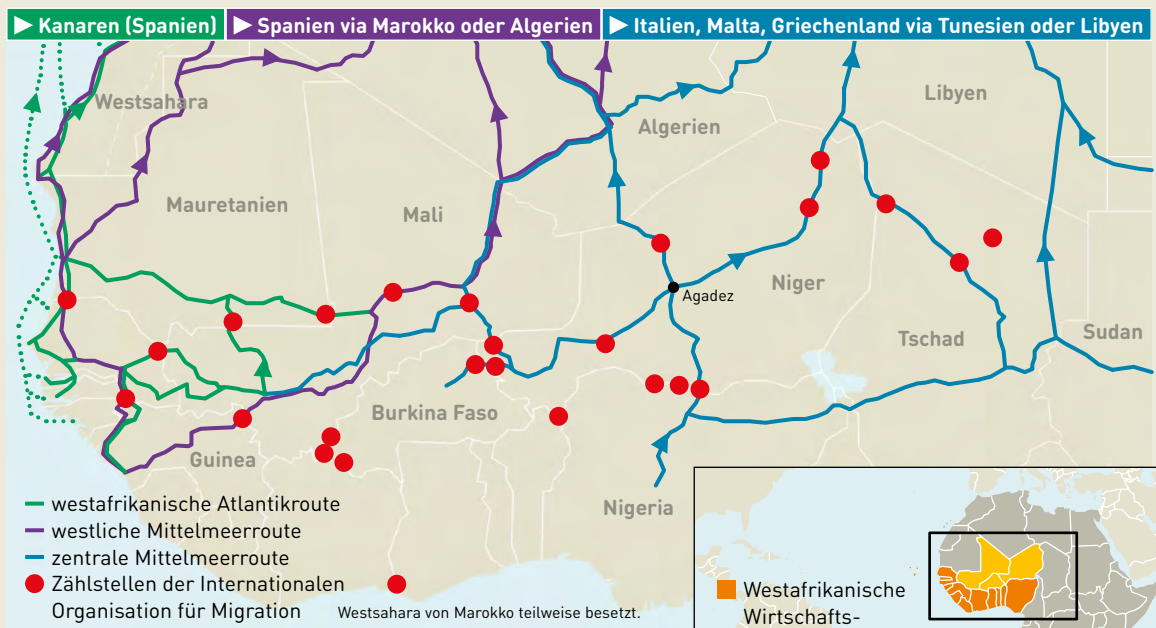
Im November 2023 kam die Kehrtwende. Nur fünf Monate nach ihrer Machtübernahme hoben die nigrischen Militärs das unpopuläre Antimigrationsgesetz auf und öffneten die Passage durch die Wüste erneut. Viele fragten sich, ob auch Russland mitmischte. Seit Niger begonnen hat, sich aus den langjährigen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und mentalen Abhängigkeiten von Europa zu lösen, hat die EU weniger Einfluss. Ihre Möglichkeiten, das Land im Migrationsmanagement unter Druck zu setzen, sind begrenzt. Gleichzeitig darf das seit Beginn der 2000er-Jahre neu erwachte Streben nach echter Unabhängigkeit in nahezu allen afrikanischen Ländern nicht unterschätzt werden. Wenig spricht deshalb dafür, dass die Sahelländer heute Befehlsempfänger Moskaus seien. Sie versuchen vielmehr, in einer sich rasant verändernden Weltordnung einen für sie besseren Platz zu finden – mit multipolar begründeter Offenheit für neue Partnerschaften in alle Richtungen.

Gleichzeitig hat sich die Lage für Migrant:innen an anderen Orten verschärft, mit Folgen auch für Niger. Seit der Aufkündigung des nigrischen Antimigrationsgesetzes bindet die EU die nordafrikanischen Länder noch systematischer als bislang in die Abwehr von Migrant:innen ein. Entsprechend schloss sie unter anderem mit Tunesien und Mauretanien millionenschwere Abkommen, um den Grenzschutz auszubauen. In beiden Ländern sind die Konsequenzen verheerend: Nicht nur Massenfestnahmen, Polizeigewalt und Behördenwillkür haben zugenommen, auch Abschiebungen sind massiv angestiegen. Besonders brutal gehen die Sicherheitskräfte in Tunesien gegen Schwarze Migrant:innen vor, bestärkt durch unverhohlenen rassistische Töne des zunehmend autokratisch regierenden Präsidenten Kais Saied.

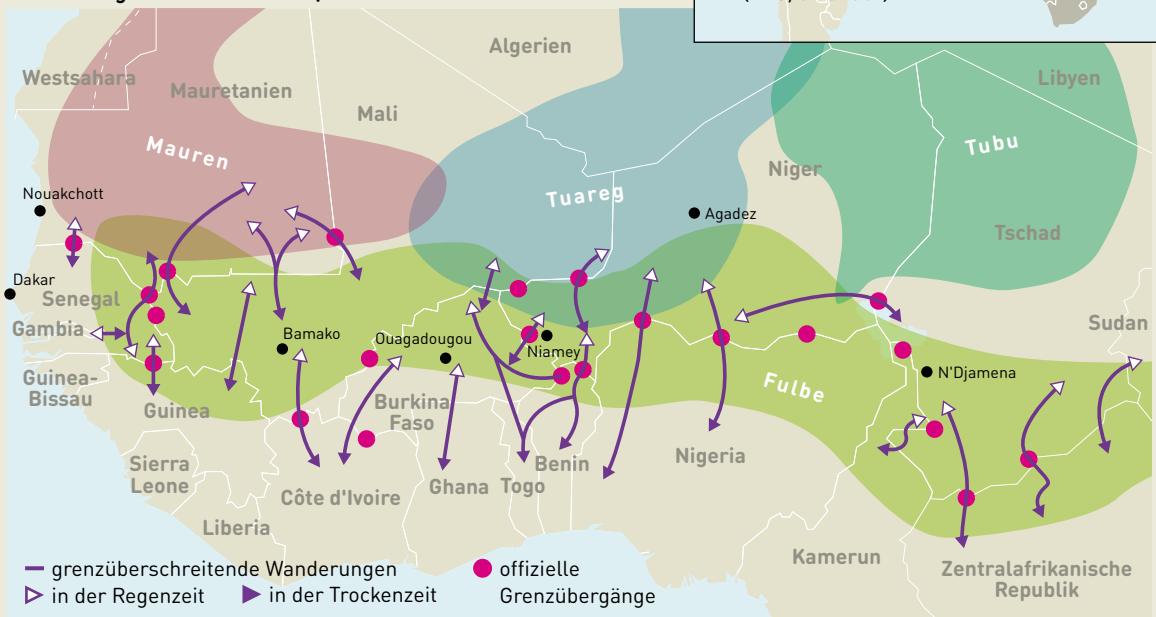
Dramatisch sind die Abschiebungen in die Wüste – eine Praxis, die Algerien bereits seit 2014 mit großer Härte betreibt. So wurden allein in den Jahren 2024 und 2025 geschätzt über 65.000 Menschen an die algerisch-nigrische Grenze mitten in der Sahara gebracht. Doch die Abgeschobenen finden sich früher oder später in Agadez wieder. Von dort brechen sie entweder erneut auf oder nutzen die Unterstützung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zur sogenannten freiwillige Rückkehr in ihre Herkunftsländer. Das geschieht nicht freiwillig. Viele

DIE NEUEN UND DIE ALTEN WEGE

Vernetzter Sahel: Routen und Ziele der Fernmigration, 2026



Zerteilter Sahel: Wanderungen des Hirtenvolkes der Fulbe mit ihren Rindern zur Regen- und Trockenzeit, untersucht 1972 bis 2012



haben die Hoffnung verloren, sind krank oder traumatisiert und wollen weitere Gewalt vermeiden.

Unterdessen wird die alltägliche Migration von den geopolitischen Umbrüchen bisher kaum beeinträchtigt, auch nicht durch den Austritt der Sahelländer aus der ECOWAS. Bis heute finden 75 Prozent der westafrikanischen Migration innerhalb der Region statt, meist als zirkuläre Arbeitsmigration der ländlichen Bevölkerung in nächstgrößere Städte oder in Minen- und Plantagengebiete der jeweiligen Nachbarländer.

Neben der traditionellen Nahmigration der Hirten prägt nun die Auswanderung nach Europa das Geschehen an den Grenzen und auf den Transitrouten

Angesichts erstarkender panafrikanischer Diskurse fragen sich junge Menschen zunehmend, ob sie den Kontinent überhaupt verlassen wollen. Bislang schlägt sich das nicht in Zahlen nieder, aber solche Stimmungen nehmen zu. Sie deuten auf eine Zeitenwende, die im Westen noch viel zu wenig verstanden wird. —

EINE GROSSE SELBSTBEDIENUNG

Grenzsicherheit ist zu einem profitablen Markt für Technologiekonzerne geworden. Unternehmen und ihre Branchenverbände haben die Politik, von der sie profitieren, maßgeblich mitgestaltet.

Technologien, die zur Kontrolle an den Grenzen eingesetzt werden, sind ein lukrativer Markt. Schon heute geben Staaten weltweit schätzungsweise 42 Milliarden US-Dollar pro Jahr für sie aus. Das weltweite Wachstum der Branche wird auf sechs bis sieben Prozent pro Jahr geschätzt. In Europa sollen die Ausgaben sogar noch schneller steigen.

Entsprechend nachdrücklich wird an den Technologien geforscht. Über 200 europäische Universitäten, Hochschulen und Akademien beteiligten sich laut einer Studie des Transnational Institutes an insgesamt 110 EU-Projekten zur Grenzsicherheit und -kontrolle. Sie erhielten dafür zusammen über 100 Millionen Euro an Fördermitteln. Diese flossen meist in Konsortien, zu denen neben den Hochschulen auch häufig Rüstungs- und IT-Unternehmen sowie Grenzbehörden der EU-Mitgliedsstaaten gehörten.

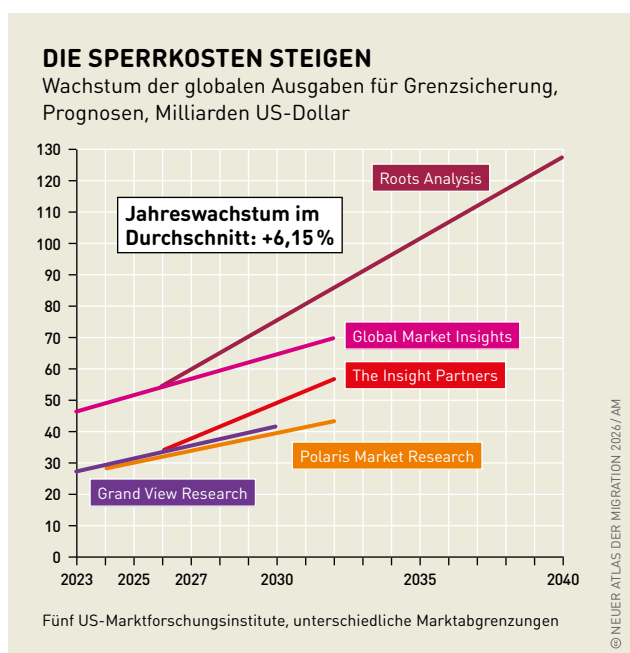
Zur europäischen Grenzsicherheits-Industrie gehören heute große Rüstungsunternehmen wie Airbus (trans-europäisch), Leonardo (Italien) und Thales (Frankreich), aber auch Biometrie- und Tech-Unternehmen wie Sopra Steria und IDEMIA (beide Frankreich) sowie Unterneh-

men wie European Security Fencing (Spanien), ein Hersteller von Stacheldrahtrollen. Ihre Interessen werden von Branchenverbänden wie der „Aerospace, Security and Defence Industries Association of Europe“ (ASD Europe) und der „European Organisation for Security“ (EOS) vertreten. Israelische Militär- und Sicherheitsunternehmen heben sich dadurch hervor, dass sie einen Großteil ihres entsprechenden Sortiments als „getestet“ oder „bewährt“ bewerben – gemeint ist damit, dass es in enger Zusammenarbeit mit dem israelischen Militär und den Sicherheitskräften an der Grenze zu Palästina eingesetzt wurde.

Neben Patrouillenbooten und Flugzeugen gehören heute auch Überwachungstechnik, biometrische Identifikationssysteme sowie autonome Systeme zum Angebot – etwa mit Sensoren und Kameras bestückte Türme, Drohnen und KI-Anwendungen. Bestimmte Regionen werden dabei als Testgebiete benutzt. Viele der EU-finanzierten Projekte etwa werden am Fluss Evros, an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei, erprobt. Menschen auf der Flucht haben kaum Möglichkeiten, den Einsatz solcher Technologien anzufechten, selbst wenn diese gegen Menschenrechtsnormen verstoßen.

Im Zuge der Bemühungen, Nachbarstaaten als Vorposten für die Grenzsicherung zu gewinnen, wird meist Ausrüstung für die Grenzsicherung bereitgestellt – oder Geld, um diese selbst zu kaufen. Für Tech-Unternehmen bietet das enorme Chancen, ihren Markt zu erweitern und Beziehungen zu den oft autoritären Regimes in diesen Ländern aufzubauen. Die europäische Grenzpolitik schafft Nachfrage – und die Unternehmen treiben das Wachstum mit neuen Angeboten selbst weiter an. Sie entwickeln immer neue, ausgefeiltere Technologien, die sie der Politik anbieten. Die EU finanziert diese Entwicklung mit, etwa in dem von 2021 bis 2027 laufenden Programm „Horizont Europa“.

Unternehmen und ihre Branchenverbände haben die Politik, von der sie profitieren, maßgeblich mitgestaltet – mit Hintergrundgesprächen, Waffenmessen, Veröffentlichungen mit politischen Empfehlungen sowie durch ihre Berufung in offizielle Beratungsgremien. Von 2019 bis 2024 trafen EU-Abgeordnete mindestens 356-mal mit Rüstungslobbyisten zusammen. Die Ausweitung des Mandats von Frontex seit 2015 wurde beispielsweise von früheren Vorschlägen der Industrie beeinflusst. Diese



Ein Jahreswachstum von 6,15 Prozent für die Branche bedeutet, dass der Umsatz in weniger als sieben Jahren um 50 Prozent zunimmt

HINDERNISSE IN ALLER WELT

Landgrenzen nach Art ihrer Kennzeichnung und Befestigung

- unwegsame Grenzen (ohne oder mit wenig Infrastruktur, z. B. Gebirge, Wüsten, Dschungel, Flüsse)
- markierte Grenzen (ohne Grenzregime, prinzipiell nur im Schengenraum)
- kontrollierte Grenzen (mit Kontrollstationen, vor allem Checkpoints an Straßen)
- Grenzen mit Sperren (streckenweise mit Gräben und Zäunen)
- befestigte Grenzen (mit Gräben, Wällen oder Zäunen, möglichst durchgehend)
- keine Angaben

Analyse von 2023, Daten erhoben 2018/19, ohne Sperren im Landesinnern

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026/TAUBENBÖCK ET AL.

hatten gefordert, dass Frontex die Möglichkeit bekommen müsse, eigene Ausrüstung zu kaufen, anstatt sie nur von EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt zu bekommen. Besonders problematisch: Politische Entscheidungsträger:innen neigen dazu, die Vertreter:innen der Industrie eher als Expert:innen für die jeweiligen Themen zu betrachten, denn als Lobbyist:innen, deren Ziel die Maximierung von Gewinnen ist.

Eine Untersuchung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) von 2021 weist darauf hin, dass die aktuelle EU-Migrationsstrategie deutlich steigende Investitionen in digitale Infrastrukturen und IT-Kapazitäten vorsieht. Schon heute setzen Staaten digitale Plattformen, biometrische Systeme und algorithmische Verfahren ein, um Migration gezielter zu steuern, so die SWP. Das verschiebe Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse und binde Migration in eine globale Datenökonomie ein. Digitale und teilweise algorithmische Systeme würden zu „zentralen Weichenstellungen im Migrationsprozess“, etwa durch automatisierte Dokumenten- und Plausibilitätsprüfungen in digitalen Visaverfahren. So sollen Bewegungen von Drittstaatsangehörigen systematisch erfasst werden, um „Aufenthaltsverläufe nachzuvollziehen und sicherheits- und migrationspolitische Risiken früher zu erkennen“, schreibt die SWP.

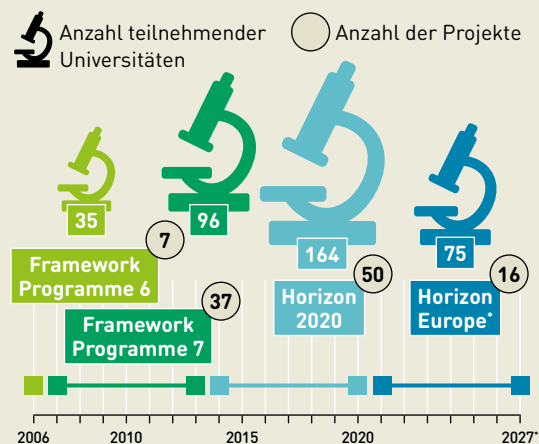
Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben erheblich erhöht. Ein Element dabei ist der

Politische und militärische Konflikte sowie die Bekämpfung der Migration sind die Hauptursachen für den Ausbau von Grenzbefestigungen

schrittweise Abbau von Ausfuhrbeschränkungen für Waffen. Eine weitere Aushöhlung der EU-Exportvorschriften wird zu mehr Waffenlieferungen in Länder außerhalb der EU führen und damit die Ursachen verschärfen, die Menschen überhaupt erst zur Flucht zwingen. Dieselben Unternehmen werden dann ein zweites Mal profitieren, indem sie die Mittel bereitstellen, um Menschen an den Grenzen und darüber hinaus aufzuhalten. —

AKADEMISCHE MIGRATIONSBEKÄMPFUNG

EU-Etats zur Forschungsförderung mit Projekten im Bereich Grenzschutz



*Stand: Mai 2025

© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026/TNI

Seit 2006 bezahlt die EU Wissenschaftler:innen an Universitäten dafür, Technologien und Methoden zum Einsatz an den Grenzen zu verbessern

UNERWÜNSCHTE IM VISIER

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex wehrt Flüchtlinge ab – wenn niemand hinschaut, auch mit zweifelhaften Mitteln, durch gefälschte Daten und Untätigkeit. Nur starke Gerichtsurteile können sie bremsen.

Wer keine Erlaubnis zur Einreise hat, der soll es möglichst gar nicht bis nach Europa schaffen – das ist eines der wichtigsten Ziele der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, so der offizielle Name von Frontex. Seit 2019 gibt es ihr „Ständiges Korps“ – den ersten uniformierten Dienst der EU. Bis 2027 soll die Frontex-eigene Truppe eine Stärke von 10.000 Beamt:innen erreichen. Für die Zeit nach 2027 schlägt die EU-Kommission für den Kampf gegen Schlepper eine Verdreifachung der Frontex-Personalstärke auf 30.000 vor.

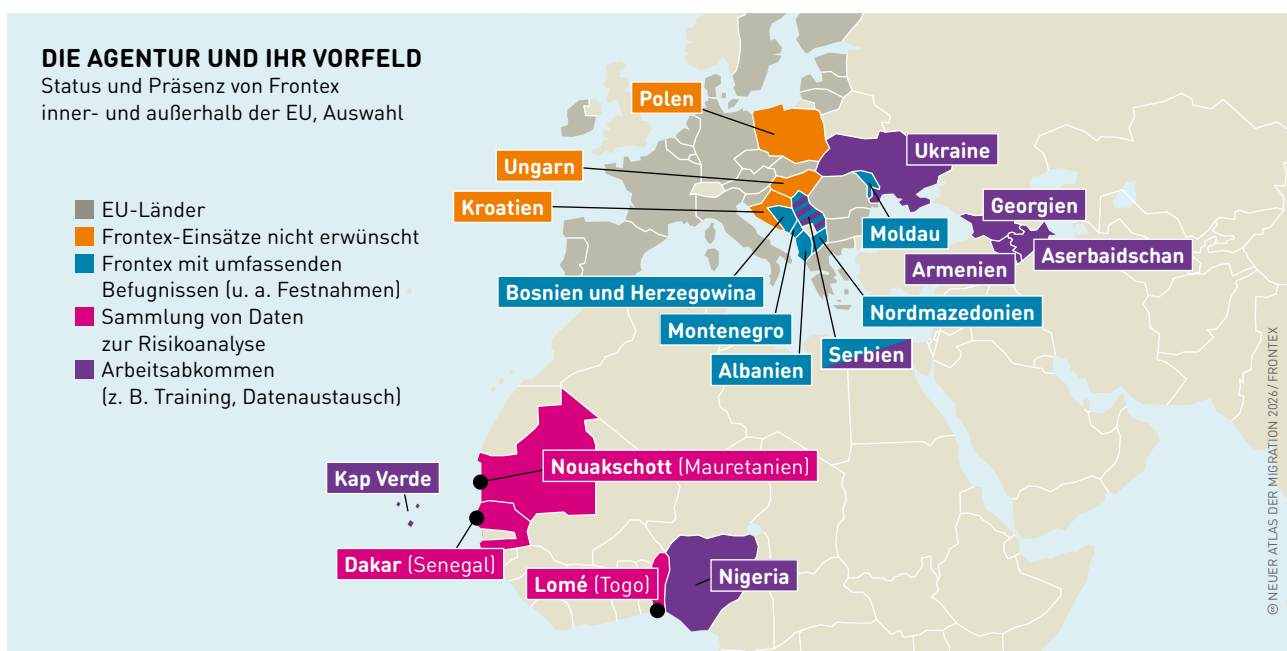
Der neue EU-Grenzschutz wird formal unter der Hoheit der jeweiligen „Gaststaaten“ eingesetzt. Er hat aber teils weitgehende Rechte, Menschen festzusetzen und abzuschieben. Überwachte Frontex noch vor einigen Jahren nur die EU-Außengrenzen, nimmt sie heute immer mehr die Transit- und Herkunftsregionen ins Visier. In einigen Ländern hat die Agentur mittlerweile quasi-hoheitliche Befugnisse. Seit 2018 darf Frontex dort – außerhalb des EU-Territoriums – patrouillieren und mitabschieben. Das erste entsprechende Abkommen wurde mit Albanien geschlossen. Später kamen unter anderem Montenegro,

Serbien, Nordmazedonien und Bosnien und Herzegowina hinzu.

Für die Agentur ist die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Migrant:innen ein „Schlüsselement erfolgreichen Migrationsmanagements“. Die Verlagerung der europäischen Grenzsicherung an Orte jenseits des Schengenraums ist ihr Zukunftsprojekt. Insgesamt darf Frontex von 2021 bis 2027 rund zehn Milliarden Euro ausgeben – für Flugzeuge und Drohnen, Schiffe oder Radar. Bei einem britischen Forschungs-Start-up kaufte die Agentur für 400.000 Euro Herzschlag-Detektoren, um in LKW versteckte Menschen leichter aufspüren zu können. Ab 2024 koordinierte Frontex ein Pilotprojekt zur KI-gestützten Überwachung von Landgrenzen und Küsten mit unbemannten Flugsystemen. EU-Innenkommissar Magnus Brunner kündigte 2025 zusätzliches EU-Geld für Drohnen an. 2026 kann Frontex allein 150 Millionen Euro für unbemannte Fluggeräte ausgeben. Frontex ist die am schnellsten wachsende EU-Einrichtung überhaupt.

Und sie steht immer wieder wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Human Rights Watch nennt Frontex einen „Komplizen“ beim Abfangen von Geflüchteten im Mittelmeer durch die libysche Küstenwache.

Frontex ist nicht nur an den EU-Außengrenzen aktiv, sondern auch in Teilen Afrikas, dem Westbalkan und in den Kaukasusländern



Frontex will seine uniformierte Truppe innerhalb von sechs Jahren verdoppeln, die EU-Kommission will sie anschließend auf 30.000 Beamte erhöhen

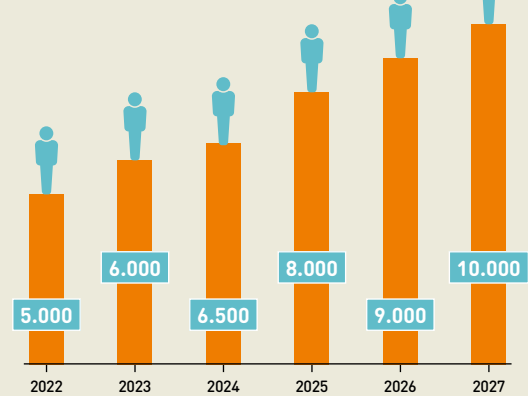
Die Agentur kontrolliere das Seegebiet aus der Luft und gebe Positionsdaten an die Wache weiter. Diese bringe die Menschen nach Libyen zurück, wo ihnen Gewalt und erniedrigende Behandlung droht.

Nationale EU-Grenzpolizeien – in der Ägäis, am Fluss Evros, in Kroatien, Spanien oder Polen – drängen Migrant:innen entgegen geltendem EU-Recht an den Grenzen zurück. Häufig sind die EU-Grenzschilder dabei oder sehen den Pushbacks der nationalen Grenzschilder tatenlos zu. Als sich ab 2020 darüber die Videobelege und Medienberichte häuften, setzte das EU-Parlament eine Arbeitsgruppe ein, die der Agentur mit Budgetkürzungen drohte. Auch die EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF ermittelte zu „Vorwürfen im Zusammenhang mit Mobbing und Belästigung, Fehlverhalten und Zurückweisungen von Migrant:innen“. Das Fass zum Überlaufen brachte ein Bericht über frisierte Einträge in einer internen Frontex-Datenbank namens JORA. Darin wurden Frontex-Einsätze gegen Flüchtlingsboote in der Ägäis falsch verortet. Diese hatten sich tatsächlich in griechischen Hoheitsgewässern abgespielt – in der Datenbank wurden sie aber türkischen Gewässern zugeordnet, um nicht als Pushbacks erkennbar zu sein. Der damalige Frontex-Direktor Fabrice Leggeri trat daraufhin zurück. Heute sitzt er für die rechtsextreme französische Partei RN im EU-Parlament.

Die Opfer solcher Aktionen wehren sich immer häufiger. Die auf sogenannte strategische Prozessführung spezialisierte NGO Front-LEX gewann 2025 eine Klage. Der

VIELE JOBS FÜR SCHMUTZIGE ARBEIT

Entwicklung des Ständigen Korps für Grenz- und Küstenwache, Personalstärke bis 2027



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / EP

Europäische Gerichtshof entschied: Bei Rückführungsaktionen, bei denen Frontex EU-Staaten unterstützt, haftet nicht nur der EU-Staat, sondern auch Frontex. Die Agentur könne sich nicht darauf berufen, nur Unterstützung zu leisten.

Im März 2026 hat die französische Justiz Ermittlungen wegen Beihilfe zu „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gegen Ex-Frontex-Chef Fabrice Leggeri eingeleitet. Die französische Menschenrechtsliga wirft Leggeri vor, seine Mitarbeiter:innen angewiesen zu haben, das Abfangen von Flüchtlingsbooten durch die griechische und libysche Küstenwache zu erleichtern. Frontex sei an illegalen und teils gewaltsamen Abschiebungen in Drittländer beteiligt gewesen. Damit habe Frontex verhindert, dass die Betroffenen Asylanträge in der EU hätten stellen können. —

PUSHBACKS

GEWALTTEXZESSE AN DER GRENZE

Immer mehr EU-Staaten weisen Geflüchtete bei Einreiseversuchen zurück. Schon routinemäßig verweigern einige den Zugang zu Asylverfahren. Die rechtswidrige Politik heißt heute „Grenzverteidigung“.

Erst kam eine Drohne, dann Hunde, dann Polizisten in schwarzen Uniformen. Sie schlugen sie mit langen Stöcken und ließen zu, dass die Hunde immer wieder zubissen. „Zwischendurch nahmen sie auch ihre Gürtel, um uns zu schlagen.“ Das berichtete ein 27-jähriger

Afghane über einen Vorfall am 4. Mai 2025 nahe Oriovac in Kroatien. Die Gruppe von 15 afghanischen Männern und Jungen wurde demnach zu einer Polizeistation gebracht, in eine einzige Zelle gesperrt. Die kroatischen Polizisten stahlen Geld und Handys. Am nächsten Tag wurden die Männer zur bosnischen Grenze zurückgefahren. Die Aussage ist eine von weit über 1.000 Berichten, die das Border Violence Monitoring Network seit 2017 an den EU-Außengrenzen gesammelt hat.

Sie zeigen, wie verbreitet die illegale direkte Zurückweisung Schutzsuchender an Grenzen, oft mit Gewalt, heute ist. Staaten wie Kroatien, Slowenien, Bulgarien ➔

oder Griechenland schieben irreguläre Migrant:innen in großer Zahl über Landgrenzen oder auf das offene Meer zurück.

Nachdem ab 2015 Ungarn, Slowenien, Nordmazedonien und Kroatien Zäune, Mauern oder Stahlbarrieren an ihren Grenzen errichteten, war der einstige humanitäre Korridor Richtung Norden über die Balkanroute blockiert. Die Mobilität von Menschen auf dieser Route beendete das nicht. Sie verlagerte sich nur. Die Menschen wählten versteckte, gefährlichere Wege. Auch die Grenzkontrollen verlagerten sich an Orte mit weniger öffentlicher Aufmerksamkeit – und wurden zunehmend gewalttätiger.

Im Jahr 2016 gab es die ersten Berichte über systematische Zurückweisungen aus Ungarn. Freiwillige berichteten, was sie als Zeug:innen beobachtet hatten: dass Menschen festgenommen und über die serbische Grenze zurückgetrieben wurden, obwohl sie ausdrücklich um Asyl gebeten hatten. Die Menschen wurden dabei gezwungen, sich nackt auszuziehen, sie wurden am Boden angekettet, geschlagen, Hunde wurden auf sie gehetzt.

Um der brutalen Gewalt in Ungarn zu entgehen, wählten mehr Menschen für ihren Weg nach Norden die Route über Kroatien. Bald schon waren von dort ähnliche Geschichten zu hören. Es zeigte sich ein wiederkehrendes Muster: Zurückweisungen waren keine Einzelfälle mehr, sondern koordinierte Praktiken, die sich an den EU-Grenzen wiederholten.

Bis 2019 berichteten 80 Prozent der Opfer dieser sogenannten Pushbacks in den Balkanstaaten dem Border Violence Monitoring Network, dabei Folter oder grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung erlitten zu haben. 2020 veröffentlichte das Netzwerk ein Schwarzbuch der Zurückweisungen mit 892 Aussagen von Zeug:innen. Darin wurden die Erfahrungen von über 12.500 Menschen in Italien, Griechenland, Kroatien, Slowenien und Ungarn detailliert beschrieben. Die Berichte basierten auf

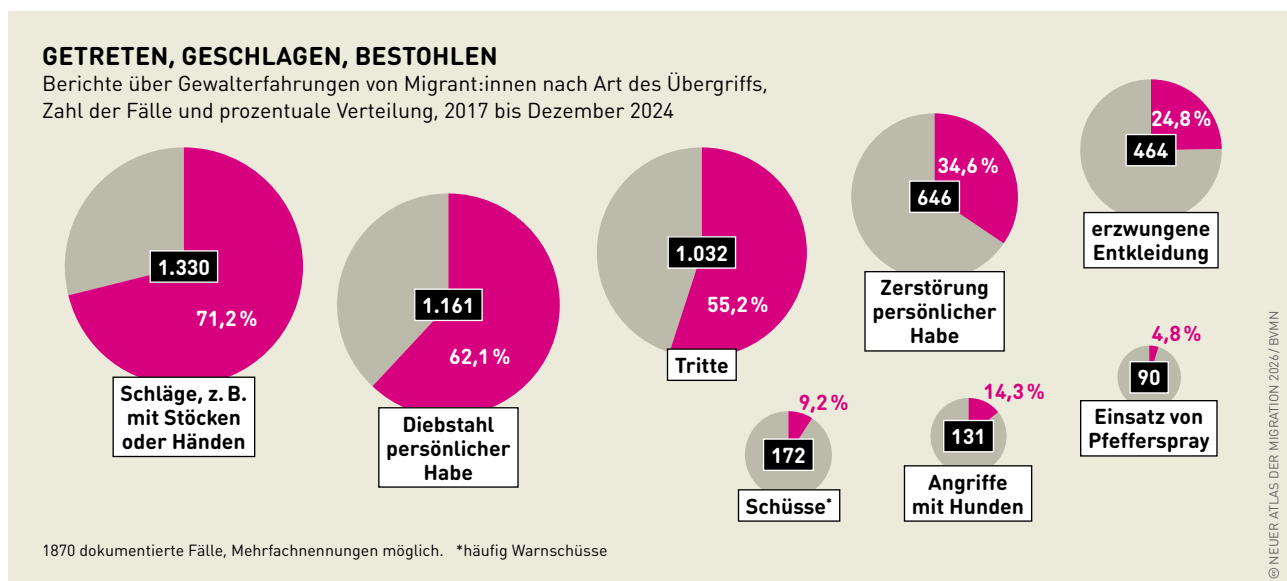
Interviews mit Überlebenden, medizinischen Gutachten und geolokalisierten Beweisen.

Seit 2016 gibt es auch tausende Berichte über Pushbacks in der Ägäis, bei denen Griechenland Migrant:innen und Geflüchtete gewaltsam zurück in die Türkei oder auf See schickt, ohne ihre Asylanträge zu prüfen. Besonders betroffen sind die Inseln der Ägäis wie Lesbos, Chios und Samos. Zeug:innen berichteten von brutalen Rückführungen, oft bei Nacht, unter Einsatz von Gewalt und Bedrohungen. Migrant:innen wurden sogar wieder in ihre in Seenot geratenen Boote gesetzt und ohne Verfahren oder Informationen zurückgeschickt. Die griechischen Behörden haben diese Vorwürfe wiederholt bestritten, jedoch gibt es zahlreiche dokumentierte Fälle, die diese Praktiken belegen, darunter auch Videomaterial und Zeugenaussagen.

Angesichts der zunehmenden Vorwürfe schufen Kroatien und Griechenland „unabhängige Grenzüberwachungsmechanismen“. Die Regierungen stellten die Vorfälle anschließend als vereinzelte Verfehlungen einiger weniger „fauler Äpfel“ dar – und nicht als systemisches Problem. So konnten sie Misshandlungen einräumen, ohne ihre Politik grundsätzlich infrage zu stellen. Zugleich vermieden sie es, die Rechtswidrigkeit von Pushbacks offen anzutasten. Gerade das hielt die bestehende Rechtslage aufrecht – aber damit auch die Grundlage für politischen Druck und Klagen.

2021 änderte sich dies. Systematische Zurückweisungen wurden von EU-Staaten nun offen zugegeben. Die EU warf Belarus „hybride Attacken“ vor. Das Land „instrumentalisieren“ Migrant:innen, die es zu Tausenden an die Ostgrenze der EU schicke, um diese zu destabilisieren. An

Die meisten Übergriffe dürften undokumentiert bleiben. Aber fast 2.000 Geflüchtete berichteten über Gewalt unterwegs

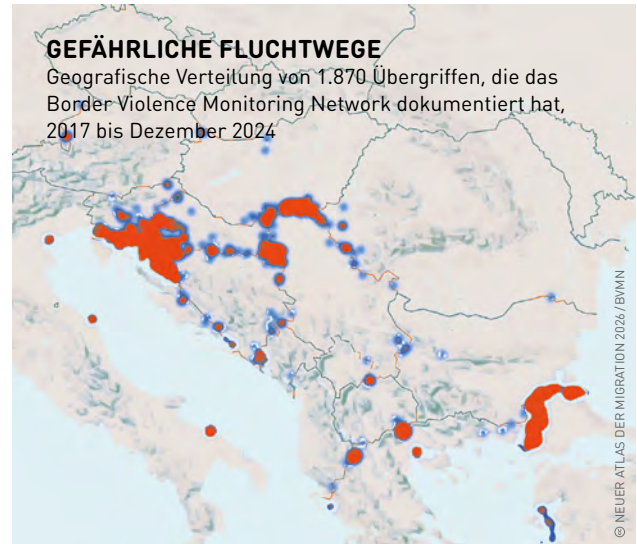


In Kroatien, Ungarn, den italienischen Adria-Hafenstädten und an allen griechischen Grenzen erfahren Migrant:innen besonders häufig Gewalt

der polnisch-russischen Grenze errichtete Polen daraufhin einen befestigten Zaun und ein Sperrgebiet. Alle in der Grenzregion Aufgegriffenen wurden ohne Umschweife nach Belarus zurückgeschickt.

Es war eine Zäsur: Die damalige PiS-Regierung nahm sich nun ausdrücklich das Recht auf Pushbacks. Sie nannte diese „Verteidigung der Grenze“ und ließ ihre Grenzpolizei stolz tägliche Statistiken auf ihrer Webseite veröffentlichen. Auch deshalb fühlen sich heute immer mehr Staaten ermächtigt, sich mehr oder weniger offen über das Gebot des „Non-Refoulement“, der Nicht-Abweisung, hinwegzusetzen.

Dabei haben europäische und nationale Gerichte wiederholt bestätigt, dass kollektive Zurückweisungen gegen das Gesetz verstoßen. Die Verweigerung des Zugangs zu Asylverfahren ist nach Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und nationaler Gerichte rechtswidrig – auch in sogenannten „Krisensituationen“. Die Durchsetzung dieses Rechts ist aber schwach. Gerichtsurteile ergehen oft erst Jahre nach den Verstößen. Regierungen versuchen immer offener, Gesetze und Urteile zu umgehen. Und auch die EU-Kommission akzeptierte letztlich die rechtswidrigen Pushbacks. Ihr neues EU-Asylsystem GEAS eröffnete sogar neue Möglichkeiten für Zurückweisungen in benachbarte Drittstaaten.



Pushbacks werden heute durch Zeugenaussagen von Überlebenden, medizinische Berichte, Satellitenbilder, Telefondaten und forensische Analysen von Journalist:innen, NGOs und Jurist:innen zivilgesellschaftlich dokumentiert – auch wenn der Zugang zu Grenzgebieten heute eingeschränkt und die Räume intransparent sind. Diese Dokumentation ist die Grundlage für Gerichtsverfahren, parlamentarische Kontrollen und öffentliche Debatten. Denn Pushbacks sind von illegalen Handlungen, die im Verborgenen stattfanden, zu einem routinemäßigen Instrument der EU-Migrationspolitik geworden. Was einst abgelehnt wurde, ist nun formal geregelt, die Ausnahme wurde zur Norm. —

KRIMINALISIERUNG

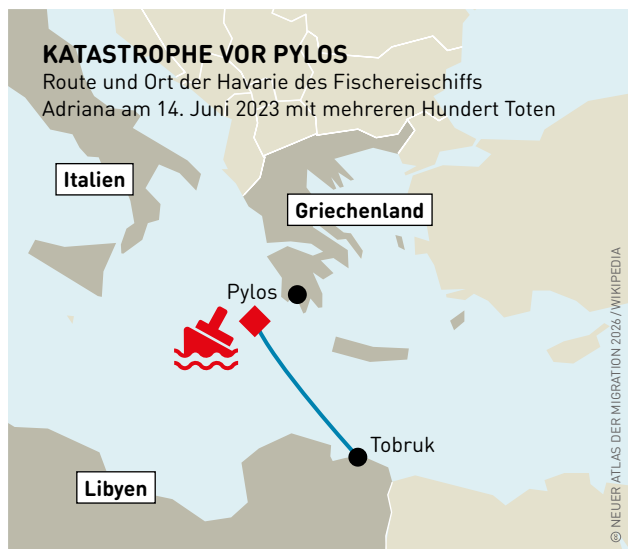
KONSTRUIERTE VERBRECHEN

Tausende Menschen sitzen in Europa wegen angeblicher Schlepperei im Gefängnis, und Seenotretter:innen werden mit Klagen überzogen. Die Kriminalisierung schreckt ab – auch dort, wo Hilfe legal ist.

Ende 2025 bildeten Geflüchtete in Griechenland mit über 2.000 Menschen die zweitgrößte Gruppe aller Strafgefangenen, der Vorwurf: Schlepperei. Allein seit dem Kriegsausbruch im Sudan 2023 wurden mindestens 300 Sudanes:innen verurteilt, viele von ihnen minderjährig. Sie erhielten Gefängnisstrafen zwischen 10 und 25 Jahren – weil sie das Boot gesteuert hatten, mit dem sie nach Griechenland gelangten.

Die Schlepper selbst treten die Überfahrt oft nicht an, und vielen der Geflüchteten ist nicht bewusst, dass sie sich strafbar machen, wenn sie ein Boot steuern. Ihnen werden dabei nicht nur Jahre ihres Lebens genommen. Nach einer Verurteilung gelten sie als vorbestraft und verlieren dadurch häufig auch noch ihren Anspruch auf Flüchtlingsschutz.

Der Küstenschutz hat katastrophale Schiffsunglücke verursacht oder mit verursacht. Ein Beispiel ist die Untätigkeit vor Cutro in Italien Anfang 2023 mit mindestens 98 Toten; ein weiteres ein mutmaßlich riskantes Abschleppmanöver vor Pylos in Griechenland, bei dem mehrere Hundert Menschen ertranken. In beiden Fällen aber verhaftete die Polizei Überlebende, die Justiz präsentierte sie als Schuldige. Während die neun ➡



Angeklagten im Fall Pylos nach über einem Jahr Untersuchungshaft im Mai 2024 mangels Zuständigkeit freigesprochen wurden, gab es im Fall Cutro Haftstrafen zwischen 11 und 20 Jahren.

Der „Kampf gegen Schleuser“ gehört zu den Prioritäten europäischer Migrationspolitik. Die Maßnahmen machen dabei häufig die ohnehin gefährlichen Fluchtrouten noch riskanter. Regierungen zeichnen das Bild skrupelloser Verbrecher, denen zum Schutz Geflüchteter das Handwerk gelegt werden müsse.

Doch diese Darstellung verdeckt, dass Schleusungen in erster Linie eine Folge fehlender legaler Einreisemöglichkeiten sind. Gleichzeitig wird so die Kriminalisierung vieler Handlungen im Zusammenhang mit irregulärer Migration zu rechtfertigen versucht. So wurden in der EU insbesondere seit 2015 zahlreiche strafrechtliche Verfahren wegen des Deliktes „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ eingeleitet. Sie richteten sich gegen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Aktivist:innen, Journalist:innen oder Geistliche, die Geflüchtete unterstützt oder Menschenrechtsverletzungen dokumentiert haben.

Die meisten dieser Verfahren hielten einer gerichtlichen Prüfung bislang nicht stand. Das Verfahren gegen die Crew des Seenotrettungsschiffs Iuventa sowie Mitarbeiter:innen von Ärzte ohne Grenzen und Save the Children in Italien etwa wurde im April 2024 nach fast sieben Jahren eingestellt. Auch die als „Hajnowka 5“ bekannten polnischen Aktivist:innen, die Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze mit Essen und Trinken versorgt und sie in ein Krankenhaus gefahren hatten, wurden im September 2025 nach drei Jahren freigesprochen.

Ebenso brach die Anklage gegen über 20 lokale und internationale Aktivist:innen und NGO-Mitarbeiter:innen auf der griechischen Insel Lesbos in sich zusammen – nach über sieben Jahren und direkt bei der ersten Anhörung im Dezember 2025. In allen Fällen fanden Gerichte keine Hinweise auf strafbares Verhalten. Im Fall der Iuventa-Crew, die Geflüchtete aus Libyen im Mittelmeer

Wohl um es Richtung Italien zu schleppen, brachte ein Boot der griechischen Küstenwache ein Schiff voller Geflüchteter vermutlich zum Sinken

aus Seenot gerettet hatte, unterstrich der Richter sogar ausdrücklich, wie notwendig die Hilfe gewesen sei.

Oft strengen Behörden mit großem Aufwand Prozesse an. Offenkundig wird das Strafrecht dabei gezielt zur Einschüchterung und Behinderung eingesetzt. Betroffene werden über Jahre in belastende und teure Verfahren verstrickt, ihr Engagement öffentlich kriminalisiert und die humanitäre Hilfe eingeschränkt. Als die Ermittlungen gegen die Helfer:innen auf der griechischen Insel Lesbos bekannt wurden, kam die zivile Seenotrettung vollständig zum Erliegen.

Dieser abschreckende Effekt wird in der Wissenschaft als „chilling effect“ bezeichnet: Aus Angst vor negativen Konsequenzen unterlassen Menschen Hilfe – auch wenn sie rechtlich erlaubt ist. Unabhängig vom juristischen Ausgang können also bereits Ermittlungen eine stark abschreckende Wirkung entfalten.

Hilfe bei Migration wird dabei politisch und rechtlich als Verbrechen oder gar als Bedrohung staatlicher Sicherheit konstruiert. Rechtlich gestützt wird diese Praxis durch die Antischleusergesetzgebung der EU. Das sogenannte Facilitators Package stellt seit 2002 die „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ unter Strafe. Im Gegensatz zu internationalem Recht ist dabei weder Profitstreben zwingend erforderlich noch sind humanitäre Hilfe oder Flüchtende ausdrücklich ausgenommen. Regierungen schaffen zugleich immer mehr Straftatbestände oder weiten bestehende aus. Großbritannien etwa verabschiedete im Juli 2023 den Illegal Migration Act. Er kriminalisiert die Einreise über irreguläre Routen pauschal, unabhängig davon, ob betroffene Personen Schutz suchen oder nicht.

Deutschland erweiterte 2024 im Rahmen des Rückführungsverbesserungsgesetzes sowohl den Anwendungsbereich als auch das Strafmaß der „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“. Griechenland verabschiedete im September 2025 ein neues Gesetz, das Asylbewerber:innen, die nach Ablehnung weiterhin im Land bleiben, bis zu fünf Jahre in Haft schicken kann.

Die Kriminalisierung beschränkt sich dabei nicht auf das Strafrecht. Die zivile Seenotrettung wird in Italien zunehmend durch Bestimmungen wie das Piantadosi-Dekret von 2023 behindert. Dieses erlaubt Schiffen nach einer Rettungsaktion nicht, wie es das Seerecht vorsieht, den nächstgelegenen sicheren Hafen anzu-steuern. Stattdessen wird ihnen ein oft weit entfernter Ort zugewiesen. Dadurch sind sie über Tage oder Wochen gebunden und können in dieser Zeit keine weiteren Rettungseinsätze übernehmen. Wer dagegen verstößt, muss mit erheblichen Geldstrafen rechnen. Zudem kann das Schiff für bis zu zwei Monate festgesetzt und sogar beschlagnahmt werden. —

EINLADUNG ZUR ERPRESSUNG

Nichts fürchtet der Westen so sehr an seinen Grenzen wie Geflüchtete. Vor allem durch den EU-Türkei-Deal von 2016 ist diese Angst für einige Länder zum Milliardengeschäft geworden.

Pedro Sánchez, der spanische Ministerpräsident, war der einzige europäische Regierungschef, der sich gleich zu Beginn des Krieges im Februar 2026 gegen den Angriff der USA auf den Iran stellte. Er unter sagte den USA gar, dazu ihre Militärbasis in Spanien zu nutzen. Sánchez' Affront sei gefährlich, hieß es schnell. Trump habe genügend Hebel, um Spanien Druck zu machen. „Wahrscheinlich würde ein Anruf genügen“, glaubte die spanische Analystin Camino Mortera-Martínez. Und zwar in Marokko. Die USA seien ein „entschiedener Unterstützer unseres nicht immer freundlichen Nachbarn“, sagte Mortera-Martínez. Für Rabat wäre es ein Leichtes, die Grenzen für Migranten zu öffnen. Das Königreich habe das in der Vergangenheit immer wieder getan.

Die Möglichkeit, offene Grenzen für Geflüchtete als Straffaktion zwischen verfeindeten Regierungen einzusetzen, ist wirkungsvoll. An der Universität Birmingham erforscht der Politikwissenschaftler Gerasimos Tsourapas den Zusammenhang von Vertreibung und Außenpolitik. Dieser reiche lange zurück, sagt er. Doch der EU-Türkei-Deal von 2016 habe die Dynamik noch einmal verändert, Migrant:innen als Druckmittel in internationalen Verhandlungen und Konflikten zu nutzen. Die Türkei hatte damals über zwei Millionen Geflüchtete, vor allem aus Syrien, aufgenommen. „Wir können jederzeit die Grenzen zu Griechenland und Bulgarien öffnen und die Flüchtlinge in Busse setzen“, drohte Erdoğan. Wenige Monate später trat die „Erklärung EU-Türkei“ in Kraft: Erdoğan versprach, die Geflüchteten in der Türkei zu halten. Dafür flossen EU-Milliarden in das Land. Ihm wurde zudem versprochen, den EU-Beitrittsprozess wieder aufzunehmen, und in Aussicht gestellt, türkischen Bürger:innen die EU-Visafreiheit zu gewähren.

Lange diskutierten Fachleute darüber, mit welchen Mitteln die EU versuchen kann, Druck auf Herkunfts- und Transitstaaten zu machen, damit diese beim Grenzschutz und bei Abschiebungen kooperieren. Inzwischen kehrt sich dieses Verhältnis teilweise um: Staaten, die mit grö-

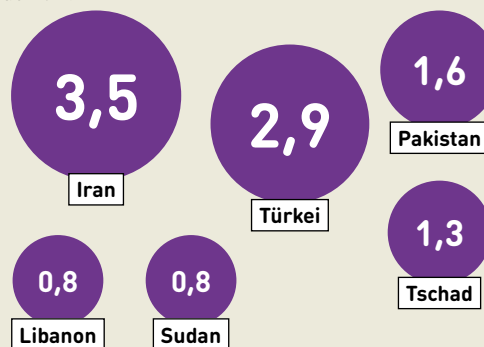
ßeren Flüchtlingsankünften drohen können, gewinnen selbst an Einfluss. Geflüchtete, lange vor allem als Last betrachtet, werden in einer neuen Migrationsdiplomatie auch zum „Asset“, zum Kapital. Tsourapas spricht von „refugee rentier states“, von Staaten also, die Geflüchtete als Einnahmequelle sehen. Ein Weg ist offene Erpressung: „Gebt uns etwas oder wir treiben die Menschen zu euch.“ Oder das Angebot, zu kooperieren: „Helft uns, damit die Menschen bei uns bleiben können.“ Zur Erpressung neigten Staaten dann, wenn sie der Meinung seien, geopolitisch bedeutend zu sein und eine erhebliche Anzahl von Geflüchteten aufgenommen zu haben; die Grenzen zwischen Druck und Kooperation sind dabei fließend.

Kenia drohte im Mai 2016, das damals weltgrößte Flüchtlingslager Dadaab zu schließen – in der Hoffnung, mehr Hilfe von der internationalen Gemeinschaft erzwingen zu können, mit vorübergehendem Erfolg. Marokko erwirkte durch Erpressung gar die Anerkennung seiner Herrschaft über die Westsahara. 1975 hatte Marokko das Gebiet annektiert, die frühere Kolonialmacht Spanien weigerte sich über Jahrzehnte, dies anzuerkennen. Im Mai 2021 ließ Madrid den Führer der westsaharischen Unabhängigkeitsbewegung zu einer Krankenhausbehandlung einreisen. Innerhalb von nur zwei Tagen schickte Marokko rund 10.000 Menschen über die Grenze zur spanischen Enklave Ceuta. Spanien gab nach und erkannte die Westsahara als Teil Marokkos an.

Aus Sicht Tsourapas hat der Türkei-Deal der EU andere Regierungen inspiriert, sich ähnlich zu verhalten. Die sagten sich, so Tsourapas: „Die Türken haben die EU erpresst – warum können wir nicht dasselbe tun?“ Es gehe dabei um Geld – und um politische Anerkennung und Einfluss. ➔

STAATLICHER MENSCHENHANDEL

Länder, die gegen Zahlungen ihre Geflüchteten an der Weiterreise in die EU hindern oder sie zurücknehmen könnten, Zahl der registrierten Geflüchteten, Millionen, Ende 2024



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / STATISTA

Am Vorbild des Sechs-Milliarden-Euro-Deals mit der Türkei könnten sich auch andere Länder in der Region orientieren und Unterstützung verlangen

Im Jahr 2016 übernahm Sudan eine zentrale Rolle in der Migrationspolitik der EU. Für das Regime des bis heute als Kriegsverbrecher verfolgten Diktators Omar al-Baschir bot die Kooperation eine Möglichkeit, die internationale Isolation zu durchbrechen. Ziel war es, die Millionen Geflüchteter am Horn von Afrika daran zu hindern, Richtung Europa weiterzuziehen.

Für das Regime von Abdel Fattah al-Sisi in Ägypten ist die Kooperation mit der EU ein Mittel, sich gegenüber Europa als unverzichtbarer Partner in der Migrationskontrolle zu positionieren. Aus Angst vor Millionen Flüchtlingen aus Sudan und Gaza hat die EU 2024 ein mit 7,4 Milliarden Euro dotiertes „Partnerschaftsabkommen“ mit dem Land geschlossen – die bisher höchste Summe für einen Migrationsdeal.

Die Strategie, Staaten immer dann Geld zu geben, wenn dort gerade Geflüchtete unterwegs sind, verschiebt

die Verteilung von Ressourcen: Dann fehlt das Geld für die Aufnahmeländer – und die suchen nach Wegen, sich weiter bezahlen zu lassen. Ende Februar 2020 etwa kochte die Türkei künstlich einen Grenzkonflikt mit der EU hoch. Damals hielten sich fast vier Millionen Geflüchtete in dem Land auf. Aus Sicht der Türkei hatte die EU sich nicht an ihre Verpflichtungen des Deals von 2016 gehalten. Ankara drohte erneut, die EU zahlte. Das strahlte in andere, harte Auseinandersetzungen aus. Als Belarus 2021 Geflüchtete nach Polen ziehen ließ, sprach etwa die EU-Kommission von einer „hybriden Bedrohung“. Damit sind nicht-militärische staatliche Aggressionen gemeint, die einen bewaffneten Konflikt flankieren oder vorbereiten können. Der Politikwissenschaftler Tsourapas sieht nur einen Weg aus dieser Eskalationsspirale: „Auf lange Sicht ist das Einzige, was hilft, dass Europa zu seiner früheren, weniger alarmistischen Sicht auf Migration zurückkehrt.“

DRITTSTAATEN

JE SCHLIMMER, DESTO BESSER

Immer mehr Regierungen versuchen, Migrant:innen in Staaten abzuschieben, die dafür Geld bekommen. Die USA und viele europäische Länder sind besonders innovativ.

Es seien „Individuen, so einzigartig barbarisch, dass ihre Heimatländer sich weigern, sie zurückzunehmen“, behauptete Tricia McLaughlin, bis zu ihrem Rücktritt im Februar 2026 die Sprecherin des US-Heimatschutzministeriums. Der südafrikanische Staat Eswatini – seit 2018 die offizielle Bezeichnung für Swasiland – hatte hingegen keine Probleme damit, die fünf Männer aus Vietnam, Laos, Jemen, Kuba und Jamaika aufzunehmen. Der Abschiebeflieger aus den USA landete am 16. Juli 2025. Zwei Wochen zuvor hatte Eswatini sich bereit erklärt, insgesamt 160 sogenannte Drittstaatsangehörige „mit krimineller Vergangenheit und/oder die als mutmaßliche Terroristen eingestuft sind“ aus den USA ins Land zu lassen. Gegenleistung: 5,1 Millionen US-Dollar.

Eswatinis Regierungssprecherin Thabile Mdluli sagte, ihr Land werde versuchen, die Menschen weiter in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Genau das war den US-Behörden aus unterschiedlichen Gründen nicht gelungen. Und so kamen die fünf Männer in Eswatini erst einmal in das Matsapha Correctional Center in Einzelhaft. Die Menschen kamen in ein Land, in dem sie nie waren und gegen dessen Gesetze sie nicht verstoßen hatten.

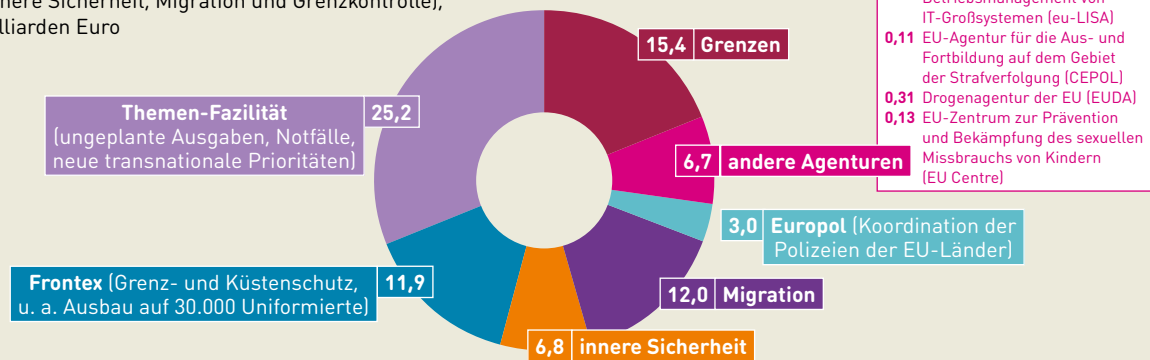
Solche Abschiebungen verletzen Grundrechte. Sie enden meist in Haft und sie nehmen weltweit zu. Denn neben Eswatini haben 2025 auch Südsudan, Ruanda, Uganda, Ghana, Äquatorialguinea, Panama, Costa Rica und El Salvador vergleichbare Deals mit der Trump-Regierung abgeschlossen. Sie bekamen dafür meist entweder Geld oder Visa-Erleichterungen für die jeweils eigenen Staatsangehörigen. Teils zahlten die USA pro Abschiebung über eine Million Dollar für „verschwenderische, rechtswidrige Geheimdeals“, so ein Report demokratischer Mitglieder des US-Senats.

Afrikanische Regierungen würden „Komplizen der Trump-Regierung bei ihren grauenvollen Verletzungen der Menschenrechte von Einwanderern“, sagte dazu Allan Ngari von der Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch. „Regierungen, die diese Abkommen umsetzen, riskieren Verstöße gegen internationales Recht, darunter das Verbot der Zurückweisung und willkürlicher Inhaftierung.“

Die USA wollten auch ein Abkommen mit dem Bürgerkriegsland Libyen abschließen, doch die Regierung weigerte sich. El Salvador hingegen produzierte aufwendige Social-Media-Videos aus dem berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis Centro de Confinamiento del Terrorismo. Die US-Migrationspolizei ICE hatte im ersten Halbjahr 2025 mindestens 250 Menschen dorthin gebracht; viele davon stammten aus Venezuela. Die Videos zeigten zum Beispiel, wie die Gefangenen fast nackt durch grell er-

VON INNEN GESICHERT

Vorhaben der EU-Kommission für die Haushaltsjahre 2028 bis 2034,
Siebenjahres-Budget der Generaldirektion HOME
(Innere Sicherheit, Migration und Grenzkontrolle),
Milliarden Euro



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026 / INFO MIGRANTS

leuchtete Hallen getrieben wurden und Schwebbewaffnete ihnen die Haare abrasierten. Je schlimmer der Ort, an dem die Menschen sich – oft nur wenige Stunden nach einer Festnahme in den USA – wiederfinden, so das offensichtliche Kalkül der US-Regierung, desto wirkungsvoller die abschreckende Wirkung.

Die Idee ist nicht neu und wurde schon vor Trumps zweiter Amtszeit vor allem in Europa verfolgt. Im Jahr 2004 schlug der deutsche Innenminister Otto Schily (SPD) vor, europäische „Auffanglager“ in Nordafrika zu errichten. Günter Nooke, Afrika-Beauftragter der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel, wollte 2018 afrikanischen Regierungschefs per Pacht „ein Stück territoriale Hoheit“ abkaufen, um Migrant:innen in „Wirtschaftssonderzonen“ anzusiedeln. Im Jahr 2019 suchten die EU-Staaten in Nordafrika Plätze für sogenannte „regionale Ausschiffungsplattformen“. Dort sollten auf dem Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge untergebracht werden. Doch die Afrikanische Union beschloss im selben Jahr, dass keiner ihrer damals 52 Mitgliedstaaten ein solches Lager zulassen werde.

2020 suchte Dänemark dennoch nach einem afrikanischen Land, um Schutzsuchende noch vor einem dänischen Asylverfahren dorthin auszufliegen. Die Afrikanische Union reagierte wütend. Die dänischen Pläne scheiterten. 2024 mietete sich das Land für 210 Millionen Euro zehn Jahre lang 300 Plätze im Gefängnis von Gjilan im Kosovo. Dort will Dänemark Strafgefangene unterbringen, die nach Verbüßung ihrer Haft abgeschoben werden sollen. Die Haft werde unter „dänischem Recht und Standards“ stattfinden, versprach die Regierung.

Großbritannien versprach 2022 Ruanda rund 500 Millionen Pfund bis 2026, wenn das ostafrikanische Land Tausende Asylsuchende aus Großbritannien aufnehme. Diese sollten nach dortigem Recht Asyl beantragen und gegebenenfalls aufgenommen werden. Gerichte stoppten die geplanten Abschiebungen immer wieder, und 2024 erklärte der britische Premierminister Keir Starmer den Plan für „tot und beerdigt“.

Auf Drängen vieler Mitgliedsländer will die EU-Kommission ihre Ausgaben für Inneres, Migration und Grenzkontrolle gegenüber der letzten Siebenjahresperiode verdreifachen

Die CDU in Deutschland hingegen hat sich in ihrem Grundsatzprogramm von 2024 vorgenommen, eben dieses Modell für ganz Europa umzusetzen: „Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen“, heißt es darin. Doch dazu wird es nicht kommen, jedenfalls nicht im großen Stil. Kein afrikanisches Land wird sich dauerhaft eine so große Zahl Geflüchteter von Europa aufbürden lassen.

2023 gelang es dann Italien als erstem EU-Staat, Albanien für die Externalisierung von Asylverfahren zu gewinnen. In dem Westbalkanstaat baute Rom bis Anfang 2025 zwei Lager für etwa 3.000 Menschen. Dort sollten Migrant:innen untergebracht werden, die von italienischen Schiffen auf dem Mittelmeer aufgegriffen wurden, und im Land ein beschleunigtes Asylverfahren durchlaufen. Im Fall einer Anerkennung hätte Italien sie aufgenommen, im anderen Fall wären sie direkt aus Albanien abgeschoben worden. Andere EU-Staaten äußerten Interesse, bei dem Projekt einzusteigen. Doch italienische Gerichte stoppten den Start immer wieder.

Anfang 2026 beschlossen die Innenminister:innen der EU den Aufbau sogenannter „Return Hubs“: Abschiebezentren in Drittstaaten. Dort sollen Menschen auf unbestimmte Zeit interniert werden, die die EU nicht direkt in ihre Herkunftsländer abschieben kann. Menschenrechtsorganisationen kritisieren hier die Auslagerung europäischer Verantwortung auf Drittstaaten und warnen vor unklaren Haftbedingungen in den Zentren sowie eingeschränktem Rechtsschutz außerhalb der EU. Der erste „Return Hub“ soll nun in dem bislang leer stehenden italienischen Lager in Albanien entstehen. Anfang 2026 flog Italien die ersten 40 Ausreisepflichtigen dorthin aus. —

AUF DEN FLUCHTROUTEN HERRSCHT DAS UNRECHT

Folter, Tod und sexualisierte Gewalt bedrohen Migrant:innen auf ihrem Weg durch Nordafrika nach Europa – und anderswo. Beteiligt sind nicht nur kriminelle Banden, sondern auch staatliche Akteure.

Die Versuche, Migration zu kontrollieren, reichen weit über die Sicherung eigener, nationaler Grenzen hinaus. Die EU, die USA und andere wohlhabende Staaten setzen zunehmend auf Externalisierung: Die Abwehr wird an die Transitstaaten der Migrant:innen ausgelagert, und diese Länder werden dafür bezahlt. Dabei arbeiten die geldgebenden Regierungen mit autoritären Regimen und Milizen zusammen. Die Migration soll gestoppt werden, bevor sie die Zielländer erreicht – unter anderem durch Mittel für die eigentliche Grenzsicherung, aber auch für Haftzentren oder für die Kooperationen mit Polizei und Militär. Diese Politik verschleierte, wer in diesen Räumen die Verantwortung trägt. Für die Flüchtlinge und Migrant:innen werden die Wege gefährlicher und undurchsichtiger.

Gewalt ist dabei alltäglich. Untersuchungen von UN-Organisationen, NGOs, Wissenschaftler:innen und Medien haben vielfältige Menschenrechtsverletzungen und Misshandlungen dokumentiert, denen Flüchtlinge und Migrant:innen beispielsweise auf den Routen nach und durch Nordafrika ausgesetzt sind. Für eine Untersuchung des UNHCR und des Mixed Migration Centre (MMC) wurden etwa 16.000 Menschen befragt, die 2018 und 2019 entlang der zentralen Mittelmeerroute unterwegs waren.

1.079 von ihnen gaben an, während der Reise mit Todesfällen konfrontiert gewesen zu sein; insgesamt nannten sie 2.204 Tote. 68 Prozent davon seien auf kriminelle Handlungen zurückzuführen, unter anderem durch Sicherheitskräfte. Die übrigen starben infolge von Krankheiten oder Unfällen während der Reise. 1.634 Befragte berichteten davon, Zeug:innen oder Opfer von über 2.000 Fällen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt gewesen zu sein. 2.883 sprachen von körperlicher Gewalt.

Die Befragten beschrieben unter anderem, wie sie mit heißem Öl, geschmolzenem Plastik oder erhitzten Metallgegenständen verbrannt wurden. Sie berichteten von Elektroschocks und davon, in Stresspositionen gefesselt worden zu sein. Viele erlebten oder beobachteten wiederholt sexuelle Gewalt – oft im Zusammenhang mit Löse-

geldforderungen. Einige berichteten, mehr als ein Jahr in Lagerhallen festgehalten worden zu sein, in denen Schleuser Menschen schwer misshandelten, um Zahlungen zu erzwingen. Viele hatten die Überfahrt über das Meer mehrfach versucht und waren nach ihrer Ankunft in Libyen in Haftzentren festgehalten worden.

Sexuelle Gewalt wird laut UNHCR-Bericht eingesetzt, um Menschen zu erpressen, zu unterwerfen, zu bestrafen oder zu unterhalten. Sie sei „häufig von extremer Grausamkeit und psychologischer Folter“ geprägt. Viele wurden mehrfach und von unterschiedlichen Tätern zu Opfern sexualisierter Gewalt. Männer und Jungen seien gezwungen worden, sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen „einschließlich tödlicher Vergewaltigungen mit Gegenständen“ in offiziellen und inoffiziellen Haftzentren sowie in der Wüste mit anzusehen. Häufig sei berichtet worden, dass Männer und Jungen gezwungen wurden, Frauen und Mädchen – einschließlich Familienangehöriger – zu vergewaltigen. Frauen wurden ebenfalls gezwungen, sexuelle Gewalt gegen männliche Flüchtlinge und Migranten auszuüben. Ein Großteil dieser Gewalt geschehe „öffentlich oder wird gefilmt, um zu demütigen und/oder zu erpressen“, so der UNHCR.

Solche Formen der Gewalt durch staatliche und nicht-staatliche Akteure sind auf zentralamerikanischen, afrikanischen und europäischen Fluchtrouten allgegenwärtig. Sowohl auf der Zentralamerika-Route vom Darién Gap in Nord-Kolumbien bis nach Nord-Mexiko als auch auf den Transitrouten durch die Sahara oder vom Nahen/Mittleren Osten Richtung Balkan ist Gewalt durch kriminelle Banden und staatliche Akteure eine große Gefahr für Migrant:innen, insbesondere für Frauen, queere Menschen und Kinder. Männer auf der Flucht sind überproportional häufig von jahrelanger Inhaftierung und Kriminalisierung als vermeintliche Schleuser betroffen.

Der Zusammenhang von Gewalt und der Externalisierung des Grenzschutzes zeigt sich besonders deutlich in Libyen. Hier sind von der EU unterstützte Akteure zugleich an Schleusung, Inhaftierung und Menschenhandel beteiligt. Ähnliches gilt für Zentralamerika. Auch innerhalb Europas hat derartige Gewalt zugenommen, etwa auf der Balkanroute und seit 2021 an der polnisch-belarussischen Grenze. Das Ergebnis ist eine Kaskade von Gewalt, Gefährdung und Traumatisierung entlang der Fluchtrouten, die durch zunehmende Rechtlosigkeit verstärkt wird.

TRAUMATISCHE REISEN OHNE SCHUTZ UND HILFE

Ergebnisse einer Umfrage der dänischen Organisation Mixed Migration Centre (MMC) und des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR unter 15.983 Migrant:innen über Erfahrungen im nördlichen Afrika, 2018/2019

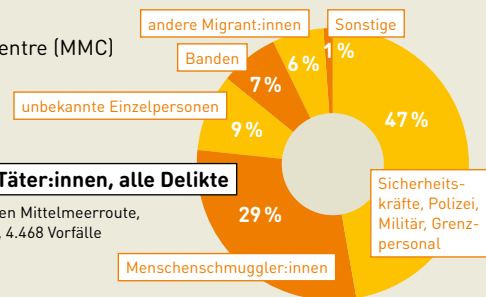
Personen



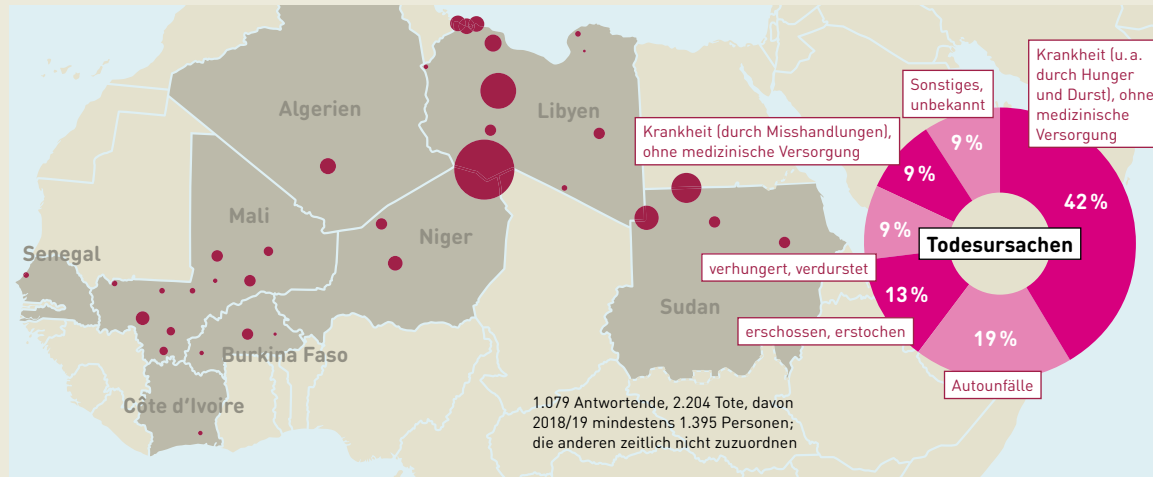
Prozentangaben:
Differenzen
durch Rundung

Mutmaßliche Täter:innen, alle Delikte

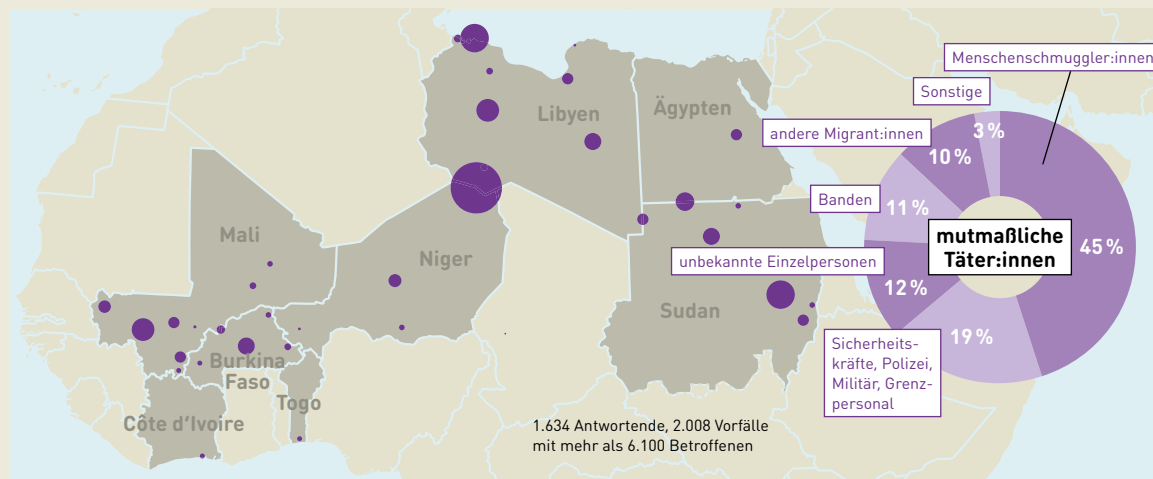
nur auf der zentralen Mittelmeerroute,
2.883 Antwortende, 4.468 Vorfälle



Beobachtete Todesfälle und ihre Ursachen



Berichtete Fälle sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt



© NEUER ATLAS DER MIGRATION 2026/UNHCR, MMC

Die Gewalt ist eng verknüpft mit dem Status der Menschen auf der Flucht. Sie haben einen unsicheren Aufenthaltsstatus oder es fehlen legale Migrationswege. Das macht sie besonders verwundbar. Studien zeigen, dass diese Unsicherheit Gewalt nicht nur begünstigt, sondern auch verstärkt – unter anderem, weil Betroffene oft aus Angst vor Repressionen keine Hilfe suchen oder gefährliche Situationen nicht verlassen können.

Gleichzeitig gibt es entlang der Routen und in den Zielgesellschaften Netzwerke der Solidarität: lokale Unterstützungsgruppen, humanitäre Organisationen, psychosoziale Beratungsstellen sowie transnationale Bündnisse. Sie wirken dort, wo staatlicher Schutz ver-

„Auf dieser Reise kümmert es niemanden, ob du lebst oder stirbst“, lautet der Titel der MMC-Untersuchung über die Gefahren für Migrant:innen unterwegs

weigert wird. Das „Alarm Phone Sahara“ beispielsweise betreibt einen Notruf für Menschen in Wüstenregionen Nord- und Westafrikas und versucht, Hilfe zu organisieren. Zugleich dokumentieren die Mitarbeiter:innen das Ausmaß von Aussetzungen in menschenleerem Gebiet, das Verschwindenlassen von Migrant:innen und die unterlassene Hilfeleistung offizieller Stellen. Diese Berichte machen sichtbar, wie Grenzpolitik Menschen gezielt in lebensgefährliche Räume verdrängt. —

DER STAAT GEGEN DIE JUSTIZ

Auch wenn Gesetze und Gerichtsurteile eindeutig sind – immer mehr Politiker:innen geben zu erkennen, dass ihnen das egal ist, und setzen Richter:innen unter Druck.

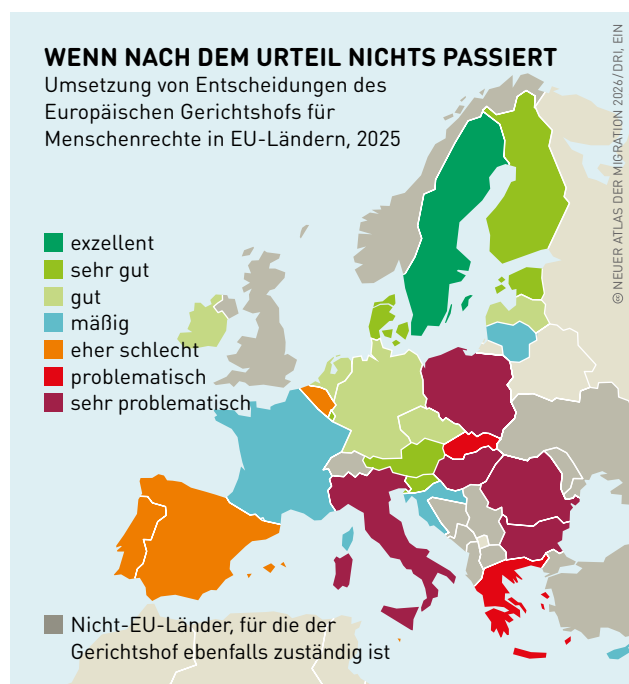
Im Juni 2025 gab das Verwaltungsgericht Berlin einer Klage von drei somalischen Geflüchteten statt. Sie waren am Bahnhof Frankfurt (Oder) durch die Bundespolizei kontrolliert worden. Obwohl sie angaben, Asyl beantragen zu wollen, schickte die Polizei sie noch am selben Tag nach Polen zurück. Zu Unrecht, entschied das Gericht: Deutschland sei durch das EU-Recht dazu verpflichtet, zumindest zu prüfen, welcher Staat für ein Asylverfahren zuständig ist. Vor dieser Prüfung hätten die Betroffenen nicht abgeschoben oder zurückgewiesen werden dürfen.

Ein rechter Shitstorm war die Folge – gegen die drei Richter:innen sowie die Organisation und die Anwältin, die die Asylsuchenden unterstützt hatten. CDU-Politiker:innen und Medien hoben die grüne Parteimitgliedschaft eines beteiligten Richters öffentlich hervor. Die Bundesregierung setzte die Entscheidung zwar um, und die drei somalischen Asylsuchenden durften zunächst für eine Prüfung in Deutschland bleiben. Die Zurückweisungen an den Grenzen aber setzte der Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) fort. Rechte Kommentator:innen lobten ihn daraufhin für sein angeblich mutiges Amtsverständnis.

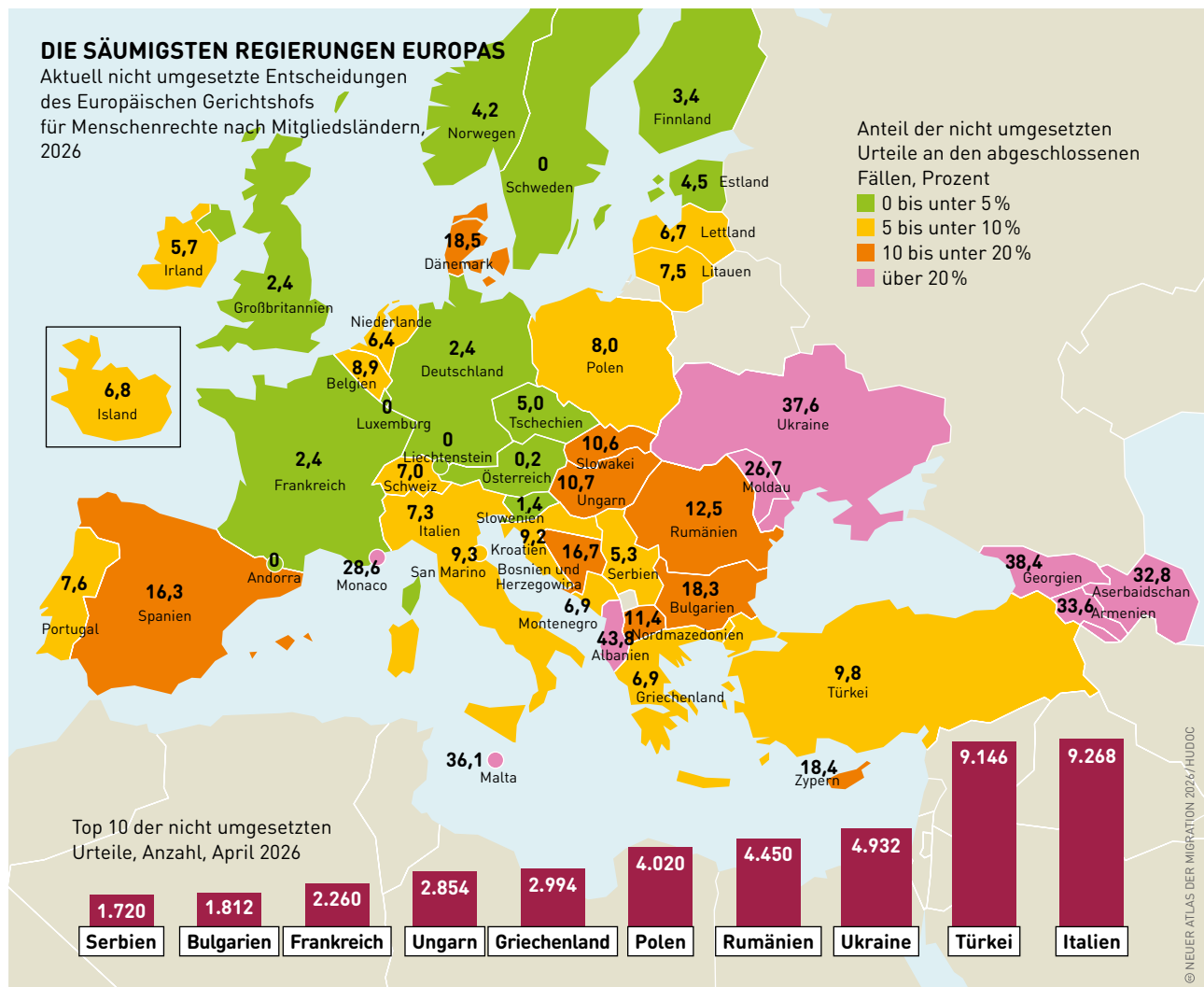
Der Rechtswissenschaftler Philipp Koepsel bezeichnet dieses Phänomen als „exekutiven Ungehorsam“. Gemeint ist, dass staatliche Behörden oder Regierungen gerichtliche Entscheidungen nicht konsequent umsetzen. Das Problem: Der Rechtsstaat hat nur begrenzte Möglichkeiten, seine Urteile innerhalb der eigenen Institutionen durchzusetzen. Er ist darauf angewiesen, dass die Exekutive – also die Regierung und Verwaltung – diese Entscheidungen grundsätzlich respektiert und befolgt. Wenn dieses gegenseitige Vertrauen und die Anerkennung zwischen den Staatsgewalten schwinden, gerät das Gleichgewicht ins Wanken. Im schlimmsten Fall kann das den Weg in autoritäre Verhältnisse ebnen.

In Ungarn etwa sprach der damalige ungarische Ministerpräsident und EU-Ratspräsident Viktor Orbán bei einer Rede im November 2024 unverblümt davon, man müsse sich „gegen die derzeit geltenden Gesetze und Gerichtsurteile auflehnen“. Dem Wunsch der Politik nach Veränderung stehe der „juristische Aktivismus“ der NGOs, Anwält:innen und Gerichte im Weg. Direkt neben ihm stand bei dieser Rede die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU). Die Kommission hat dafür zu sorgen, dass die Rechtsstaatlichkeit in der EU gewahrt wird. Von der Leyen korrigierte Orbáns Angriff auf die Justiz nicht – jedenfalls nicht öffentlich.

Jahrelang war Ungarn ein Vorreiter für offene Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz und für die Infragestellung rechtsstaatlicher Prinzipien in der EU. Der Europäische Gerichtshof verhängte 2024 eine Strafe von 200 Millionen Euro gegen den mittelosteuropäischen Staat, weil er systematisch gegen das EU-Asylrecht verstoße. In vielen Mitgliedstaaten Europas ist derzeit eine autoritäre Transformation zu beobachten, die dem Modell von Orbán folgt. Kampagnen und Einschüchterungsversuche sollen Menschen davon abhalten, ihre Rechte vor Gericht zu verteidigen, und gleichzeitig Richter:innen auf Regierungslinie gebracht werden. In Italien gibt es offene Angriffe auf die Justiz; Richter:innen, die in den Augen der Regierung unliebsame Entscheidungen treffen, werden als politische Feinde dargestellt. In Großbritannien entschied der Oberste Gerichtshof Ende 2023, die geplante massenhafte Abschiebung von Asylsuchenden nach Ruanda sei rechtswidrig. Einflussreiche Politiker:innen der Konservativen Partei gaben öffentlich zu verstehen, das Urteil ignorieren zu wollen.



Viele EU-Länder setzen menschenrechtliche Urteile nur schleppend um. Kriterien sind die Zahl offener aktueller und aufgelaufener Umsetzungen und die Umsetzungszeit



Das ist kein Einzelfall. Unter dem Druck der rechts-extremen Konkurrenz neigen Konservative heute immer wieder dazu, einzelne Richter:innen, internationale Instanzen oder die Justiz insgesamt anzugreifen. Autoritäre und Populist:innen attackieren das geltende Recht als Feind des Volkswillens. Dahinter steckt die Vorstellung einer Volkssouveränität, die über dem Recht stehen soll. So entwickelt und normalisiert sich eine antirechtsstaatliche Einstellung in der Politik und Bevölkerung.

Dass Gerichtsentscheidungen von der Exekutive nicht beachtet werden, ist kein neues Phänomen. Doch Qualität und Quantität des exekutiven Ungehorsams nehmen zu. In dem Bericht „Justice Delayed and Justice Denied“ von 2025 haben zivilgesellschaftliche Organisationen untersucht, wie und ob die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte befolgt wurden. Sie schreiben darin: „In weiten Teilen der EU vergrößert sich die Kluft zwischen juristischen Erfolgen vor europäischen Gerichten und tatsächlichen Veränderungen in der Praxis.“ Gesetze würden nicht oder nur teilweise beachtet oder nur verzögert umgesetzt. Das sei „in mehreren Mitgliedstaaten ein fest verankertes Muster und in anderen häufig anzutreffen“.

Die meisten nicht umgesetzten menschenrechtlichen Urteile entfallen auf Osteuropa. Aber in Albanien ist die Lage besonders prekär

Immer öfter werden sogar die Menschenrechte an sich infrage gestellt. In der Schweiz oder Deutschland zum Beispiel diskutieren Politiker:innen darüber, die Europäische Menschenrechtskonvention zu verlassen. Sie sehen sie als Hindernis für eine immer härtere Migrationspolitik. Ähnliche Diskussionen gibt es schon länger in Großbritannien. Nach einem Vorstoß von Dänemark und Italien haben viele Mitgliedstaaten des Europarats 2025 gefordert, den Schutz von abgelehnten Asylsuchenden aufzuweichen.

Dabei waren die Menschenrechte nie ausschließlich als Minderheitenrechte konzipiert. Nach dem NS-Unrecht sollten sie ein System der wechselseitigen Kontrolle zwischen den Staaten schaffen, mit dem Ziel, solche Verbrechen künftig zu verhindern. Vor dem Hintergrund des autoritären Staatsumbaus dieser Tage ist die Idee universeller Menschenrechte – nicht nur für Geflüchtete, sondern für alle – vielleicht so wichtig wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. —

DEN ATLAS BENUTZEN

Schule soll Schüler:innen Akzeptanz von Vielfalt vermitteln und Lernen in globalen Zusammenhängen ermöglichen. Der Neue Atlas der Migration kann diese Aufgabe unterstützen. Beispielhaft werden hier zwei Unterrichtseinheiten für die Sekundarstufe vorgestellt.

UNTERRICHTSEINHEIT „GESCHICHTE“

Schulstufe und Schulfach: Sekundarstufe I; Geschichte, Politische Bildung, Geografie

Dauer: 90 Minuten (Doppelstunde)

Lernziele:

- Die Schüler:innen analysieren Formen globaler Migration und setzen diese in Beziehung zur Einwanderung nach Deutschland seit 1945, um deren Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklungen zu beurteilen.
- Sie erklären historische Hintergründe von Migration im globalen und nationalen Kontext und bewerten die unterschiedlichen Herausforderungen und Lebensbedingungen eingewanderter Gruppen im zeitlichen Vergleich.
- Sie vergleichen verschiedene Einwanderungsphasen in Deutschland, arbeiten Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus und beurteilen den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Migration, insbesondere im Hinblick auf die späte Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland.

Methoden: Lehrkraft-Vortrag, Gruppenarbeit, Gallery-Walk, Unterrichtsgespräch

Material und Medien: Grafik „Auf der Suche“ und Text „Wandern zwischen den Kontinenten“ im Neuen Atlas der Migration, S. 10/11; Zeitstrahl „Geschichte der Einwanderung in Deutschland nach 1945“ auf <https://bit.ly/4mFill1>

Verlaufsplan:

Zeit	Phase	Inhalt	Methode	Material
15 Min.	Aktivierung	Die Lehrkraft stellt die Grafik „Auf der Suche“ anhand des Textes „Geschichte – Wandern zwischen den Kontinenten“ vor. Anschließend erläutert die Lehrkraft, dass im Folgenden die Einwanderung in Deutschland und ihre Prägung genauer in den Blick genommen wird.	Lehrkraft-Vortrag	Grafik „Auf der Suche“ und Text „Wandern zwischen den Kontinenten“
45 Min.	Erarbeitung	Die Lehrkraft legt den Zeitstrahl „Geschichte der Einwanderung in Deutschland nach 1945“ und die jeweiligen 9 Zeitabschnitte vor, die Schüler:innen finden sich in Kleingruppen zusammen und suchen sich einen Zeitabschnitt aus, die Lehrkraft verteilt zu den Zeitabschnitten die passenden Erklärtexte. Die Schüler:innen lesen die Texte, recherchieren ggf. selbstständig weitere Informationen und bearbeiten die Fragestellung. Anschließend erstellen sie ein Plakat zu einem Zeitabschnitt. Aufgabenstellung: Lest die Texte und bearbeitet folgende Fragen: Warum habe ich diesen Zeitabschnitt ausgewählt? Wodurch zeichnet sich die Einwanderungsphase aus? Was ist passiert? Was waren Herausforderungen der eingewanderten Gruppen? Was waren Kämpfe der eingewanderten Gruppen? Bitte erstellt anschließend ein Plakat, das den Zeitabschnitt zusammenfasst.	Gruppenarbeit	Zeitstrahl „Geschichte der Einwanderung in Deutschland nach 1945“ (Einführungstext, Zeitstrahl, Zeitabschnitte, Erklärtext)
30 Min.	Reflexion	Die Plakate aller Zeitabschnitte werden entlang des Zeitstrahls aufgehängt und die Schüler:innen lesen sich alle Plakate durch. Anschließend reflektieren die Schüler:innen über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Zeitabschnitte und über die Bedeutung der Einwanderungsgeschichte der letzten 100 Jahre in Deutschland. Aufgabenstellung: Habt ihr Fragen oder Anmerkungen zu den einzelnen Zeitabschnitten? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten sind euch aufgefallen? Wie haben diese Herausforderungen und Kämpfe die deutsche Geschichte geprägt? Deutschland hat eine lange Geschichte der Einwanderung – was meint ihr, warum wurde der Status „Einwanderungsland“ erst Anfang der 2000er-Jahre offiziell anerkannt? Welche Rolle spielt dabei Rassismus? Hinweis: Je nach Klasse können Bezüge zu den familiären Einwanderungsgeschichten der Schüler:innen hergestellt werden.	Gallery-Walk, Unterrichtsgespräch	ggf. Smartphones/Laptops, Flipchart-Papier, Stifte
	Sicherung	Die Arbeitsergebnisse werden von der Lehrkraft digitalisiert und den Schüler:innen zugänglich gemacht.		

Migration ist ein grundlegender Bestandteil der Menschheitsgeschichte. Ebenso wie das Streben nach einem friedlichen Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft stellt sie eine zentrale globale Herausforderung und zugleich eine bedeutende Chance der Gegenwart und Zukunft dar.

terrichtet und bereitet Schüler:innen auf das Leben in der Migrationsgesellschaft vor. Ziel ist es, Kompetenzen zu fördern, die zur Achtung der Menschenrechte, zur Mitgestaltung eines inklusiven und friedlichen Zusammenlebens sowie zur Dialogfähigkeit – auch in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheiten – befähigen.

Schule kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu: Sie verankert Fragen globaler Gerechtigkeit als Querschnittsthema im Schulalltag und im Fachun-

Eine angemessene Thematisierung von Migration im Unterricht erfordert einen mehrdimensionalen Zugang, der fachliche, historische, emotionale und reflexive ➔

UNTERRICHTSEINHEIT „ERFOLGE“

Schulstufe und Schulfach: Sekundarstufe I; Geschichte, Politische Bildung, Geografie

Dauer: 90 Minuten (Doppelstunde)

Lernziele:

- Die Schüler:innen setzen sich mit ihrer eigenen Haltung zur „Gesellschaft der Vielen“ auseinander.
- Sie analysieren zentrale Aussagen zu gelingender Migration in Deutschland anhand von Text und Grafik und beurteilen die These, dass Migration eine „Erfolgsgeschichte“ ist.
- Sie untersuchen den Gegensatz zwischen öffentlicher Debatte und statistischen Befunden, analysieren den Einfluss von Vorurteilen und Stereotypen auf die Wahrnehmung von Migration und reflektieren deren gesellschaftliche Auswirkungen.
- Sie setzen sich kritisch mit dem Leistungsbegriff auseinander, insbesondere im Hinblick darauf, wie „Erfolg“ von Menschen mit Migrationsgeschichte definiert und gesellschaftlich bewertet wird.

Methoden: Stummer Impuls, Einzelarbeit, Gruppenarbeit, Klassengespräch, Schreibgespräch

Material und Medien: Laptop, Beamer, Lautsprecher, Video „Gesellschaft der Vielen“ und Script auf <https://bit.ly/4txlepp>; (Flipchart-)Papier, Stifte; Text „Auf eigene Rechnung“ und Grafik „Kommen und Gehen“ im Atlas der Migration, S. 30/31

Verlaufsplan:

Zeit	Phase	Inhalt	Methode	Material
15 Min.	Aktivierung	Die Schüler:innen schauen das Video „Gesellschaft der Vielen“ und können sich dabei auf dem zugehörigen Script Notizen machen. Anschließend verfassen sie einen inneren Monolog (max. 5 Sätze), in dem sie ihre Gedanken und Gefühle zum Gesehenen und Gehörten zum Ausdruck bringen. Als Hilfestellung können sie das Script mit ihren Notizen nutzen.	Stummer Impuls, Einzelarbeit	Laptop, Beamer, Lautsprecher, Video „Gesellschaft der Vielen“ und Script, Papier, Stifte
45 Min.	Erarbeitung	Die Lehrkraft führt in das Thema ein und die Schüler:innen lesen den Text „Erfolg – Auf eigene Rechnung“ und erschließen sich die Grafik „Kommen und Gehen“. Anschließend tauschen sie sich in Kleingruppen über Verständnisfragen aus. In einem kurzen Klassengespräch werden die Antworten wiedergegeben. Aufgabenstellung: Was sind die zentralen Aussagen des Textes und der Grafik? Welche Beispiele für gelingende Migrationsbiografien werden im Text genannt? Was bedeutet der Begriff „Triple Win“ im Zusammenhang mit Migration? Hinweis: Je nach Klasse, können Bezüge zu den familiären Einwanderungsgeschichten der Schüler:innen hergestellt werden. Die Schüler:innen verfassen schriftliche Kommentare zu Reflexionsfragen und kommentieren gegenseitig ihre Antworten.	Gruppenarbeit, Klassengespräch	Text „Auf eigene Rechnung“ und Grafik „Kommen und Gehen“
25 Min.	Reflexion	Die Schüler:innen verfassen schriftliche Kommentare zu Reflexionsfragen und kommentieren gegenseitig ihre Antworten. Aufgabenstellung: Inwiefern überzeugt dich die These der Quellen, dass Migration eine „Erfolgsgeschichte“ ist? Wie wird im Text der Gegensatz zwischen öffentlicher Debatte und statistischen Ergebnissen dargestellt? Welche Rolle spielen Vorurteile und Stereotype bei der Wahrnehmung von Migration? Warum kann es problematisch sein, den Erfolg von Menschen mit Migrationsgeschichte nur an sichtbaren Leistungen wie Beruf, Einkommen oder Bekanntheit zu messen? Welche wichtigen Aspekte könnten dabei übersehen werden?	Schreibgespräch	Flipchart-Papier, Stifte
5 Min.	Abschluss	Die Schüler:innen lesen sich erneut ihre inneren Monologe durch und überlegen, ob sich etwas in ihnen verändert oder bestätigt hat oder sie nun noch etwas hinzufügen würden.	Einzelarbeit	

Aspekte miteinander verbindet. Damit ein realistisches Gesamtbild vermittelt wird, sollte Migration als globales Phänomen verstanden werden, das sowohl Herkunfts- als auch Zielregionen weltweit betrifft und überwiegend innerhalb des Globalen Südens stattfindet. Inhaltlich bietet es sich an, Migration als Prozess zu betrachten: vom Weggehen über die Erfahrungen unterwegs bis hin zum Ankommen und Fragen sowohl zu Teilhabe und Inklusion als auch zu möglichen Rückwanderungen. Eine solche Perspektive ermöglicht es, Migration in ihrer Komplexität sichtbar zu machen und vereinfachende Darstellungen zu vermeiden.

Für ein vertieftes Verständnis ist zudem eine historische Einordnung unerlässlich. Gegenwärtige Migrationsbewegungen und globale Ungleichheiten stehen in engem Zusammenhang mit Kolonialismus, Ausbeutung und bis heute wirksame Machtverhältnisse. Eine differenzierte Auseinandersetzung berücksichtigt daher neben aktuellen Krisen auch strukturelle Ursachen und langfristige globale Entwicklungen.

Neben der sachlichen Analyse spielt die emotionale Dimension eine wichtige Rolle. Die Beschäftigung mit Migration kann Gefühle wie Unsicherheit, Abwehr oder Empathie hervorrufen. Diese Emotionen sind Bestandteil des Lernprozesses und sollten im Unterricht bewusst aufgegriffen werden, um Reflexion und Perspektivwechsel zu ermöglichen. Ein diskriminierungskritischer Zugang ist dabei unverzichtbar. Unterricht sollte so gestaltet sein, dass er keine Stereotype reproduziert und Schüler:innen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrungen weder stigmatisiert noch unter Druck setzt. Ziel ist es, einen möglichst sicheren und sensiblen Lernraum für alle zu schaffen.

Darüber hinaus bedarf es Raum für kritische Reflexion. Schüler:innen sollen lernen, komplexe Zusammenhänge zu analysieren, unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen und Ambivalenzen auszuhalten. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Suche nach einfachen Antworten, sondern die Fähigkeit, begründet zu urteilen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Insgesamt sollte Unterricht darauf abzielen, sowohl eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung zu fördern als auch Empathie, Urteilsfähigkeit und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit in einer global vernetzten Migrationsgesellschaft zu stärken.

Am Beispiel des Rahmenlehrplans Jahrgang 1–10 Berlin-Brandenburg zeigen sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Themen Migration und Flucht sowie für diskriminierungs- und kolonialismuskritische Perspektiven. Im Teil B des Planes zu fächerübergreifender Kompetenzentwicklung werden diese insbesondere in den übergreifenden Themen „Bildung zur Akzeptanz von

Vielfalt“ und „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ aufgegriffen, was ihre fachübergreifende Bedeutung unterstreicht.

Darüber hinaus sind entsprechende Inhalte im Teil C fest in verschiedenen Fächern verankert. In der Sekundarstufe I bieten vor allem Politische Bildung, Ethik sowie der gesellschaftswissenschaftliche Fächerverbund zentrale Bezugspunkte, etwa in Themenfeldern zu Rechtsstaatlichkeit, Konflikten, Migration oder Europas Rolle in der Welt. In der Sekundarstufe II knüpfen insbesondere Politikwissenschaften, Geografie, Sozialwissenschaften und Philosophie daran an, indem sie Fragen globaler Ungleichheiten, politischer Entwicklungen, gesellschaftlicher Transformationen und ethischer Handlungsprobleme aufgreifen.

Damit wird deutlich, dass die differenzierte und kritische Auseinandersetzung mit Migration nicht nur inhaltlich geboten ist, sondern auch curricular breit verankert und somit fester Bestandteil schulischer Bildung ist. Der Neue Atlas der Migration lädt Lehrende dazu ein, die vielen Realitäten von Migration aufzuzeigen. Er eignet sich gut für den Schulunterricht, weil er komplexe Themen rund um Migration verständlich, anschaulich und multiperspektivisch aufbereitet. Er verbindet Daten, Grafiken und kurze Analysen, sodass Schüler:innen einen schnellen Zugang zu globalen Zusammenhängen bekommen.

Migration wird nicht isoliert dargestellt, sondern in Beziehung zu Faktoren wie Wirtschaft (Kapitelthemen: „Arbeit“, „Rücküberweisungen“), Politik („Fußball“, „Ägypten“, „LGBTIQ+“), Klimawandel („Klima“, „Flut“) und historischer Entwicklung („Geschichte“) gesetzt. Das hilft, vereinfachte oder einseitige Darstellungen zu hinterfragen. Ein weiterer Vorteil ist die kritische Perspektive: Der Atlas thematisiert Machtverhältnisse (Kapitelthemen „Gegenwart“, „Karten“), globale Ungleichheiten („Visa“) und die Rolle des Globalen Nordens („Nationalismus“). Dadurch eignet er sich besonders, um im Unterricht Reflexion und Diskussion anzuregen und unterschiedliche Sichtweisen („Städte“, „Erfolge“) einzubeziehen.

Didaktisch ist das Material flexibel einsetzbar. Lehrkräfte können einzelne Grafiken oder Kapitel für Analysen, Gruppenarbeiten oder Debatten nutzen. Gleichzeitig fördert der Atlas Kompetenzen wie den Umgang mit Statistiken, kritisches Denken und das Verstehen komplexer globaler Prozesse. Vorstehend sind zwei Entwürfe für Unterrichtseinheiten erläutert, die die Inhalte des Neuen Atlas der Migration in den Kapiteln „Geschichte“ und „Erfolge“ aufgreifen und mit Angeboten der Lernplattform L!NX der Rosa-Luxemburg-Stiftung kombiniert sind. —

AUTOR:INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt im Mai 2026 geprüft. Der Neue Atlas der Migration ist im PDF-Format unter der Download-Adresse herunterzuladen, die im Impressum aufgeführt ist. Im PDF sind alle Links anklickbar.

10-11 GESCHICHTE

WANDERN ZWISCHEN KONTINENTEN von Jochen Oltmer

S. 10: IOM, World Migration Report 2022, S. 23, <https://bit.ly/3TdYWIe>. Aktualisierung: UN, International Migration Stock 2024, S. 2, <https://bit.ly/4ddAaTT>. – S. 11: Atlas der Migration, 2022, S. 11, <https://bit.ly/42kx4IL>.

12-13 GEGENWART

MOBILITÄT UND IHRE HÜRDEN von Franck Düvell

S. 12: IOM, World Migration Report 2026, S. 16, <https://bit.ly/4dgcYV4>. – S. 13: World Migration Report interactive, 2024, <https://bit.ly/4cYQtVI>, für die Ukraine aktualisiert.

14-15 VISA

GLOBALE KLÜFTE von Lena Laube

S. 14: Henley Global Mobility Report 2026, <https://bit.ly/4tnqZpM>, <https://bit.ly/4njDISb>. UN, International Migration Stock 2024, <https://bit.ly/4ddAaTT>, davon Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. – S. 15: Wikipedia, Schengen visa requirements, <https://bit.ly/48M1yXJ>. New Union Post, 20. Februar 2026, <https://bit.ly/48Paqfh>.

16-17 GENDER

DIE UNSICHTBARE HÄLFTE von Helen Schwenken

S. 16: IOM, World Migration Report 2024, S. 168, <https://bit.ly/4ddlms6>. Aktualisierung: Migration Data Portal, <https://bit.ly/48SNuvv>. UN, International Migration Stock 2024, <https://bit.ly/4ddAaTT>. – S. 17 o.: IOM, Migration Data Portal, <https://bit.ly/4fbhG8Y>. – S. 17 u.: Taehoon Lee et al., The gender aspect of migrant's assimilation in Europe., in: Labour Economics 78 (2022), 102180, <https://bit.ly/48Tu75E>.

18-19 LGBTQ+

VERFOLGT UND BESTRAFT – LEBEN AUSSERHALB DER NORM von Nadine Segadlo

S. 18: ILGA, Laws on Us Report, 2024, S. 30, <https://bit.ly/4tmYQPC>. – S. 19: LSVD, LSBTIQ*-Rechte weltweit, 2025, <https://bit.ly/4tZqZNQ>.

20-21 KLIMA

EXTREMES WETTER BEDROHT IMMER MEHR MENSCHEN von Karoline Popp

S. 20/21: IDMC/GRID, Global Report on Internal Displacement, 2025, <https://bit.ly/4eCz4U8>.

22-23 FLUT

FLUCHT VOR DEN WELLEN von Klaus Neumann

S. 22: Bildungsserver, <https://bit.ly/4f8M3wO>. Nazmul Islam Sarkar et al., A review of optimum parameter values of a passive solar still and a design for southern Bangladesh, in: Renewables Wind Water and Solar 4(1): 1-13, Februar 2017, DOI 10.1186/s40807-017-0038-8. – S. 23: Atlas der Staatenlosen, 2020, S. 49, <https://bit.ly/49lbLdQ>, Länderdaten aktualisiert

24-25 DEMOGRAFIE

HILFE DURCH DEN MEGA-TREND von Dietmar Bartz

S. 24: UN, World population prospects 2024, <https://bit.ly/4fhkb9S>. Eurostat, <https://bit.ly/4tmRw6Q>. – S. 25 o.: Destatis, Bevölkerungsvorausberechnung, 2025, <https://bit.ly/4ubecYT>. – S. 25 u.: Eurostat, Europop 2025, <https://bit.ly/3Rt1WEu>.

26-27 ARBEIT

GUTE UND SCHLECHTE KARTEN von Susanne U. Schultz

S. 26/27: OECD, International Migration Outlook, 2025, <https://bit.ly/4uBfQCT>. Mediendienst Integration, Ein- und Auswanderung, 11. März 2026, <https://bit.ly/3PrvhP8>.

28-29 PLATTFORMWIRTSCHAFT

AUSGELIEFERT

von **Nina Scholz**

S. 28: Fairwork, Fairwork Deutschland
Bewertungen 2025, <https://bit.ly/3Ruw1DD>. –
S. 29: Demandsage, Gig Economy Statistics (2026),
<https://bit.ly/3RdpkWt>.

30-31 ERFOLGE

AUF EIGENE RECHNUNG

von **Yaşar Aydın**

S. 30: iwd, Patente Migranten, 21. Oktober 2025,
<https://bit.ly/4njH3HJ>. – S. 31 o.: Benita Zink,
706 Milliarden Euro BIP durch ausländische
Beschäftigte, IW Nachricht, 22. August 2025,
<https://bit.ly/4uxIrJi>. – S. 31 u.: Mediendienst
Integration, Selbstständige und Gründer mit
Migrationshintergrund, 12. Februar 2026,
<https://bit.ly/4uDozoc>.

32-33 RÜCKÜBERWEISUNGEN

GELD FÜR DIE HEIMAT

von **Matthias Lücke**

S. 32, S. 33 u.: Atlas der Migration, 2022,
S. 40, <https://bit.ly/42kx4IL>, aktualisiert:
Dilip Ratha et al., 2024 remittance flows,
World Bank Blogs, 18. Dezember 2024,
<https://bit.ly/4d4L12c>. – S. 33 o.:
IOM, World Migration Report 2024,
<https://bit.ly/4ddlns6>. World Bank database,
<https://bit.ly/3PqNcWd>.

34-35 KARTEN

IM DIENSTE DER MÄCHTIGEN

von **Antonie Schmiz, Stephan Liebscher
und Barbara Orth**

S. 34: Atlas der Migration, 2022, S. 26,
<https://bit.ly/42kx4IL>. – S. 35: ebd. S. 27.
Frontex, EU external borders: Irregular
crossings drop by 20 % in first half of 2025,
10. Juli 2025, <https://bit.ly/4faar11>. Tagesschau,
10. Juli 2025, Video, <https://bit.ly/4nmJmdh>.

36-37 MEDIEN

GELESEN, GEHÖRT, GESEHEN – DIE GEFÜHLTE BEDROHUNG

von **Christian Jakob**

S. 36: Marcus Maurer et al., Fünf Jahre
Medienberichterstattung über Flucht und
Migration. IfP, o. J., S. 22,
<https://bit.ly/4eClfVz>. –
S. 37: Marcello Maneri, A comparative
analysis of migration narratives in
traditional and social media, Bridges
Working Papers 11, Mai 2023, S. 10, 52, 54,
<https://bit.ly/4uoEf4P>.

38-39 REMIGRATION

VÖLKISCHE ABSCHIEBUNGSFANTASIEN

von der **Atlas-Redaktion,**

Mitarbeit Felicitas Kübler und Martina Blank

S. 38: Destatis, Deutsche im EU-Ausland, 2025,
<https://bit.ly/4tTOgkm>. Mediendienst
Integration, Wie viele Deutsche wandern aus?,
10. Dezember 2025, <https://bit.ly/4nfYHvY>. R+V,
Wo leben die meisten deutschen Rentner
im Ausland?, o. D., <https://bit.ly/4u3EI6z>. –
S. 39: bpb, Bevölkerung mit Migrationshintergrund,
7. Juli 2025, <https://bit.ly/4uXnpnR>.

40-41 NATIONALISMUS

TRÄUME VON DER VERGANGENHEIT

von **Manuel Gogos**

S. 40: Wikipedia, IE expansion,
<https://bit.ly/4exp6mQ>. – S. 41: Wikipedia,
Heiliges Römisches Reich, <https://bit.ly/4d1orsN>.

42-43 FUSSBALL

PROFI UND PARIA

von **Alina Schwermer**

S. 42: Mediendienst Integration, Wie viele
Fußball-Nationalspieler haben einen
Migrationshintergrund?, 5. März 2026,
<https://bit.ly/42kGC6y>. – S. 43: Wikipedia,
Schwarze Adler (2021), <https://bit.ly/49BynHo>.

44-45 USA

LAND DER ANGST

von **Lilia Saúl Rodriguez**

S. 44: Katharina Buchholz, ICE Receives
Enormous Budget Boost, Statista, 26. Januar 2026,
<https://bit.ly/3Pf4SnF>. – S. 45 o.: Anna Fleck,
Where ICE Holds Its Detainees, Statista,
4. Februar 2026, <https://bit.ly/4d994yB>. – S. 45 u.:
Forum, Immigration Detention Costs in a Time
of Mass Deportation, 17. November 2025,
<https://bit.ly/4deSQ5F>.

46-47 STÄDTE

SOLIDARITÄT VOR ORT

von **Stefanie Kron**

S. 46: Eurostat, Migrant integration statistics,
18. Juli 2024, <https://bit.ly/4wiPZkH>. –
S. 47 o.: Moving cities, Ausgewählte Städte, o. D.,
<https://bit.ly/42WisiP>. – S. 47 u.: Arndt Peltner,
Wie Städte gegen Unrecht rebellieren,
Amnesty – Magazin der Menschenrechte, Juni 2025,
<https://bit.ly/4uBjBZ1>.

48-49 UKRAINE

EINE NEUE GLEICHGÜLTIGKEIT

von **Anna Jikhareva**

S. 48/49: UNHCR, Ukraine Refugee Situation,

<https://bit.ly/49wPhGL>. Statista, Estimates number of refugees from Ukraine, Januar 2026, <https://bit.ly/4nrDiFe>. r/europe, Number of Ukrainian refugees per capita, <https://bit.ly/4dcIyTp>.

50-51 ÄGYPTEN

DIE STILLE EINWANDERUNG AUS DEM SÜDEN IST VORBEI

von Sofian Philip Naceur

S. 50: Frontex: Irregular border crossings into EU fall by 26% in 2025, dpa, 15. Januar 2026, <https://bit.ly/3Rv7RsH>. Abdul Kaderassad, Egypt's Foreign Ministry: Hundreds of Egyptians to be released from Libyan prisons, The Libya Observer, 4. Januar 2026, <https://bit.ly/3Pvimvx>. IOM, Annual Regional Report, 2026, S. 8-10, <https://bit.ly/4wz6FVw>. – S. 51: IOM, Triangulation of Migrants Stock in Egypt, Juli 2022, <https://bit.ly/3Pt8jXW>. Jackline Wahba et al., Migration during Economic Crisis: The Case of Egypt, 202, <https://bit.ly/4noKuo8>. UNHCR, Egypt, <https://bit.ly/42TAZwi>.

52-53 WESTAFRIKA

KURSWECHSEL DER PUTSCHISTEN

von Olaf Bernau

S. 53: IOM, Operationalising DTM Route-Based Approach: Lessons from West and Central Africa, 13. Januar 2026, <https://bit.ly/4uchKkl>. Atlas der Migration, 2022, S. 21, <https://bit.ly/42kx4IL>.

54-55 SICHERHEITSINDUSTRIE EINE GROSSE SELBSTBEDIENUNG

von Mark Akkerman

S. 54: Border security market reports: Roots Analytics, <https://bit.ly/4dxkTyq>. Global Market Insights, <https://bit.ly/4eBMMqm>. The Insight Partners, <https://bit.ly/4dyg1sT>. Polaris Market Research, <https://bit.ly/4ng1oh4>. Grand View Research, <https://bit.ly/4tirbGR>. – S. 55 o.: H. Taubenböck et al., Border regions across the globe: Analyzing border typologies, economic and political disparities, and development dynamics, in: Applied Geography 151, Februar 2023, 102866, <https://bit.ly/4dbA9zM>. – S. 55 u.: Mark Akkerman, Border Labs. How Universities Power Europe's Border Regime, published by TNI, Stop Wapenhandel, 2026, <https://bit.ly/4cZ2kmH>.

56-57 FRONTEX

UNERWÜNSCHTE IM VISIER

von der Atlas-Redaktion

S. 56: Frontex, Beyond EU borders, <https://bit.ly/4nj67io>. – S. 57: Nuacht, European Border and Coast Guard: 10 000-strong standing

corps by 2027, 17. April 2019, <https://bit.ly/4wkTAPe>.

57-59 PUSHBACKS

GEWALTEXZESSE AN DER GRENZE

von Hope Barker

S. 58/59: Borderline Violence Monitoring Network, Testimonies of Pushback Violence at European Borders, <https://bit.ly/4dd5Us5>.

59-60 KRIMINALISIERUNG

KONSTRUIERTE VERBRECHEN

von Julia Winkler

S. 60.: Wikipedia, Schiffsunglück for Pylos 2023, <https://bit.ly/3PfVzUl>.

61-62 INSTRUMENTALISIERUNG

EINLADUNG ZUR ERPRESSUNG

von Christian Jakob

S. 61: Statista, Ranking of the largest refugee-hosting countries as of end-2024, <https://bit.ly/4uEHxuF>.

62-63 DRITTSTAATEN

JE SCHLIMMER, DESTO BESSER

von Christian Jakob

S. 63: Infomigrants, EU migration budget: What's planned for 2028–2034?, 21. Juli 2025, <https://bit.ly/4wlpULD>.

64-65 GEWALT

AUF DEN FLUCHTROUTEN

HERRSCHT DAS UNRECHT

von Valeria Hänsel

S. 65: UNHCR, On this journey, no one cares if you live or die. Abuse, protection and justice along routes between East and West Africa and Africa's Mediterranean Coast, 2024, <https://bit.ly/4eC36r4>.

66-67 RECHT

DER STAAT GEGEN DIE JUSTIZ

von Maximilian Pichl

S. 66: Democracy Reporting International (DRI), European Implementation Network (EIN): Justice Delayed and Justice Denied. Non-implementation of European Courts Judgments and the Rule of Law, 2025, S. 18, <https://bit.ly/4uBS9u8>. – S. 67: Abfrage der Datenbank HUDOC EXEC beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, <https://bit.ly/4ttmbzk>.

68-70 SCHULE

DEN ATLAS BENUTZEN

von Lina Sophie Urbat

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine weltweit aktive Institution der politischen Bildungsarbeit. Mit ihren bundesweiten, europäischen und internationalen Standorten ist sie einer der größten linken Bildungsträger weltweit. Auf ihrer Agenda stehen neben den Arbeits- und Menschenrechten auch Themen wie soziale Rechte, sozialökologische Transformation, linker Feminismus, Transformationen von Gesellschaften und Staatlichkeit, Friedenspolitik, antirevisionistische Geschichtspolitik sowie Internationalismus. Seit 1990 wirkt die Stiftung im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg und vertritt dabei die gesellschaftliche Grundströmung eines demokratischen Sozialismus, der konsequent internationalistisch ausgerichtet ist. Die Stiftung sieht sich einer radikalen Aufklärung und Gesellschaftskritik verpflichtet und steht in der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie des Antifaschismus und Antirassismus.

Grundlegend für ihre politische Bildungsarbeit sind eine materialistische Zeitdiagnose, die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Krisen und die Suche nach Lösungswegen. Ob es um die globale Krise der Demokratie, den Klimawandel oder die Ausbeutungsstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft geht, progressive Kräfte stehen vor der Herausforderung, auf diese Krisen aufmerksam zu machen und gleichzeitig Gegenstrategien zu entwickeln, die soziale und politische Menschenrechte durchsetzen, liberale Errungenschaften verteidigen und autoritären Methoden Einhalt gebieten.

In diesem Sinne unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung kollektive Prozesse, die sich für die emanzipatorische Aneignung universeller Menschenrechte einsetzen, sowie Kämpfe für die sozialen und politischen Rechte von Arbeiter:innen, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Kleinbäuer:innen, Landlosen, indigenen Gruppen, Frauen, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Migrant:innen und anderen Gruppen, die in unterschiedlicher Form von Ausbeutung, Diskriminierung oder Rassismus betroffen sind.

Unser Zukunftsbild ist das einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder einzelnen Person ungeachtet von Geschlecht, Herkunft, Staatsangehörigkeit und Religion die Grundlage der freien Entwicklung aller ist. Zentral dabei sind die kritische Analyse von Herrschaftsverhältnissen sowie der Einsatz für einen sozialökologischen Umbau und die politische Partizipation aller Menschen. Als der Partei DIE LINKE nahestehende, aber unabhängige politische Stiftung unterstützen wir mit unserer Bildungsarbeit die Kämpfe sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und linker Nichtregierungsorganisationen hierzulande und in vielen Regionen der Welt. Dabei lassen wir uns von der Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus leiten.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
www.rosalux.de

ONLINE WEITERLESEN, -HÖREN UND -SEHEN

luxemburg argumente – Mythen und Fakten zu aktuellen Kontroversen

Die Reihe liefert kompakte Analysen zu drängenden gesellschaftlichen Fragen wie zum Beispiel Sexismus, Migration oder Wehrpflicht. Mythen werden mit Fakten konfrontiert, linke Positionen klar begründet.

[www.rosalux.de/publikationen/
luxemburg-argumente](http://www.rosalux.de/publikationen/luxemburg-argumente)



Moving Cities – eine andere Migrationspolitik ist möglich

Auf der Plattform sind europäische Städte und Gemeinden aufgeführt, die sich seit 2015 mit inspirierenden Ansätzen und Projekten für eine solidarische Migrationspolitik eingesetzt haben. Die Recherchearbeit endete 2025. Die Seite bietet weiterhin eine umfassende und leicht zugängliche Übersicht, die Strategien, Schlüsselfaktoren und Anregungen für Kommunen und die Zivilgesellschaft bereithält.

www.moving-cities.eu/de



Die Andersdenkende – Rosa Luxemburg

Sozialistin, Ökonomin, selbstbestimmte Frau, poetische Briefeschreiberin und passionierte Naturliebhaberin. Rosa Luxemburg war vieles – und noch viel mehr wurde nach ihrer Ermordung auf sie projiziert. Welche Entscheidungen ließen sie sozialistische Revolutionärin werden? So „unsystematisch“, wie sie sich gezwungen sah zu leben, entstanden ihre politischen Positionen. Auf der Homepage werden in elf Sprachen Briefe, Schriften, Videos und Audios von und zu Rosa Luxemburg veröffentlicht.

www.rosaluxemburg.org/de



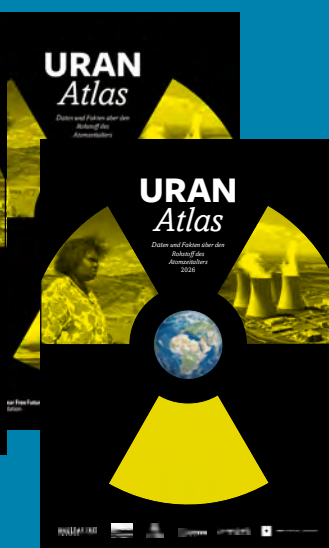
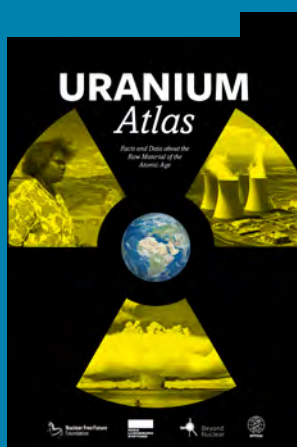
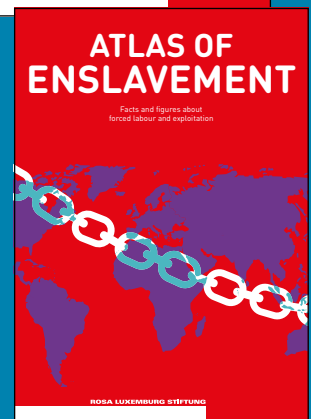
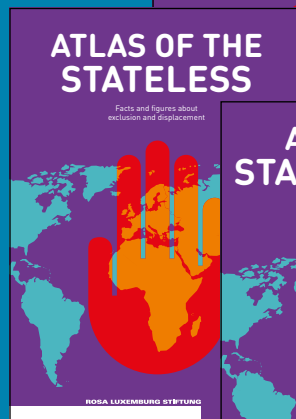
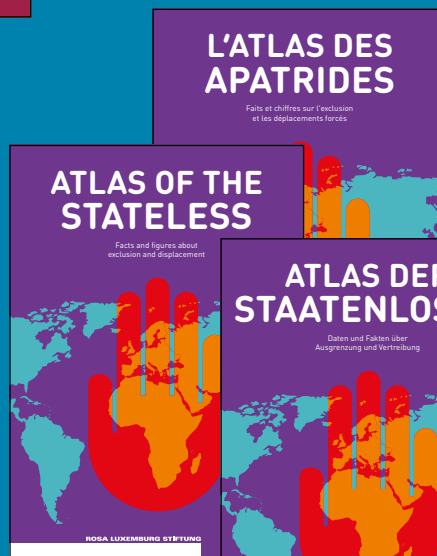
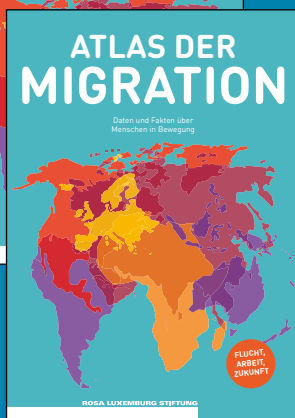
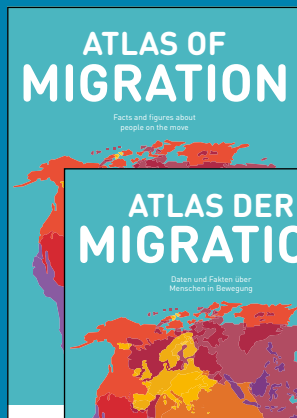
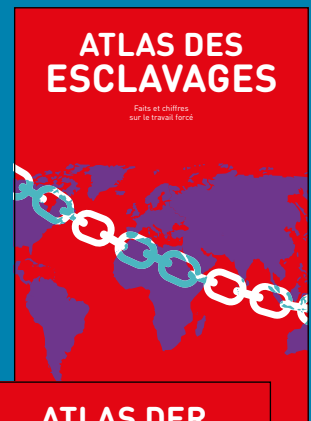
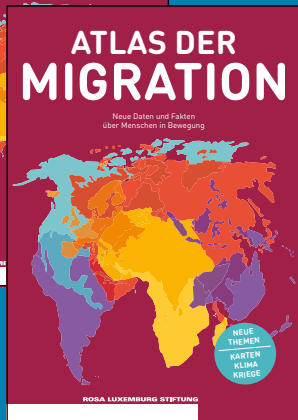
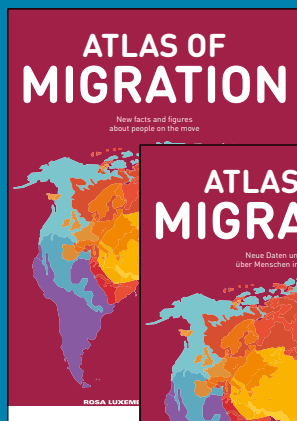
L!NX – die digitale Lernplattform der Rosa-Luxemburg-Stiftung

L!NX ist die digitale Bildungsplattform mit interaktiven, multimedialen und kurzen Formaten für Selbstlerner:innen und Multiplikator:innen auf der Suche nach grundlegenden Inhalten – mit kritischem Blick und aus einer linken Perspektive. Die Inhalte reichen dabei von Globalisierung und Handel, Geschichte und Kultur, Wirtschaft und Arbeit, über Migration, Antirassismus und Antifaschismus bis hin zu Organizing, Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität.

linx.rosalux.de

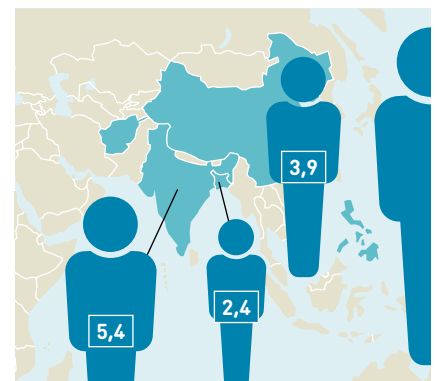
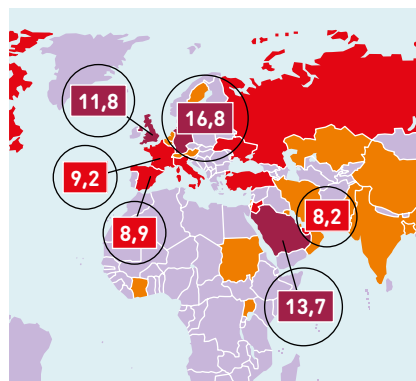
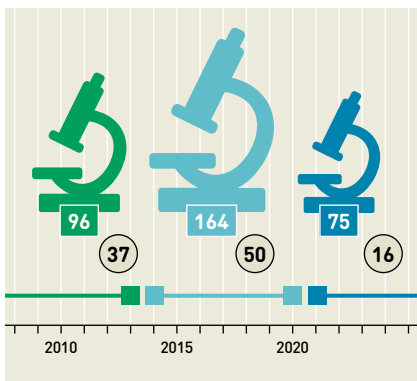


BISHER ERSCHIENEN



www.rosalux.de/publikationen





Keine moderne Gesellschaft, kein Nationalstaat und auch keine große Stadt würde heute ohne Migration bestehen.

aus: **GESCHICHTE – WANDERN ZWISCHEN KONTINENTEN**, Seite 10

Für viele Bewohner:innen ist die Emigration der letzte Ausweg, wenn es nicht noch gelingen sollte, die Atolle besser vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

aus: **FLUT – FLUCHT VOR DEN WELLEN**, Seite 22

Bei Razzien greift der Zoll immer wieder die Kurierfahrer:innen heraus, nicht die Unternehmen, die von den illegalen Arbeitsbedingungen profitieren.

aus: **PLATTFORMWIRTSCHAFT – AUSGELIEFERT**, Seite 28

Kein Verband kann es sich leisten, all die sportlich talentierten migrantischen Kinder als Ressource zu ignorieren.

aus: **FUSSBALL – PROFI UND PARIA**, Seite 42